

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



3. Dezember 1983
Jg. 4 Nr. 24

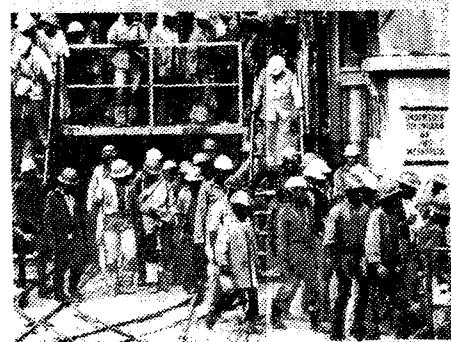
G 7756 D Preis:
2,50

EG arbeitsessen

83



Politische Gefangene: Regierung kriminalisiert und unterdrückt Forde-
rung nach Zusammenlegung Seite 8



Südafrika: Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung macht Fortschritte im Kampf gegen die Kapitalisten und das Rassistenregime Seite 13



Universität Kiel: Immer schlechtere Studienbedingungen — die Konkurrenz unter den Studenten wächst Seite 23

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesell-
schaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Inhalt	24/1983		
<i>Europäische Gemeinschaft:</i> Forderungen der BRD-Imperialisten zum Haushalt der EG: Agrarpreise runter, Stahlquoten müssen bleiben	Seite 3	Die baden-württembergische Landesregierung zur Existenzgründungsförderung Seite 22	
<i>Bundesregierung mit EG-Kommission einig:</i> Die Bauern müssen billiger arbeiten	Seite 4	<i>Hamburg:</i> Senatskampagne für Europawahlen Seite 23	
<i>Die BRD-Imperialisten beim Aufbau „europaweiter Industrien“ in der EG</i>	Seite 5	„ <i>Bayerisches Modell</i> “: Sonderschulen für Ausländerkinder Seite 23	
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6	<i>Krefelder Prozesse:</i> 21 Monate Haft für „Willen zur Tat“ Seite 24	
<i>Tarifbewegung Metall:</i> Die Vorbereitung der Lohnbewegung ist schon viel zu lange überfällig	Seite 7	<i>Abschiebung von Kurden:</i> CDU-Ratsherrin: „Gestapo-Methoden Seite 24	
<i>Spionageprozeß:</i> BGH bestätigt Gaßmann-Urteil	Seite 7	<i>Universität Kiel:</i> Immer schlechtere Studienbedingungen – die Konkurrenz unter den Studenten wächst Seite 25	
<i>Politische Gefangene:</i> Regierung kriminalisiert und unterdrückt Forderung nach Zusammenlegung	Seite 8	Effizienz, Wirtschaftlichkeit, Konkurrenz! Hochschulpläne der Reaktion Seite 26	
<i>Großbritannien:</i> Drucker gegen Gewerkschaftsgesetze ..	Seite 9	Stichwort: Soziale Lage Seite 27	
<i>Griechenland:</i> Regierung erkennt DDR-Staatsbürgerschaft an	Seite 9	<i>Internationale Nachrichten</i> Seite 28	
<i>Raketenstationierung:</i> Parlamentarisch abgesegnet, aber Reaktion befürchtet Fortgang von Aktionen	Seite 10	<i>PLO/Syrien:</i> PLO am Ende? Trügerische Hoffnungen der Imperialisten und Zionisten Seite 29	
<i>Öffentlicher Dienst:</i> Verhandlungen über Rationalisierungsschutz	Seite 11	<i>VR Polen:</i> Umschuldung der Regierungskredite ab 1982 Seite 29	
<i>Fernfahrer:</i> Speditionskapitalisten greifen Streikrecht an	Seite 12	<i>British Columbia:</i> Flächenstreik gegen Regierungsprogramm Seite 30	
<i>Südafrika:</i> Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung macht Fortschritte im Kampf gegen die Kapitalisten und das Rassistenregime	Seite 13	<i>USA:</i> Kapitalisten stützen sich auf Anti-Streikgesetze ... Seite 30	
Die Lage der Arbeiter und Bauern in der „Schatzkammer der freien Welt“	Seite 14	<i>Irland:</i> Sinn Fein will Politik ausweiten Seite 31	
Ziele, die sich die unabhängigen Gewerkschaften stellen.	Seite 16	<i>Spanien:</i> Oberstes Gericht mit Rumasa-Enteignung befaßt	Seite 31
Zwangsgesetze zur Unterdrückung der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung	Seite 17	<i>Türkei:</i> Imperialisten erfreut über neue Regierung / BRD will Kapitalexport ausweiten Seite 32	
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18	<i>Zypern:</i> Spaltung vertieft – BRD wünscht NATO-Stützpunkte Seite 33	
<i>Zeitarbeitsverträge:</i> Tagelöhnerstatus für Belegschaftsteile muß gesetzlich verboten werden	Seite 19	<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i> Seite 34	
<i>DIAG/Fritz Werner:</i> „Pionierarbeit“ für das Kapital ..	Seite 19	<i>Lieder-/Schlagertexte:</i> Der hartgesottene Nationalismus bleibt wohl doch Heino vorbehalten, aber	Seite 34
<i>Opel AG:</i> Die Rationalisierungswelle der Kfz-Kapitalisten rollt	Seite 20	<i>Schwarzes Dreieck, Kräuselhaare</i>	Seite 34
<i>Stadtratswahlen:</i> CSU will Kandidatur der Grünen verhindern	Seite 21	<i>Bekenntnisse einer schnöden Seele</i>	Seite 34
<i>Rheinland-Pfalz:</i> „Rekordernte“: kleine Winzer vor dem Ruin	Seite 21	„ <i>Rockszene DDR</i> “	Seite 35
<i>Mittelstandsförderung Baden-Württemberg:</i> Das Kapital sucht Anhang gegen die Arbeiterklasse	Seite 22	<i>CDU-Propaganda:</i> Entlastung der Faschisten durch Beschuldigung der Pazifisten	Seite 35
<i>1877 – 1934: USA: Militärpolitik und Arbeiter- und Soldatenbewegung (I)</i>			Seite 36
Kohlezeichnungen			Seite 37
Lohndrift und Beschäftigungsentwicklung Metallindustrie			Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
 GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrike Detjen; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Forderungen der BRD-Imperialisten zum Haushalt der EG: Agrarpreise runter, Stahlquoten müssen bleiben

Am 6. Dezember wird das nächste Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten der EG-Staaten stattfinden. Diese Konferenz soll vor allem über eine Finanzreform der EG und den Haushalt für das kommende Jahr entscheiden. In einer Reihe von Sonderkonferenzen in den letzten Monaten haben die Außen-, Finanz- und Agrarminister bislang keine Einigung über einen Vorschlag für die Konferenz der Regierungschefs erzielt. Als Richtlinie für die Reform und den nächsten Haushalt hatten die Regierungschefs am 17. Juni bei ihrem letzten Treffen beschlossen, daß vor allem die Agrarausgaben, die mit 60% bis 65% den größten Anteil am EG-Haushalt stellen, gesenkt werden müßten und alle Einsparungsmöglichkeiten im Haushalt überprüft werden müßten, bevor eine Erhöhung der Beiträge aus dem Mehrwertsteueraufkommen der EG-Mitgliedstaaten erwogen werden könne. Die BRD-Imperialisten wollen in dieser Auseinandersetzung ihre Vormachtstellung in der EG festigen. Sie stoßen dabei auf den Widerstand ihrer Konkurrenten.

Die Bundesregierung verlangt, daß die Agrarausgaben im EG-Haushalt, die im letzten Jahr ca. 38 Mrd. DM ausmachten, im kommenden Jahr nicht steigen dürfen. Zweitens will sie die Kontrolle über die Gelder für den Regional-, Struktur- und Forschungsfonds der EG von einzelnen Mitgliedstaaten an die EG-Kommission übertragen wissen. Drittens will die Bundesregierung Zugeständnisse der ande-

ren EG-Mitgliedstaaten für die westdeutschen Stahlmonopole erpressen. Die Bundesregierung droht den anderen EG-Staaten damit, daß sie einer Erhöhung der Beitragshöchstgrenze, die jetzt 1% aller mehrwertsteuerpflichtigen Umsätze der jeweiligen Mitgliedstaaten beträgt, nicht zustimmen werde, solange ihre Forderungen nicht erfüllt sind.

Zur Agrarpolitik liegen jetzt verschiedene Stellungnahmen von Kapitalisten und Regierung vor. So erklärte der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) schon im Jahresbericht 1980/82, daß der „entscheidende Ansatzpunkt zur Begrenzung des weiteren Ausgabenanstiegs ... die Agrarpolitik“ sei. Insgesamt müsse den Gesetzen der Marktwirtschaft auch in der Agrarpolitik Bahn gebrochen werden. Diese Forderungen unterstützte im Rahmen des Europäischen Kapitalistenverbandes der britische Vertreter, teilt der BDI nun aus Anlaß der Konferenz am 6.12. mit. Die britischen Imperialisten mußten mit dem EG-Beitritt auf Billigefüllen von Nahrungsmitteln aus früheren Kolonialgebieten verzichten, die Preise der Lebensmittel stiegen zum Teil auf das Doppelte. Heftige Kämpfe der Arbeiter um die Verteidigung des Reallohns waren die Folge. Den britischen Imperialisten ist nun – genauso wie den westdeutschen – daran gelegen, durch eine Preissenkung der Lebensmittel die Reproduktionskosten der Lohnabhängigen zu senken, dies zu einem Angriff auf die

Reallöhne zu nutzen und so die Einkommen von Arbeitern und Bauern zu verringern.

Vor allem französische Kapitalisten stellen sich dem Agrarprogramm bislang entgegen, weil sie, wie der BDI angreift, „durch Ausdehnung der Agrarexporte ihre Handels- und Leistungsbilanz mit Hilfe von EG-Finanzmitteln“ ausgleichen wollen. Die von den westdeutschen und britischen Imperialisten geforderte Agrarpolitik hat die Absenkung der Erzeugerpreise auf das Weltmarktniveau zum Ziel, für Weizen z.B. würden die Erzeugerpreise um mehr als 30% sinken. Dies würde den Agrahändlern und -kapitalisten in den EG-Ländern, die bedeutende Agrarexporte auf den Weltmarkt tätigen, wie z.B. Frankreich, empfindliche Gewinneinbußen bringen, wenn sie diese Preissenkungen nicht vollständig gegenüber den Bauern durchsetzen könnten und die Subventionen aus dem EG-Agraraushalt für Weltmarktexporte entfiele. Daher röhrt der Widerstand Frankreichs gegen dieses Agrarprogramm. Im Grundsatz sind sich jedoch alle EG-Imperialisten einig, daß eine Senkung der Erzeugerpreise für die Bauern sein müsse. Nur über die Geschwindigkeit, mit der dies gegen den Widerstand der Bauern durchgesetzt werden könnte, herrscht Uneinigkeit.

Die Bundesregierung unterstützt den Ende Juli von der EG-Kommission vorgelegten Vorschlag zur „Rationalisierung der Marktorganisation“ insoweit, wie die Kommission die Anhebung der Erzeugerpreise ablehnt und direkte Preissenkungen fordert und die von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle vorgeschlagene Quotenregelung für Milchproduzenten übernimmt. Die Kommission hatte außerdem in ihrem Vorschlag darauf hingewiesen, daß mit einer Senkung der Agrarpreise in der EG auch die Einnahmen aus den Sonderzöllen für Agrimporte aus Nicht-EG-Staaten zurückgehen würden und deshalb der Anteil der Mehrwertsteuer, den die Mitgliedstaaten an die EG zahlen, gesteigert werden müsse. Für die BRD bedeutet dies z.B., daß sie nicht mehr den vierzehnten Teil des Mehrwertsteueraufkommens, 1983 sind das 9,12 Mrd. DM, sondern bis zu einem Zehntel abführen müßte. Diese Erhöhung lehnen die westdeutschen Imperialisten strikt ab. Die Folge für die Masse der Bauern in der EG wird eine Senkung der Erzeugerpreise von bisher nicht gekanntem Ausmaß sein.



In allen EG-Staaten kämpfen die Bauern seit langem gegen die reale Senkung der Erzeugerpreise durch die Agrarpolitik der EG. Links: Bauern in Italien wehren sich gegen Milchimporte aus der BRD. Rechts: Niederländische Bauern 1981 in Brüssel: „Preise stoppen? – Bauern legen!“

Zur Unterstützung der Bundesregierung hat der Haushaltssausschuß des Bundestags dem Parlament einstimmig eine Beschußempfehlung vorgelegt, in der die Regierung zu jeder Art Erpressung ermuntert wird, die die Vormachtstellung der BRD-Imperialisten sichern kann. Anscheinend haben auch die Ausschuß-Mitglieder der Grünen Burgmann, Kleinert, Reents und Verheyen dieser Empfehlung zugestimmt. In der Vorlage verlangt der Ausschuß u.a., daß die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf jeden Fall abgelehnt werden müsse, daß jede Ausgabensteigerung bei den Regional-, Sozial- und Forschungsfonds erst nach Senkung der Agrarausgaben stattfinden dürfe und die Stahlquoten der westdeutschen Stahlindustrie gesichert sein müßten.

Der BDI hat in seiner jüngsten Stellungnahme ebenfalls verlangt, daß vor jeder Erhöhung anderer Ausgaben der EG die Senkung des Agrarhaushaltes gesichert sein müsse. Zur Gestaltung von Sozial-, Regional- und Forschungsfonds und zu eventuellen neuen „Gemeinschaftspolitiken“ fordert der Kapitalistenverband vor allem die Beseitigung aller Schranken, die den westdeutschen Waren- und Kapitalexport in andere EG-Länder hemmen, also z.B. das Verbot von Mehrheitsbeteiligungen in manchen Ländern: „Bei



Für die Sicherung ihrer Vormachtstellung wollen die BRD-Stahlkapitalisten von den Arbeitern Lohnkürzungen.

der auch aus der Sicht der deutschen Industrie besonders wichtigen Frage der technologischen und industriellen Kooperation sollte das Schwergewicht auf den Abbau der noch immer bestehenden Hemmnisse – Wettbewerbspolitik, Steuern, Gesellschaftsrecht – gelegt werden. Dies dürfte in den meisten Fällen wirksamer sein, als die Verfolgung kostspieliger Gemeinschaftsprojekte.“ Die wenigen Fälle, in denen der BDI davon ausgeht, daß ge-

meinsame Forschungen Vorteile brächten, sind die, in denen die westdeutschen Kapitalisten gegenüber außereuropäischen Konkurrenten ins Hintertreffen geraten sind: Die beherrschende Position der japanischen und US-Kapitalisten in der Mikroelektronik könne nur durch gemeinschaftliche Anstrengungen gebrochen werden, ähnliches gelte für die Flugzeug- und Raumfahrtindustrie. Heftig wendet sich der BDI gegen die Forderungen der französischen Imperialisten, die einen stärkeren Schutz der EG für Waren- und Kapitalimporte aus Drittländern fordern. Die westdeutschen Imperialisten, die nicht nur die größten Exporteure innerhalb der EG sind, sondern auch die bei weitem größten Exporte in Länder außerhalb der EG tätigen, befürchten ähnliche Abschottungsmaßnahmen dieser Länder.

Für gemeinsame Forschungsvorhaben und die Struktur- und Sozialfonds verlangt der Haushaltssausschuß „Konzentration und effizientere Verwendung“. In einer anderen Stellungnahme zu Forschungsvorhaben der EG erklärt die Bundesregierung, nicht mehr die einzelnen Staaten sollten die Vorhaben, die aus den Fonds unterstützt werden, festlegen und die Finanzierung kontrollieren. Sie will gemeinsame Beschußfassung und Kontrolle der EG-

Bundesregierung mit EG-Kommission einig: Die Bauern müssen billiger abliefern

Auch wenn Landwirtschaftsminister Kiechle ständig erklärt, Ziel der Reform der EG-Agrarpolitik sei „eine Einschränkung der Produktionsmengen bei überschüssigen Agrarprodukten“, sollen die Bauern keineswegs weniger, sondern billiger produzieren. Die von der EG-Kommission für die bevorstehende EG-Gipfelkonferenz vorgeschlagenen und von der Bundesregierung begrüßten Maßnahmen zielen auf eine rasche und deutliche Senkung der Erzeugerpreise für die Bauern, womit die westeuropäischen Imperialisten ihre Lohnkosten senken könnten.

Die Kommission fordert in ihren Vorschlägen für die künftige „Gemeinsame Agrarpolitik“ eine „restriktive Preispolitik“, bei der selbst nominale Preissenkungen für einzelne Produkte nicht auszuschließen seien. Im einzelnen schlägt sie vor:

Für Milch: „Eine Referenzmenge (Quote) ... würde für jede Molkerei festgesetzt und sich auf die Lieferungen von 1981 stützen. Alle über diese Menge hinausgehenden Milchliefierungen würden einer Zusatzabgabe unterliegen, die so berechnet wird, daß sie die vollen Kosten für den Ab-

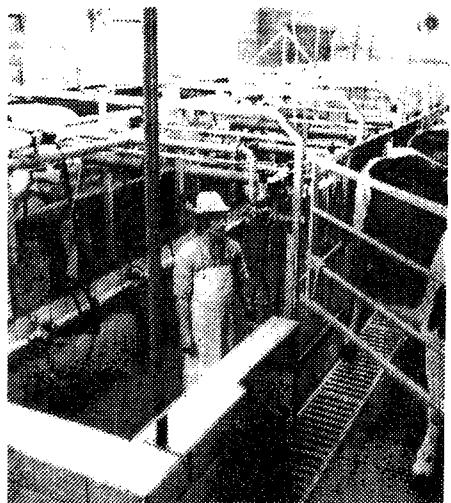
satz der zusätzlichen Milchmenge abdeckt. Die Molkereien würden ihrerseits diese Belastung auf die Erzeuger abwälzen, und zwar nach in gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften festzusetzenden Kriterien.“

Die Absicht der EG-Kommission mit diesen fast kriegswirtschaftlichen Maßnahmen ist eine gezielte Steigerung der Produktivität bei den größeren Bauern und damit eine Senkung des Erzeugerpreises. Erst 1981 waren die Milchbauern durch die EG-Verordnung über die Milchqualität zu hohen Neuinvestitionen in Kühlhallen u.ä. gezwungen worden. Sie mußten versuchen, ihre Produktion auszudehnen. Künftig werden die Molkereien für die im Vergleich zu 1981 zusätzlich produzierte Milch weniger zahlen. Die kleineren Bauern können versuchen, durch Schinderei und Überarbeit ihren Verlust in Grenzen zu halten oder müssen schließlich, wie die EG-Kommission als Möglichkeit vorsieht, ihre Quoten an größere Bauern verkaufen.

Für Getreide schlägt die EG-Kommission vor, „die beschleunigte Verängerung der Kluft zwischen den Preisen der Gemeinschaft und den Preisen ihrer Hauptkonkurrenten als ein Ziel

in ihren künftigen Vorschlägen für gemeinsame Getreidepreise zu verfolgen. Sollte dieses Ziel nicht im Wege der Preispolitik erreicht werden, müßte die Gemeinschaft ... eine Abgabe auf Getreide einführen, um die Ausfuhrkosten ganz oder teilweise zu decken.“

Die westeuropäischen Imperialisten wollen durch eine Senkung der Erzeugerpreise für Getreide ihre Position als zweitgrößter Agrarexporteur auf dem Weltmarkt nach den USA behaupten und ausbauen.



Nur Großproduzenten könnten bei einer Milchquotenregelung noch mit Gewinn liefern.

Behörden über die Verwendung der Mittel in den Haushalten der einzelnen Staaten. Ein solches Verfahren würde ihr Einmischungsmöglichkeiten in die Haushalte anderer Staaten bieten.

Die BRD-Imperialisten treiben ihre Erpressungen, die in den Forderungen zur Agrarpolitik und Finanzpolitik angelegt sind, noch weiter. Das „Handelsblatt“ berichtet, daß die Bundesregierung jede Zustimmung zum EG-Haushalt davon abhängig macht, daß die Forderung der westdeutschen Stahlkapitalisten nach Absicherung ihrer Vormachtstellung in der EG erfüllt wird. Sie verlangen, daß den Subventionen für die Stahlindustrie anderer EG-Staaten tatsächlich ein Ende gesetzt wird und die Stahlimporte in die BRD aus allen anderen Staaten reduziert werden. Laut „Handelsblatt“ hat die Bundesregierung die EG-Kommision „aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zum Schutz der deutschen Stahlindustrie vor subventionierten Billigeinfuhren aus anderen EG-Staaten zu ergreifen und damit gedroht, andernfalls ihre Zahlungen an die Gemeinschaftskasse zu verringern.“

Quellenhinweis: Handelsblatt, Ausgaben v. 10.11. - 24.11.; Bundestagsdrucksachen Nr. 10/576, 358, 329, 597; BDI, Informationen + Meinungen Nr. 11/83; Politische Berichte Extra, Zur Europa-Politik des BRD-Kapitals: Kein Mandat für die Neuordnung Europas und die Neuauftteilung der Welt! - (uld, alk, rül)

Mehr noch: Eine weitere Verbilligung der Agrarprodukte durch Rui- nierung zahlreicher Bauernexistenzen gäbe den westeuropäischen Imperialisten weitere Mittel zur Plünderei und Erpressung der Ländern der Dritten Welt, die auf Nahrungsmit- teleinfuhren angewiesen sind.

Ein weiterer Vorteil: Weil Milch und Getreide auch als Futtermittel dienen, würde sich die Senkung der Erzeugerpreise zugleich auf die Fleischproduktion auswirken. Die westdeutschen Imperialisten haben hierbei ein strategisches Interesse. Zwar stieg bis 1980 der „Selbstversorgungsgrad“ bei Rindfleisch in der EG auf 103% (1978 erst 94%), jedoch beruhte diese Steigerung hauptsächlich auf der Einfuhr billiger Getreideersatzstoffe als Futtermittel aus Nicht-EG-Ländern. Können die BRD-Imperialisten die angestrebte drastische Senkung der Erzeugerpreise bei Milch und Getreide gegen die Bauern durchsetzen, ist die „EG-Selbstversorgung“ bei Fleisch auf „EG-eigener“ Futtermittelbasis möglich – die für die Kriegsfähigkeit unumgängliche Ernährungssicherung unabhängig von überseeischen Einfuhen wäre somit für alle wesentlichen Agrarpodukte hergestellt.

Quellenhinweis: Vorlage der Kommission der Europäischen Gemeinschaften - gemeinsame Agrarpolitik, Bundestagsdrucksache 10/501

Die BRD-Imperialisten beim Aufbau „europaweiter Industrien“ in der EG

Ende 1981 hatten die westdeutschen Imperialisten knapp 30% ihres im Ausland angelegten Kapitals in den Staaten der EG angelegt. In absoluten Zahlen waren das knapp über 30 Mrd. DM von 101 Mrd. DM westdeutschem Auslandskapital weltweit, die die BRD-Imperialisten in den Erwerb von Beteiligungen an Fabriken oder in die Errichtung eigener Niederlassungen in den EG-Staaten gesteckt hatten. „Über die Hälfte unseres Exports geht in die EG. Zählt man die mit ihr durch Freihandelsabkommen verbundenen europäischen Staaten hinzu, so fließen gut zwei Drittel der deutschen Ausfuhren in diesen großen Freihandelsraum ... Es ist wichtig, diesen Markt auszubauen und zu sichern“ (1). So beschreibt die Bundesregierung die mit diesen Kapitalexporten verknüpften Interessen der BRD.

Allein in den Jahren 1976 bis 1981 haben die BRD-Imperialisten den Wert ihrer Kapitalanlagen in den EG-Staaten verdoppelt. Die Umsätze dieser Niederlassungen in den anderen EG-Staaten stiegen im gleichen Zeitraum von 68,9 Mrd. DM auf 134,2 Mrd. DM. Auch die Zahl der Lohnabhängigen, die die westdeutschen Kapitalisten in diesen EG-Niederlassungen ausbeuteten, stieg beträchtlich und betrug Ende 1981 438000 (siehe Tabelle).

Die westdeutschen Chemiekapitalisten sind seit langem führend bei diesem Aufbau „europaweiter Industrien“ unter westdeutscher Kontrolle. 1981 arbeiteten ein Viertel aller Beschäftigten in der Chemieindustrie der EG unter dem Kommando der drei IG-Farben-Nachfolger Hoechst, Bayer und BASF. Allein der Hoechst-Konzern gab bereits 1979 die Zahl der Lohnabhängigen in seinen „wichtigen“ EG-Werken mit 35000 an, darunter 19000 in Frankreich, etwa 10000 in Großbritannien, 2800 in Italien und 2500 in den Niederlanden. Die BASF-Kapitalisten nannten 4500 Lohnabhängige in „wichtigen“ EG-Werken, Bayer 24200 Lohnabhängige in allen EG-Werken zusammen. Insgesamt hatten die westdeutschen Chemiekapitalisten 1981 5,4 Mrd. DM in anderen EG-Staaten angelegt. Ihnen folgten die Elektrokapitalisten mit 2,5 Mrd. DM Kapitalanlagen in der EG, angeführt von Siemens mit Werken in Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien (6700 Lohnabhängige arbeiteten allein in diesem Land un-

ter Siemens-Kommando) und Griechenland. Die Automobilkapitalisten hatten 2,4 Mrd. DM in den anderen EG-Staaten angelegt, darunter ein VW-Montagewerk in Belgien mit 4500 Lohnabhängigen und ein Montagewerk von Daimler in Griechenland.

Wo immer sich eine Möglichkeit bot, durch den Kauf ausländischer Werke oder den Neubau eigener Niederlassungen in den EG-Staaten den „europäischen Zusammenschluß“ unter westdeutscher Kontrolle weiter voranzutreiben, haben die westdeutschen Kapitalisten in den letzten Jahren – „europäisch“ wie kein anderer in solchen Dingen – zugegriffen. Inzwischen sind sie so ziemlich in allen Regionen der EG mit Niederlassungen vertreten, profitieren von niedrigen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit hier, von der „Harmonisierung“ der Arbeitsbedingungen durch

Zahl der Lohnabhängigen in Auslandsbetrieben der BRD

Land	1976	1981
Belgien	61000	65000
Dänemark	6000	11000
Frankreich	156000	169000
Griechenland	15000	16000
Großbritannien	44000	58000
Republik Irland	4000	6000
Italien	53000	59000
Luxemburg	3000	5000
Niederlande	44000	49000
EG (ohne BRD)	371000	438000
Spanien	67000	94000
Portugal	15000	18000

Quellen: Deutsche Bundesbank, Beilage zur Zahlungsbilanzstatistik Juli 1983: Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland nach Ländern und Wirtschaftszweigen 1976–1981; Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft. Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft, 1982

Ausweitung der Nacharbeit dort, mischen sich in dem einen Land in die „Haushaltssanierungs“-Überlegungen der Regierung ein, beeinflussen in dem anderen die Gesetzgebung gegen Gewerkschaften und Streikrecht. Jedesmal zu dem Zweck, den Ertrag ihrer Auslandsniederlassungen weiter zu erhöhen, ihre Warenexporte in diese Länder weiter zu steigern, ihre industrielle Schlagkraft in der imperialistischen Konkurrenz auf diese Weise weiter zu erhöhen und so auch ihre Stellung als stärkste Wirtschaftsmacht der EG auszubauen und zu festigen.

Quellenhinweis: (1) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Europa (Reihe Bürger-Informationen), Mai 1982; Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik und Monatsberichte Oktober 1981, August 1982 und Mai 1983; div. Geschäftsberichte

Unterstützt die schwarzen Gewerkschaften in Südafrika! Rundreise eines Vertreters der Gemeindearbeiter-Gewerkschaft

Anfang Januar wird ein Vertreter der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter, Herr Mofokeng, auf Einladung des Arbeitskreises Afrika (AKAFRIK) Münster zu einer Rundreise in die BRD kommen. — Die gewerkschaftliche Organisierung der afrikanischen Arbeiter in Südafrika hat in den letzten Jahren aller Unterdrückung zum Trotz einen großen Aufschwung genommen. Die meist noch jungen schwarzen Gewerkschaften haben bereits viele harte Kämpfe durchstehen müssen — der Vorläufer der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter z.B. entstand praktisch im Streik der Johannesburger Gemeindearbeiter 1980, gewann trotz der Deportation vieler Streikender Tausende von Mitgliedern,

schloß sich dann mit anderen zusammen und ist seit 1982 Mitgliedsgewerkschaft der CUSA, dem Verband südafrikanischer Gewerkschaften, der selbst erst 1980 entstand und heute über 100000 Mitglieder zählt.

Mo, 09.1.	Hamburg
Di, 10.1.	Schleswig
Mi, 11.1.	Kiel
Do, 12.1.	Lüneburg
Fr, 13.1.	Westberlin
Sa, 14.1.	Hannover
Mo, 16.1.	Clausthal
Di, 17.1.	Bielefeld
Mi, 18.1.	Münster
Fr, 20.1.	Dortmund
Sa, 21.1.	Köln
Mo, 23.1.	Schweinfurt
Di, 24.1.	Augsburg
Mi, 25.1.	München
Fr, 03.2.	Frankfurt

Vom 26.1. bis 2.2. finden Veranstaltungen in den baden-württembergischen Städten Ravensburg, Stuttgart, Freiburg, Schwäbisch Hall, Heilbronn und Heidelberg statt. Die genauen Termine dieser Veranstaltungen stehen noch nicht fest.

Carstens mit Flottenbegleitung in Afrika

Bundespräsident Carstens führte in der Woche vom 20. bis zum 26. November 1983 Staatsbesuche in der Republik Elfenbeinküste und in der Republik Niger durch. Während die Boulevardpresse verbreitet, diese Reise sei, wenn überhaupt, dann folkloristisch von Bedeutung, kann man dem „Handelsblatt“ immerhin entnehmen, Zweck des Besuches sei, angesichts der „Auseinandersetzungen in Südafrika, Namibia, Tschad“ eine eigene Konzeption der Afrikapolitik zu entwickeln: „Deutsche Afrika-Politik muß aufholen.“ Carstens traf in der Elfenbeinküste zusammen mit einem Flottenverband, bestehend aus dem Zerstörer „Hessen“, der Fregatte „Braunschweig“ und dem Versorger

„Glücksburg“ ein. Die Flotte kreuzte seit dem 17.10. auf der Route Madeira, Sierra Leone, Kamerun, Elfenbeinküste, Portugal. Die westdeutschen Imperialisten können sich bei ihren Bemühungen, den Einfluß zu vergrößern, auf schon vorhandene Positionen stützen. Ihre Direktinvestitionen in die Elfenbeinküste stiegen von 1976 bis 1981 von 16 Mio. DM auf 136 Mio. DM. Damit ist Elfenbeinküste nach der südafrikanischen Kolonialfesteung und nach Ägypten das

wichtigste Kapitalexportland in Afrika für die BRD. Die westdeutschen Kapitalisten beuteten dort in 17 Fabriken 2000 Arbeiter aus. Niger ist für die BRD ein wichtiger Lieferant von Uranerzen. 1981 dienten ein Drittel der Staatsausgaben von Niger der Schuldentlastung. Elfenbeinküste ist noch höher verschuldet, nämlich mit 42% des Bruttonsozialprodukts. Einen großen Teil dieser Schuld papiere halten die westdeutschen Imperialisten. Carstens und der ihn begleitende Entwicklungsmintister Warnke nutzten dies und schlossen mit Niger zwei entwicklungspolitische Abkommen in Höhe von 70 Mio. DM. Als Bedingung verlangten sie die Fortführung der „marktwirtschaftlichen Politik“ und „eine ausgleichende Rolle angesichts der Spannungen in Nordafrika.“

BGH-Urteil gegen Demonstrationsrecht

„Hintermänner gewalttätiger Ausschreitungen (seien) auch dann strafbar, wenn sie sich nicht selbst am Ort des Geschehens aufgehalten hätten“, hat jetzt der Bundesgerichtshof in einem Urteil zum Demonstrationsrecht festgehalten. Mit den „Hintermännern“ sind nicht etwa Polizeichefs gemeint, denen gewalttätig ausschreitende Polizeibe-

amte bekanntlich zu Gehorsam verpflichtet sind. Gemeint ist der suspendierte Magistratsdirektor Schubart, den das Oberlandesgericht Frankfurt zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt hatte, weil er der „Nötigung von Verfassungsorganen“, genauer: der hessischen Landesregierung, schuldig sei. Schubart hatte aufgerufen, dem Flughafen Frankfurt am 15.11.81 „einen Besuch abzustatten“ und ihn „dicht“ zu machen, um so die hessische Landesregierung zum Stoppen der Bauarbeiten an der Startbahn West zu veranlassen. Gegen dieses Urteil hatte Schubart Revision eingereicht vor dem BGH. Das jetzige Urteil: „Nötigung von Verfassungsorganen“ liege nicht vor. Dazu sei die Aktion auch gar „nicht geeignet gewesen“, so was müsse eine Landesregierung aushalten. Schuldig sei Schubart dagegen des Landfriedensbruchs und der Nötigung von Flughafenkunden, auch wenn er an den Aktionen gar nicht teilgenommen habe. Begründung: siehe oben. Angesichts der erwiesenen Findigkeit des Bundesinnenministeriums und seiner Dienste in Sachen „Hintermänner“ von Aktionen hat das BGH damit weitreichende Möglichkeiten zur Ausweitung der Strafverfolgung eröffnet. Schubart will gegen das Urteil Verfassungsbeschwerde einlegen.

„Wir sind wer“ in der Raumfahrt

„Deutscher Astronaut oben“, meldete „Bild“ am 29.11. Nach einer das Gemüt ansprechenden Impression vom Start der Raumfähre Columbia folgen die nötigsten Angaben für die Leser, Flugdauer, Besatzung — fünf namenlose US-Amerikaner und der Stuttgarter Physiker Dr. Ulf Merbold, dazu das in Bremen gebaute Raumlabor „Spacelab 1“ —, schließlich die Telefonnummer, unter der sich jedermann, der an der deutschen Raumfahrt teilnehmen will, den Funkverkehr ins Wohnzimmer holen kann. Die Eroberung des Weltraums durch einen Deutschen ist friedvoll, läßt der Kölner „Express“ Merbold behaupten, im Gegensatz zu den militärischen Absichten der Supermächte, die ihm die „Haare zu Berge stehen lassen. Seine Frau versichert, oft verstünden auch Laien, was ihr Mann treibe, z.B. die Frage, ob Sonnenblumen auch im All die Köpfe zur Sonne wenden. Wer wollte seinen Kindern nicht wünschen, an solchem Abenteuer beteiligt zu sein. Am 6.12. wendet sich der Bundesforschungsminister an den Nachwuchs mit einem Tag „Jugend und Raumfahrt“. Um kommerziell verwertbare Forschungsergebnisse geht es den Kapitalisten der metallurgischen und der Luft- und Raumfahrtindustrie. Ihr brennendes Interesse an Merbolds Versuchen mit Material und Grundstoffen, die, serienmäßig und billig hergestellt, Konzerne wie MBB, MAN und Krupp in der Konkurrenz nachvorn bringen sollen, enthielt zwangsläufig die militärische Anwendung. Der Preis für die Reklame, die ihnen Merbold im Spacelab liefert, schmerzt sie heftig. Das Labor, für fünfzig Einsätze tauglich, geht nach der Jungfernreise in US-amerikanischen Besitz über. Das „weltraumtechnische Meisterstück der Westeuropäer“ — an die zwei Milliarden DM haben Bau und Entwicklung gekostet — hergeschenkt „für einen kostenlosen Flug mit der Raumfähre“, knirschen die „Stuttgarter Nachrichten“. Und dann noch für künftige Benutzung Millionen blechen! Heute würde man so was nicht mehr unterschreiben. Brauchen die europäischen Imperialisten auch nicht, denn endlich haben sie eine eigene Trägerrakete, die funktioniert. Sie sind zum Bau einer Raumstation eisern entschlossen.

Tarifbewegung Metall

Die Vorbereitung der Lohnbewegung ist schon viel zu lange überfällig

Rechtzeitig zur Beschußfassung der Tarifkommissionen der IGM zur Arbeitszeitverkürzung hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für eine Vorrustandsregelung in Aussicht gestellt. Danach soll freiwillig ab 59 Jahren ausgeschieden werden können mit 65% des letzten Bruttolohns, und selbst das nur für fünf Jahre. Von den 65% gingen noch Lohnsteuer und Versicherungsbeiträge ab. Die Einkommensminderung senkt die spätere Altersrente. Die Kapitalisten würden von der Bundesanstalt für Arbeit 40 der 65% erstattet erhalten und weniger Beiträge an die Versicherungen zahlen.

Gesamtmetall hat prompt reagiert und vor dem ersten Beschuß einer Tarifkommission ein „Angebot“ gemacht: Vorruststandsgeld, möglicherweise etwas über 65% aufgestockt; Flexibilisierung der Arbeitszeit; Teilzeitarbeit in großem Umfang; schließlich die Andeutung von Bereitschaft, in solchem Zusammenhang auch über „die Frage einer Lohnerhöhung“ zu sprechen. Die Metallkapitalisten, die lieber heute als morgen den Einbruch bei den Tarifverträgen bei Arbed auf die Metallindustrie ausweiten möchten, nutzen geradezu zynisch die schlimme Lage, daß die IG Metall in der Lohnfrage



Nach fünf Tagen Streik verhindern die Arbeiter der Gießerei Kamm in Rennigen bei Böblingen die Entlassung eines türkischen Betriebsrats.

Gleichzeitig hat Blüm einen Gesetzesantrag angekündigt, der „Hemmisse für mehr Beschäftigung“ beseitigen soll. Den Andeutungen nach ist die Aufhebung von Kündigungsschutzbestimmungen vorgesehen.

Mit der Vorrustandsregelung verfolgt die Regierung einen mehrfachen Zweck. Der bürgerlichen Propaganda gegen eine generelle, für alle Beschäftigtengruppen geltende Arbeitszeitverkürzung liefert sie einen praktischen Vorschlag für die Tarifverhandlungen. Andererseits werden auf diese Weise die christlichen Gewerkschaftspalervereine und der christdemokratische Flügel im DGB für das Auftreten gegen die 35-Stunden-Woche munitioniert. Nicht zuletzt spekuliert Blüm auch darauf, daß in der IG Metall einiges von dem Tarifrentenunfug hängengeblieben ist, den der Vorstand im letzten Jahr zur tarifpolitischen Hauptaufgabe machen wollte, was in manchen Tarifbezirken gewisse Resonanz hatte.

bisher paßt oder sogar selber im vorhinein Zugeständnisse ankündigt. Der Vorstand und die Tarifkommissionen der IGM, die letzte Woche getagt haben, haben das Gesamtmetall-„Angebot“ abgelehnt. Sie haben Forderungen aufgestellt nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Einschränkung von Überstunden, Ausgleich unbedingt nötiger Überstunden durch Freizeit. In Baden-Württemberg wird zusätzlich die Aufnahme einer Bestimmung in den Manteltarifvertrag verlangt, nach der die Arbeitsbedingungen in Betriebsvereinbarungen festgehalten werden müssen. Diese Bestimmung soll der Intensivierung der Arbeit nach einer Arbeitszeitverkürzung entgegenwirken. Die ursprüngliche weitergehende Forderung nach Festlegungen gegen Arbeitsintensivierung im Manteltarif selber (vgl. Politische Berichte 20/83 und Nachrichtendienst Metall 40/83) wurde fallengelassen, da mit der Kassierung dieser Forderung

durch den Hauptvorstand gerechnet wurde.

Zwar wurde die Kündigung der Lohntarife beschlossen, aber noch keine Forderung dazu. Das soll erst Ende Dezember geschehen, nachdem schon erste Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung stattgefunden und die Kapitalisten ihr „Angebotspaket“ öffentlichkeitswirksam präsentiert haben werden. Weder der Hauptvorstand noch seiner tarifpolitischen Klausurtagung noch die Tarifkommissionen haben bisher zu Zielsetzungen hinsichtlich der Löhne und Gehälter öffentlich Stellung genommen und, nach allem, was zu hören ist, die Sache auch intern ausgeklammert. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß auf unterer gewerkschaftlicher Ebene in den letzten Wochen eine Lohndiskussion in Gang gekommen ist. Soweit dabei Lohnforderungen beschlossen oder erörtert wurden sind, waren es durchweg Festgeldforderungen bzw. Forderungen, die auf eine besondere Berücksichtigung der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen abzielen.

In Anbetracht der Lage wäre schon ein Vorteil, wenn diesmal anders als im letzten Jahr erstens alle Tarifkommissionen fest umrissene Lohnforderungen aufstellen und von der unbestimmten Forderung nach Ausgleich der Inflation Abstand nähmen; wenn zweitens alle Tarifkommissionen entsprechend dem Beschuß des Gewerkschaftstags gegen ein weiteres Absenken besonders der Niedriglöhne und für „stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durch Sockel- oder Mindestforderungen“ entscheiden.

Quellenhinweis: IGM-Metall-Nachrichten Baden-Württemberg Nr. 9 vom 25.11., BWK-Nachrichtendienst Metall, Handelsblatt vom 21.11. bis 25.11. – (rok)

Spionageprozeß BGH bestätigt Gaßmann-Urteil

Am 25.2.1983 wurde der Bildungssekretär der Hamburger IG-Metall, Hermann Gaßmann, aufgrund des § 99 StGB (geheimdienstliche Agententätigkeit) zu 2½ Jahren Gefängnis und Entzug auf Bekleidung eines öffentlichen Amtes für 3 Jahre verurteilt. Die Anwälte von H. Gaßmann legten Revision beim Bundesgerichtshof ein. Inzwischen hat der BGH das Urteil des Hamburger Oberlandesgerichts bestätigt. H. Gaßmann wird nun die Gefängnisstrafe antreten müssen. – Das Urteil wurde bislang nicht veröffentlicht.

Gaßmann unterhielt seit den 50er Jahren Kontakte zu dem DDR-Bürger Erich Brehmer, dessen Tätigkeit für das DDR-Ministerium für Staats-

cherheit (MfS) behauptet, jedoch nicht bewiesen wurde. Verurteilt wurde er für die Reisen in die DDR seit 1968, seit der Schaffung des § 99 durch die Große Koalition. Der § 99 StGB und seine höchstrichterliche Auslegung werten jegliche Informationsgespräche zwischen BRD- und DDR-Bürgern als Agententätigkeit, auch wenn sie nachweislich keine „Staatsgeheimnisse“ zum Inhalt haben.

Bekanntlich werden nun keineswegs jährlich Millionen von DDR-Besuchern vor Gericht gezerrt und mit Gefängnis bedroht, wiewohl dies über § 99 StGB möglich wäre. Der § 99 wurde als Unterdrückungs-Instrument gegen politische Bestrebungen, die sich der Unterordnung von Arbeiterinteressen unter die außen- wie innenpolitischen Interessen des BRD-Finanzkapitals widersetzen, eingeführt. Entsprechend war, so seinerzeit der Vorsitzende des Hamburger Gerichts, die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um „klassenkämpferische“ oder „sozialpartnerschaftliche“ Politik Gegenstand des Verfahrens.

H. Gaßmann, so das Gericht, habe das Vertrauensverhältnis zu seinen Vorgesetzten mißbraucht, da er in der BRD Veränderungen zugunsten der Gewerkschaftsmitglieder anstrebe. Dies resultiere aus seinem „fehlgeleiteten sozialen Engagement“. Der Staatsanwalt begründete mündlich seine Forderung nach 3 Jahren Gefängnis damit, daß H. Gaßmann „der IG Metall, dem DGB, der SPD und damit der Bundesrepublik einen abstrakten und unermeßlichen Schaden zugefügt“ habe. Indiz: Als Zeugen vernommene Gewerkschaftsführer hätten die DDR-Reisen von Gaßmann als Bruch des Vertrauensverhältnisses gewertet.

Darum geht es im wesentlichen: Die Gewerkschaften sollen zu „Staatsorganen“ erklärt werden. Nach Auffassung der Richter haben die Gewerkschaften die Aufgabe, „soziale Spannungen im Produktionsbereich“ zu verwalten. Der § 99 ist eine Knute, den Gewerkschaften dieses Verhalten aufzuzwingen. Nicht ohne negative Bedeutung ist, daß sich kein namhafter Gewerkschafter öffentlich dagegen verwahrt hat, „Staatsorgan“ sein zu sollen.

Die Urteilsbegründung, soweit sie aus der mündlichen Begründung des Gerichts bekannt ist, ist weitreichend: Auf dieser Linie ist die Aburteilung der Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiter gegenüber den Ansprüchen der Kapitalisten als „Hochverrat“ möglich. Der Staatsapparat wird nicht zögern, davon Gebrauch zu machen. Das beweist die BGH-Ablehnung des Revisionsantrages erneut.

Quellenhinweis: Informationsmaterial des Unterstützerkreises H. Gaßmann; Arbeiterpolitik-Sonderdruck 4.3.1983; „Die abschließende Erklärung vor dem Gericht“ von H. Gaßmann - (wal)

Politische Gefangene

Regierung kriminalisiert und unterdrückt

Forderung nach Zusammenlegung

Die Bundesregierung hat durch die Bundesanwaltschaft, die der Dienstaufsicht des Bundesjustizministeriums unterstellt ist, seit April gegen mindestens 32 politische Gefangene, insbesondere aus der Roten Armee Fraktion (RAF) und der Bewegung 2. Juni, sowie gegen zahlreiche Personen, die die politischen Gefangenen besucht oder ihnen geschrieben hatten, ein Verfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ und Aufbau eines „illegalen Informationssystems“ eingeleitet. Als Grundlage für diese Konstruktion eines „illegalen Informationssystems“ wurden Briefe beschlagnahmt, die schon durch die Zensur der Gefängnisleitung gegangen waren. Die Absicht der Bundesregierung ist, mittels dieser Konstruktion Kontakte die-

Die Bundesregierung ist entschlossen, die Reste des politischen Zusammensetzens der Gefangenen zu beseitigen. Nach dem Hungerstreik 1981 hatte die SPD/FDP-Bundesregierung zugesagt, daß sie in der Frage der Forderung nach Zusammenlegung etwas unternehmen würde. Bisher bestehen in Celle und Lübeck Gruppen von politischen Gefangenen. Gegen Gefangene, die noch weiter die Zusammenlegung fordern, werden die Haftbedingungen verschärft. So wurde Bernd Rössner, der schon über acht Jahre in Isolationshaft gehalten wird, nachdem er Anfang 1983 die Zusammenlegung mit der Gruppe in Celle gefordert hatte, für fünf Monate in eine Bunkerzelle mit vollständiger akustischer Isolation, ohne Fenster und ohne Frischluftzu-



Information über den Hungerstreik 1981: Die Bundesanwaltschaft erhob Klage wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“

ser Gefangenen nach außerhalb des Gefängnisses und untereinander zu beseitigen. Insbesondere dient diese Konstruktion dazu, die Verbreitung der Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung in Gruppen zu kriminalisieren und zu unterbinden. In einem Beschlagnahmeantrag für einen Brief schreibt die Bundesanwaltschaft: „Zum einen beschäftigt er sich inhaltlich mit der Möglichkeit des gemeinschaftlichen Widerstandes gegen den Staat, wobei der Beschuldigte Grosser über Möglichkeiten und Wege zur Erreichung einer ‚Front‘ theoretisiert, sowie über die Möglichkeiten, durch Widerstand innerhalb und außerhalb des Vollzugs die Forderung nach Zusammenlegung durchzusetzen.“ Über die Einleitung von Verfahren gegen Besucher und Briefeschreiber hinaus hat die Bundesanwaltschaft erklärt, daß die schon Verurteilten zusätzlich bestraft werden sollen.

fuhr inhaftiert. Erst nachdem der Rechtsanwalt B. Rössner Anfang November in der Justizvollzugsanstalt Straubing besuchte, konnte Rössner die Information weitergeben, daß er gegen seinen Willen vor drei Wochen in die Psychiatrieabteilung verlegt worden sei. Die Rechtsanwälte Rössners griffen die Zwangsunterbringung in einer Presseerklärung an und verlangten die sofortige Rückverlegung. Die Anstaltsleitung sah sich inzwischen genötigt, B. Rössner zurückzuverlegen.

Auch gegen Klaus Viehmann, der im Hochsicherheitstrakt Bielefeld-Brackwede inhaftiert ist und gefordert hatte, daß ein weiterer politischer Gefangener nach Bielefeld verlegt wird, wurden die Haftbedingungen verschärft. Die Justizbehörden in Bielefeld führten aber eine andere Art der Strafverschärfung durch. In dem Hochsicherheitstrakt sind zwei Arbeitsräume eingerichtet worden, die mit Video überwacht wer-

den. Die Anstaltsleitung verlangte achtstündige Zwangsarbeit, bei der unter akkordähnlichen Bedingungen Elektroschalter zusammengesteckt werden. Wer die Arbeit ablehnt, wird mit Strafen bis hin zu Bunkerstrafen belegt. In Bielefeld haben die Justizbehörden den verschärften Strafvollzug auch auf Gefangene ausgedehnt, die sonst im Normalstrafvollzug inhaftiert sind, und haben eine größere Zahl von ihnen in den Hochsicherheitstrakt verlegt. K. Viehmann lehnte die Zwangsarbeit ab und trat Ende Oktober in den Hunger- und Durststreik. Die Anstaltsleitung hat nach der Beendigung des Streiks die Zwangsarbeitsmaßnahme für K. Viehmann zurückgenommen.

CDU, CSU, FDP und SPD haben in den letzten Jahren die Strafprozeßordnung verändert und die Verteidigungsmöglichkeiten eingeschränkt, um eine beschleunigte Verurteilung zu erreichen. Welche Verfahrensmöglichkeiten der Justiz damit gegeben worden sind, demonstriert das Oberlandesgericht Düsseldorf, vor dem seit dem 12. Oktober gegen Adelheid Schulz und Rolf Clemens Wagner wegen der Entführung und Tötung von Schleyer verhandelt wird. So ist inzwischen deutlich, daß zum Zeitpunkt des Eröffnungsbeschlusses noch nicht einmal genügend Beweismaterial vorlag, um das Verfahren gegen Wagner überhaupt eröffnen zu können. Trotzdem faßte das Gericht den Eröffnungsbeschuß. Danach ordnete das Gericht zur Beweisermittlung Tonbandaufnahmen von Gesprächen Wagners an. Erst Ende Oktober unterrichtete das Gericht den Rechtsanwalt Wagners von dieser Maßnahme. Den sofort eingelegten Antrag des Anwalts auf Aufhebung der Anordnung hat das Gericht inzwischen abgelehnt. Außerdem will das Gericht die zwei einzigen Belastungszeugen (angeblich zwei frühere RAF-Angehörige) nicht vorladen. Offenbar will es aber ihre Aussagen als Zeugenaussagen anerkennen. Die Rechtsanwälte fordern die Ladung der Zeugen.

Das Gericht hat im Gerichtssaal zwischen die Angeklagten einen Justizbeamten placierte, der Gespräche über die Prozeßführung verhindern soll. Als die Angeklagten das Recht auf Gespräche forderten und sich zusammensetzten, wurden sie von Justizbeamten niedergeschlagen. Gegen die Mutter von A. Schulz, die empört über die Behandlung der Angeklagten aufschrie, hat der Bundesanwalt einen Antrag auf Entzug der Besuchserlaubnis gestellt. Da das Gericht bisher Besuche von Nichtverwandten ablehnte, würde damit der einzige Besuch, den A. Schulz erhält, gestrichen.

Den Antrag von Chr. Klar, B. Mohnhaupt, A. Schulz und R.C. Wagner auf Zusammenlegung der Prozesse hatte die Bundesanwaltschaft schon

vor längerer Zeit abgelehnt. Klars Prozeß soll im Februar 1984 beginnen.

Die Bundesregierung hat jetzt ein Gesetz über den Wegfall der Zwangsernährung auf den Weg gebracht. In der Bundestagsdebatte am 29.9. verständigten sich CDU, CSU, FDP und SPD darüber, wie sie die Inkaufnahme des Todes von Hungerstreikenden in der Öffentlichkeit vertreten könnten, ohne daß die Regierung die Haftbedingungen ändern müßte. Die GRÜNEN konnten sich nicht zu einer direkten Kritik an den Haftbedingungen und deren Verschärfung aufraffen. Ihre Sprecherin erklärte, daß „die Probleme von Hungerstreik und Zwangsernährung am ehesten dadurch gelöst werden können, daß man den Mindestanforderungen eines humanen Strafvollzugs entspricht“.

Quellenhinweis: Angehörige von politischen Gefangenen, Info Nr. 14; Bundestagsprotokoll 10/25; Pressematerial des Informations-Büros: Politische Gefangene in der BRD, 2000 Hamburg 70, Oktaviostr. 22; tageszeitung 29.10.83 – (gba)

Großbritannien Drucker gegen Gewerkschaftsgesetze

Mehr als 4000 Arbeiter beteiligten sich am 22.11. an „illegalen Streikposten“ vor der Druckerei der Messenger Zeitungsgruppe in Warrington bei Liverpool. 73 wurden festgenommen.

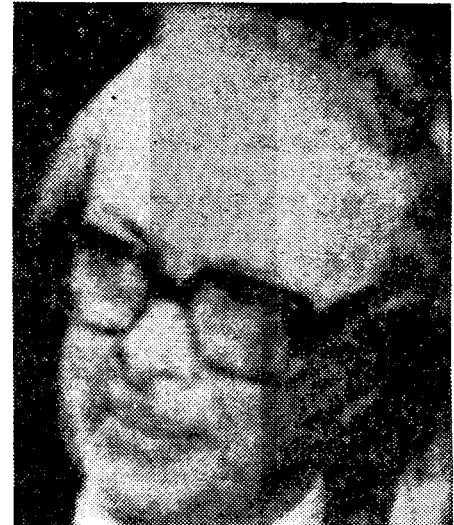
Der Zeitungskapitalist Shah wollte, nachdem er mit der Gewerkschaft keine Einigung über Tarifverträge erreichte, unorganisierte Arbeiter einstellen. Damit brach er den bisher bestehenden „closed-shop“-Vertrag, nach dem nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eingestellt wurden. Shah entließ sechs Mitglieder der Gewerkschaft Graphical Association (NGA), die gegen die Aufhebung des „closed shop“ streikten. Zur Durchsetzung der Wiedereinstellung organisierte die NGA Streikposten vor dem Betrieb, die auch aus anderen Druckbetrieben stammten.

Genau das aber ist nach den neuen Anti-Streik-Gesetzen der Regierung Thatcher illegal. Der Zeitungskapitalist Shah erreichte eine Gerichtentscheidung, nach der die Gewerkschaft die Streikposten abziehen sollte, bei Strafandrohung von 50000 Pfund (etwa 190000 DM). Die NGA zog ihre Streikposten nicht ab und weigerte sich auch, die Strafe zu zahlen.

Auf diese Weigerung antwortete das Gericht mit der Verhängung einer weiteren Strafe von 100000 Pfund (380000 DM) und der Beschlagnahme von Gewerkschaftsgeldern in Höhe von 665000 DM.

Die NGA rief ihre Mitglieder bei den großen, überregionalen Zeitungen in London in den Solidaritätsstreik. Am

letzten Samstag und Sonntag erschienen keinerlei Zeitungen, am Montag einige wenige. Die Zeitungskapitalisten entließen die Drucker und erklärten sich nur bereit zur Wiedereinstellung, wenn die NGA unterzeichnen würde, die Betriebe in dieser Auseinandersetzung nie wieder zu bestreiken. Aber heftige Konkurrenz unter den Zeitungskapitalisten ließ ihre Front rasch bröckeln, alle nahmen die Produktion



Joe Wade, Generalsekretär der NGA wieder auf, ohne auf der Verpflichtung zu bestehen.

Das hinderte sie jedoch nicht, Schadensersatzklagen gegen die NGA in Millionenhöhe einzureichen – ebenfalls nach den neuen Streikgesetzen.

Der Bankrott der NGA ist die erklärte Absicht der Kapitalisten. In der Gewerkschaftsbewegung wächst die Solidarität, und nachdem die größte Gewerkschaft, die TGWU, Anfang der Woche der NGA ihre Unterstützung zusagte, gab der Gewerkschaftsbund TUC am 30.11. eine vorsichtig unterstützende Stellungnahme ab.

Quellenhinweis: Financial Times, Economist, Journalist, Zeitung der NUJ, verschiedene Ausgaben – (hcf)

Griechenland Regierung erkennt DDR-Staatsbürgerschaft an

Bereits im Jahr 1982 haben die Regierung der DDR und die griechische Regierung ein gegenseitiges Rechtshilfeabkommen unterzeichnet, das allerdings bis jetzt noch nicht in Kraft getreten ist. Bevor es gültig werden kann, müssen ihm die Parlamente beider Staaten zustimmen. Die entsprechenden Abstimmungen sollen in den nächsten Wochen stattfinden. Das Abkommen regelt die gegenseitige Unterstützung bei der Verfolgung von Staatsbürgern, die in ihrem Heimatstaat gegen Gesetze verstoßen haben und sich

im je anderen Land aufhalten. Nach einer Erklärung des Staatssekretärs im Innenministerium Spranger lautet der 1. Artikel des Abkommens: „Als Staatsangehöriger eines Vertragsstaates gelten die Personen, die die Staatsbürgerschaft dieses Vertragsstaates nach dessen Gesetzgebung besitzen.“ Also würde die DDR die griechische Staatsbürgerschaft anerkennen, was nicht umstritten ist. Der griechische Staat würde die Staatsbürgerschaft der DDR anerkennen. Die BRD-Imperialisten bestreiten jedoch eine eigene Staatsbürgerschaft der DDR, weil sie ihre Ansprüche auf Einverleibung der DDR offenhalten wollen.

Die Angriffe der Bundesregierung auf die griechische Regierung sind entsprechend schroff. Im Oktober schickte sie Spranger nach Griechenland, um dem griechischen Innenminister Gennimatas mitzuteilen, daß das Abkommen ihren Auffassungen „fundamental widerspreche“, berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Die Bundesregierung kenne nur eine „deutsche“ Staatsbürgerschaft. Außerdem sei zu befürchten, daß Griechenland in

Zukunft DDR-Bewohner an die DDR ausliefern würde.

Die griechische Regierung hält an ihrem Standpunkt fest, daß die DDR eine eigene Staatsbürgerschaft besitzt. Zu möglichen Auslieferungen erklärt sie – in deutlicher Kritik an den westdeutschen Auslieferungen von türkischen Antifaschisten und in Erinnerung an die Behandlung griechischer Verfolgter während der Militärdiktatur: Es „ist eine Grundsatzposition der griechischen Regierung, politischen Flüchtlingen – aus welchem Land sie immer kommen mögen – politisches Asyl zu gewähren . . . In Griechenland, im Gegensatz zu anderen Ländern, spielen Opportunitätsgründe in Asylangelegenheiten absolut keine Rolle.“ D.h. die griechische Regierung will wie zuvor auch keine politischen Flüchtlinge an die DDR ausliefern, wohl aber wegen krimineller Delikte Gesuchte.

Wenn das griechische Parlament dem Abkommen zustimmt, wäre Griechenland der erste Staat in EG und NATO, der die Staatsbürgerschaft der DDR anerkennt.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart Nr. 40/83; Presseklarung der griech. Botschaft v. 6.10.83 – (uld)

Obwohl die damalige Bundesregierung mit dem sozialdemokratischen Kanzler Schmidt die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD in die Wege geleitet hat, obwohl Parteitage der SPD im Dezember 1979 und bestätigend im April 1982 sowie erst noch einmal im Januar 1983 ihren Segen dazu gegeben haben, erschien die SPD nach ihrem jüngsten Parteitag am 15. November völlig geläutert in Unschuld.

Der Eindruck verstärkt sich noch durch die Angriffe von Seiten der Unionsparteien. Die SPD vollzieht „in diesen Tagen den wohl dramatischsten und spektakulärsten politischen Kurswechsel in der deutschen Nachkriegsgeschichte“, so der CDU-Abgeordnete Rühe in der Bundestagsdebatte.

Der gezielt herbeigeführte Eindruck täuscht. Nicht nur, daß dem Parteivorstand der SPD bewußt war, daß das Abstimmungsverhalten im Parlament sowieso nichts an der Aufstellung von Pershing II und Cruise Missile ändern würde. Die SPD hat die Stationierung der Raketen bloß zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt und darüberhinaus mit ihrem Parteitagsbeschuß zu Frieden und Sicherheit sowie mit ihrem in den Bundestag eingebrachten Antrag am NATO-Doppelbeschuß ausdrücklich festgehalten und den früheren Kanzler Schmidt bestätigt. So heißt es im Antrag der Fraktion der SPD:

„Der NATO-Doppelbeschuß hat die Genfer Verhandlungen ermöglicht, insbesondere auch durch den persönlichen Einsatz von Helmut Schmidt. Die im Doppelbeschuß vorgesehene Verhandlungszeit von vier Jahren ist ohne Vertragsergebnis verstrichen . . . Der Deutsche Bundestag ist nicht der Auffassung, daß alle Möglichkeiten für einen Verhandlungserfolg genutzt sind . . . Ein solches schwerwiegendes Versäumnis wäre einer Regierung Schmidt nicht unterlaufen.“

Weiter hat die SPD sorgsamst vermieden, eine Erklärung abzugeben, daß eine künftige SPD-Regierung die jetzt beginnende Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD rückgängig machen werde, außer die Sowjetunion entwaffne sich durch Verschrottung ihrer SS-20-Raketen selbst. Die Fraktion der SPD hat gemeinsam gegen den Antrag der GRÜNEN gestimmt, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, das Einverständnis zu bevorstehenden Stationierung zurückzuziehen. Im Beschuß des Bundesparteitages benennt die SPD stattdessen als Forderungen:

1. Die SPD lehnt die Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik ab.
2. Die SPD fordert statt dessen weitere Verhandlungen. Sie fordert
 - von den USA einen Stop der Stationierung,
 - von der Sowjetunion den Beginn der Reduzierung ihrer auf Europa gerichteten SS-

Raketenstationierung

Parlamentarisch abgesegnet, aber Reaktion befürchtet Fortgang von Aktionen

Die Reaktion war keineswegs beruhigt, nachdem das Parlament mit 286 Stimmen der Unionsparteien und der FDP gegen 225 Stimmen der SPD und GRÜNEN bei einer Enthaltung eines FDP-Abgeordneten die Stationierung von Mittelstreckenraketen gebilligt hatte. Aus Anlaß der Bundestagsdebatte fanden in zahlreichen Orten Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen, häufig unter Beteiligung der Gewerkschaften, statt. In Bonn nahmen mehrere Tausend an der „Belagerung“ des Bundestages teil. Der laut Beschuß der „Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ vorgesehene Kundgebungsredner der „unabhängigen Friedensbewegung“ in der DDR trat nicht auf, so daß die Aktion in Bonn eher von der Gegnerschaft zur Bundesregierung als von „grenzüberschreitenden Friedensbemühungen“ geprägt war.

Nicht bloß das starke Aufgebot von Polizei und Grenzschutz, hinter dem der Bundestag debattierte, störte das Bild parlamentarischer Weihe: Unbestritten auch von den Unionsparteien, entspricht der Beschuß des Bundestages nicht dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Die Kommentatoren der Bourgeoisie äußern jetzt Befürchtungen, daß auch nach der Behandlung im Parlament und dem Beginn der Sta-

tionierung die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin gegen die Aufstellung der Mittelstreckenwaffen sei. Während die Regierungsparteien allen Bestrebungen, gegen die Raketenstationierung eine Volksbefragung durchzuführen, offen drohen, verstärkt die sozialdemokratische Partei ihre Bemühungen, die Gegnerschaft gegen die Stationierung in parlamentarische Bahnen zu lenken und dort zu ersticken.



Abgeordneter Schmidt (Hamburg) am 22.11. während der Bundestagsrede des SPD-Vorsitzenden Brandt bei der Herstellung eines Papier-Flugkörpers mit der Aufschrift „Persh. II“

20-Raketen bis zu einer beträchtlich verminderten Zahl,
– von den beiden Verhandlungspartnern einen Stopp für die Einführung neuer Nuklearraketen kürzerer Reichweite.
3. Wenn neue Raketen in West und Ost aufgestellt werden, wird es das Ziel sozialdemokratischer Politik in der Opposition wie in der Regierung sein, die Nuklearraketen auf beiden Seiten in Europa wieder abzubauen.“

Weiter hat die SPD begrüßt, daß sie an der NATO-Mitgliedschaft der BRD festhält, weil nur so die Interessen der westdeutschen Imperialisten

über die Raketenstationierung eine Volksbefragung durchzuführen sei. So stellte der Geschäftsführer der GRÜNEN Burgmann zum Schluß der Bundestagsdebatte Antrag auf Vertagung:

„Denn die GRÜNEN haben in diesem Deutschen Bundestag eine Gesetzesinitiative zur Volksbefragung eingebracht ... Wir halten es für außerordentlich fragwürdig, wenn die Mehrheit im Bundestag heute Fakten mit einer Entschließung schafft, die gewissermaßen die Stationierung sanktioniert, ehe dieses Gesetz zum Thema Volksbefragung hier von diesem Deutschen Bundestag abschließend behandelt wird.“

mend bleibt, wird aus der militärischen Entwicklungslogik ein Waffensystem nach dem anderen in Mitteleuropa in Stellung gebracht ... Weder die Bundesrepublik noch irgendein anderes Land darf ein Opfer der Macht- und Interventionspolitik der Großmächte sein. Die Erarbeitung von Schritten, die die Auflösung beider Militärblöcke zum Ziel haben, ist dringender denn je. Wir müssen raus aus der NATO.“

Festlegungen, ob etwa die Kampagne zur Volksbefragung weiter von den GRÜNEN unterstützt werden soll, ob Anträge gegen den Rüstungshaushalt im Bundestag von der Fraktion weiterhin eingebracht werden sollen, fehlen bei dem Beschuß der Bundesversammlung der GRÜNEN. So bleibt zu befürchten, daß bei den GRÜNEN Kräfte an Gewicht gewinnen, die aus der „Anti-Rüstungsbewegung“, die in Gegnerschaft zu den westdeutschen Imperialisten steht, eine „grenzüberschreitende“, „blockübergreifende“ Bewegung machen wollen, die mit dem Ziel der Beseitigung der „Ordnung von Jalta“ der Forderung der Reaktion nach einer Revision der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg hinterherläuft.

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung hat erklärt:

„Die Friedensbewegung erkennt den Beschuß des Deutschen Bundestages nicht an. Für eine Entscheidung in dieser existentiellen Frage gab es keine ausreichende demokratische Legitimation. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt diese Raketen nach wie vor ab. Die Friedensbewegung fordert deshalb weiterhin die Durchführung einer Volksbefragung. Sollte das Parlament diese offiziell ablehnen, werden wir im Jahre 1984 selbst eine umfassende Volksbefragung durchführen.“

Der Koordinationsausschuß kündigte „bundesweite Widerstandstage“ an, zunächst am 12.12., dem Jahrestag des Stationierungsbeschlusses, und dann am 30.1.84, dem Jahrestag der Machtübergabe an Hitler.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 10/35 u. 10/36; SPD, a.o. Parteitag, Köln '83, Protokoll: Erklärung zur Friedenspolitik der GRÜNEN, 28.11.83; UZ, 23.-26.11.83 – (alk)

Öffentlicher Dienst Verhandlungen über Rationalisierungsschutz

Seit über einem Jahr verschleppen die Dienstherren die Verhandlungen über die gekündigten Rationalisierungsschutz-Tarifverträge. Aufgrund der starren Haltung der Dienstherren beschloß die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV Anfang dieses Jahres, den Verhandlungen zur Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung denselben Stellenwert einzuräumen wie den Verhandlungen über Löhne und Gehälter. Den anschließenden Lohnraubabschluß hat der geschäftsführen-



Aktion am 22.11. an der „Bannmeile“ des Bundestags. In anderen Orten fanden ebenfalls Aktionen statt, so z.B. in Nürnberg, wo fast 10000 einem Aufruf von DGB und Friedensforum folgten.

durchzusetzen seien. Der Fraktionsvorsitzende Vogel am 21.11.:

„Wir stehen zum Atlantischen Bündnis ... Ein Austritt aus dem Bündnis hätte Isolierung und weniger Sicherheit zur Folge. Man nähme auf unsere Interessen nicht mehr sondern weniger Rücksicht ... Das langfristige Ziel einer europäischen Friedensordnung, die mit der Teilung Europas auch die deutsche Teilung überwindet, würde nicht näherücken, sondern in noch weitere Ferne entschwinden.“

Schließlich hat die SPD ihre staatstragende Verantwortung deutlich gemacht, indem sie der Reaktion Unterstützung zusagte bei der Unterdrückung der „Friedensbewegung“, falls diese parlamentarische Bahnen verläßt. So heißt es drohend im Beschuß des Parteitages der SPD:

„Die SPD ... wird ihrerseits, wie schon bisher, diejenigen unterstützen und gegen Diffamierungen und Kriminalisierung in Schutz nehmen, die unter Beachtung der politischen und rechtlichen Grenzen, die jeder Einflußnahme auf die politische Willensbildung der Verfassungsorgane gezogen sind, in diesem Sinne um das Bewußtsein unseres Volkes und um die verantwortliche Entscheidung derer ringen, die nach unserer Ordnung die Entscheidung zu treffen haben.“

Die GRÜNEN bemühen sich um Distanz gegenüber dem „Anti-Raketen“-Manöver der SPD. Sie hielten in der Debatte im Bundestag daran fest, daß

Zudem verwies Burgmann auf die von den GRÜNEN angestrengte Klage beim Verfassungsgericht. Über diesen Antrag, der der Regierung das Recht bestreitet, über die Raketenstationierung ohne Parlamentszustimmung zu entscheiden, verhandelt das Bundesverfassungsgericht am 3. Juli 1984.

Die Beschußfassung der GRÜNEN für die weitere Politik nach dem Beginn der Stationierung ist allerdings widersprüchlich. So hat die 6. Bundesversammlung der GRÜNEN vom 18.-20.11. zwar mit dem Austritt der BRD aus der NATO eine Forderung beschlossen, die für die westdeutschen Imperialisten unannehmbar ist, zugleich aber ist die Begründung nationalistisch und chauvinistisch:

„Von der Anti-Raketenbewegung zur antimilitaristischen Bewegung! Die Orientierung der Friedensbewegung auf die Stationierung neuer atomarer Waffensysteme verschafft ihr Vorteile (Verbreitung des Widerstandes), stellt aber parallel ein Risiko dar. Bleibt sie eine ‚Anti-Rüstungsbewegung‘, droht sie an der Stationierung zu zerbrechen. Die Friedensbewegung muß eine eigene Friedenspolitik entwickeln ... Die beiden deutschen Staaten sind Teile des strategischen Konflikts, der in Europa ausgetragen wird. Dieser Konflikt beherrscht das Bewußtsein und definiert noch immer die politischen Spielräume in Mitteleuropa. Solange diese Ordnung von Jalta bestim-

de Hauptvorstand der ÖTV u.a. damit propagiert, daß die Dienstherren in der Tarifvereinbarung ihre Bereitschaft erklärten, über einen neuen Tarifvertrag zur Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung zu verhandeln. Diese Verpflichtung haben die Dienstherren jetzt eingelöst. Sie verhandeln! Zur Vorlage eines besseren Angebots hatten sie sich ja nicht verpflichtet. Und so können sie die Schwächung der ÖTV durch die Niederlage im Lohnkampf weidlich ausnutzen. Anstatt ein verbessertes Angebot zu unterbreiten, verlangen sie von der ÖTV die Zustimmung zur Be seitigung erkämpfter Tarifrechte.

Für Angestellte ist es der Paragraph 63 des BAT, der regelt, daß bei Kündigung aus Gründen, die der Angestellte nicht selber zu verantworten hat, ihm ein Übergangsgeld zusteht. Das Übergangsgeld beträgt für jedes volle Jahr der dem Ausscheiden vorausgegangenen Zeit ein Viertel der letzten Monatsvergütung, mindestens aber die Hälfte und höchstens das Vierfache dieser Monatsvergütung. In der fünften Verhandlungsrunde forderten die Dienst-



ÖTV verlangt Einkommenssicherung auch bei Privatisierung

herren die Streichung dieses Übergangsgeldes.

Umso wichtiger ist die Durchsetzung der Ziele, die die ÖTV in den Verhandlungen verfolgt. Der gekündigte Tarifvertrag über den Rationalisierungsschutz für Angestellte verpflichtet den Dienstherren, im Falle von Rationalisierungsmaßnahmen dem betroffenen Angestellten einen gleichwertigen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen und gegebenenfalls eine Umschulungsmaßnahme zu finanzieren. Vermindert sich beim Wechsel der Beschäftigung die Vergütung, so erhält der Angestellte eine persönliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seiner bisherigen und seiner neuen Vergütung. In der Praxis hat sich aber gezeigt, daß auf betrieblicher Ebene ein ständiger Kleinkrieg über die Frage geführt wer-

den muß, was ein gleichwertiger Arbeitsplatz ist. Hier will die ÖTV Verbesserungen erzielen. Weiterhin bietet der gekündigte Tarifvertrag nur vor solchen Rationalisierungsmaßnahmen Schutz, die „erhebliche Änderungen der Arbeitstechnik oder wesentliche Änderungen der Arbeitsorganisation ... bezeichnen“. Demgegenüber verlangt die ÖTV: „Arbeitsplätze und Einkommen sind zu sichern bei allen Maßnahmen des Arbeitgebers, die für den Arbeitnehmer eine Veränderung der Arbeitsbedingungen, eine Einkommensminderung oder die Beendigung des Arbeitsverhältnisses zur Folge haben.“

Quellenhinweis: ötv-nachrichten zur Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung 1 und 2, ötv-magazin 1/83, BAT, Tarifvertrag über Rationalisierungsschutz für Angestellte v. 29.10.71. – (kar)

Fernfahrer Speditionskapitalisten greifen Streikrecht an

Schon während des Streiks versuchten die Speditionskapitalisten, den Warnstreik zu kriminalisieren und zu zerstören. Polizei und Staatsanwaltschaft waren dabei ihr verlängerter Arm. Der Westberliner Justizsenator Oxford bezeichnete die ÖTV-Aktion an den Transitstrecken als „grobe politische Instinktlosigkeit“, da jede Behinderung auf diesen Strecken als Angriff auf die Lebensfähigkeit der Stadt (Westberlin) zu verstehen sei; weiter verstoße sie gegen deutsche und gegen alliierte Strafvorschriften. Für Behinderungen, Störungen und Gefährdungen des Transports zwischen Berlin und der Bundesrepublik müsse man mit Strafen bis zu 50000 DM rechnen. Die Polizei intervenierte auch hier, indem sie die Fernfahrer vor Grenzübergängen und auf Rastplätzen mit der Drohung von Führerscheinentzug und Festnahme zur Weiterfahrt zu zwingen versuchte.

Die ÖTV hat gegen dieses Vorgehen beim Innenministerium Schleswig-Holstein Protest eingelegt. Einzelne Speditionskapitalisten versuchten, ihre Fahrzeuge aus dem Stau herauszuholen; in einzelnen Fällen, wo dies gelang, sind die streikenden Fahrer fristlos entlassen worden. Bereits am 10.10. erklärte der „Bundesverband des Deutschen Güterverkehrs“ gegenüber der ÖTV, daß Warnstreiks, die „über eine Stunde hinausgingen“, rechtswidrig und damit unzulässig wären. Demgegenüber erklärte die ÖTV-Streikleitung, daß keine Friedenspflicht mehr bestünde, da die Verhandlungen eindeutig gescheitert seien und damit die Warnstreiks „rechtlich legal und politisch legitim“ seien.

Von den Speditionskapitalisten wird laut darüber nachgedacht, ob der Streik nicht arbeitsrechtliche Folgen haben kann. So z.B. in der *Riestelhuber*-Niederlassung in Dogern (Kreis Lörrach). Der Spediteur ließ eine Mietteilung an die Streikenden verteilen, in der mit Kündigung gedroht wird. Am 18.10. (zehn Tage nach dem Streik) wurde in Lörrach von Beamten der Lörracher Polizei und des Staatsschutzes die Wohnung des 2. ÖTV-Sekretärs, P. Weber, ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl aufgebrochen und nach einem abhanden gekommenen LKW-Schlüssel der Firma Kanzler in Rheinfelden durchsucht. Anlaß der Aktion war eine Anzeige der Kapitalisten Kanzler, wonach der Gewerkschaftssekretär den Zweitenschlüssel während des Warnstreiks an sich genommen haben soll. Der Schlüssel wurde nicht gefunden. Fernfahrer der betroffenen Firma erklärten gegenüber der ÖTV, es sei dort nicht außergewöhnlich, wenn ein LKW-Schlüssel oder gar ein Zweitenschlüssel fehle, so etwas komme öfter vor.

Die ÖTV-Lörrach richtete eine Dienstaufsichtsbeschwerde an die Polizeidirektion Lörrach. Es wird darauf hingewiesen, daß für einen objektiven Betrachter von vorneherein der gegen P. Weber erhobene Vorwurf als Strafsanktion wegen der Streikmaßnahmen bei dieser Firma angesehen werden muß und daß es möglicherweise auch der Versuch sei, einen ÖTV-Sekretär zu kriminalisieren oder ihm zumindest Schwierigkeiten zu machen.

Der Generalstaatsanwalt für Baden, Bauer, wies die Dienstaufsichtsbeschwerde ab, da er es als erwiesen ansieht, daß die Polizei-Aktion mit den Gesetzen in Einklang zu bringen sei. Wegen „Gefahr im Verzuge“ sei die Polizei berechtigt, auch ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl die Wohnung zu durchsuchen. Innenminister H. Eyrich (CDU) hat sich hinter Bauer gestellt: Er halte das Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Polizei „für vertretbar“.

Die Kreisdelegiertenkonferenz in Stuttgart mit 310 Delegierten, die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV-Kreisverwaltung Lörrach mit über 100 Teilnehmern, der DGB-Kreisvorstand Lörrach u.a. haben sich gegen die Kriminalisierungsversuche des LKW-Fahrerstreiks ausgesprochen und die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren gefordert. Inzwischen wurde bekannt, daß ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen den Ortsvorsitzenden der ÖTV Lörrach wegen Landfriedensbruch und Nötigung von Zollbeamten in Weil (Basel) eingeleitet wurde.

Quellenhinweis: Oberbadisches Volksblatt, 11.10. und 20.10.; Alb-Bote vom 11.10., Badische Zeitung v. 19.10.; Dokumentation „Streik: Bereich Transport und Verkehr“, 9. 11.10., hrsg. ÖTV-Kreisverwaltung Lörrach (anh)

Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung macht Fortschritte im Kampf gegen die Kapitalisten und das Rassistenregime

Im April haben in Südafrika acht Gewerkschaften ein gemeinsames Komitee gebildet, das zur Zeit eine programmatische Grundlage und organisatorische Struktur entwirft, um eine Vereinigung dieser Gewerkschaften in einem gemeinsamen Dachverband zu ermöglichen. Diese unabhängigen Gewerkschaften organisieren vorwiegend schwarze Arbeiter in eigenen Verbänden, weil die weißen Gewerkschaften nur rechtlose „Parallelgewerkschaf-

te“ aus allen Bereichen aufnehmen, aber zumeist örtliche oder regionale Schwerpunkte haben, gewannen Mitglieder dazu. Im August 1981 trafen sich 130 Delegierte von 29 Gewerkschaften, die 150000 Arbeiter repräsentierten. Fast alle unabhängigen Gewerkschaften waren vertreten. Sie sprachen ein gemeinsames Vorgehen in verschiedenen praktischen Fragen ab und beschlossen die Gründung von regionalen Solidaritätskomitees.

Regime bannte Gewerkschaften, verhaftete Streikende, folterte viele von ihnen und brachte Gewerkschaftsfunktionäre um.

Seitdem die Schwarzen in Südafrika von den Kapitalisten brutal ausgebeutet werden, haben sie mehrere große Anstrengungen im Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung unternommen und zahlreiche Kämpfe geführt. Immer wieder setzte sich das Regime durch.

20er Jahre: Entstehung der Gewerkschaften. Ausschluß der schwarzen Gewerkschaften vom Vertrags- und Verhandlungswesen (1924).

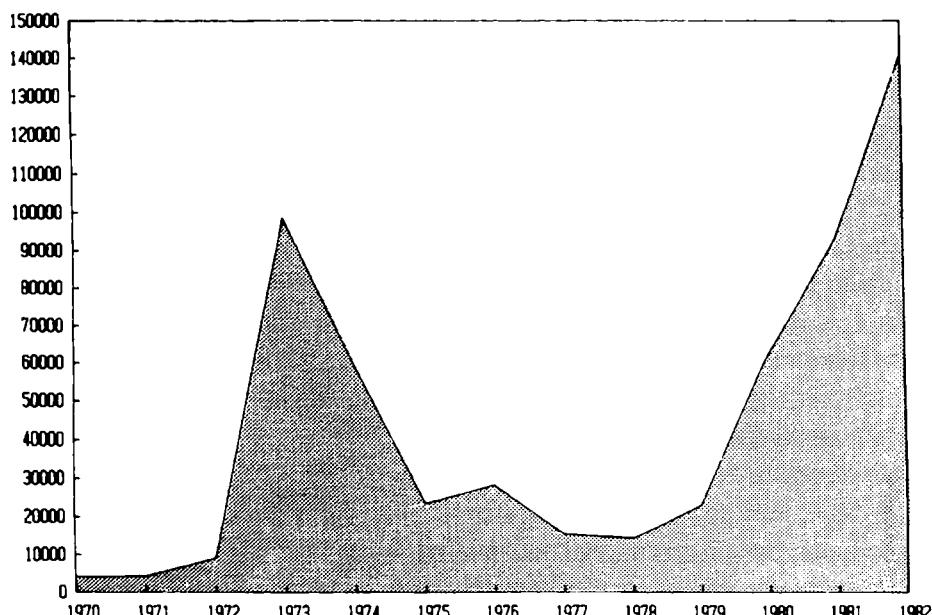
30er Jahre: Gesetzliche Beschränkung der Mitgliedschaft von Afrikanern in registrierten Gewerkschaften (1937).

40er Jahre: Brutal zerschlug das Regime einen Streik von 100000 schwarzen Bergarbeitern, der den Höhepunkt einer großen Streikwelle bildete. Schwarze Gewerkschafter gründeten 1941 einen Rat für nicht-europäische Gewerkschaften.

50er Jahre: Verbot der Mitgliedschaft afrikanischer Arbeiter in registrierten Gewerkschaften und von Beteiligung an Streiks (1953). Der Südafrikanische Gewerksschaftskongress SACTU entstand auf nicht rassistischer Basis mit ca. 50000 Mitgliedern. SACTU betrachtete sich selbst als Bestandteil der nationalen Befreiungsbewegung.

60er Jahre: Das Regime verstärkte die Unterdrückung gegen die Gewerkschaft SACTU. Der Afrikanische National Congress (ANC) und der Panafrikanische Kongress (PAC) wurden verboten. Die Gewerkschaft SACTU mußte in den Untergrund gehen und wurde faktisch zerschlagen. Ein Teil ihrer Funktionäre mußte ins Exil, ein anderer beteiligte sich am Aufbau neuer Gewerkschaften.

70er Jahre: Das südafrikanische Regime versucht, die Gewerkschaften zu unterdrücken. Der weiß beherrschte Gewerkschaftsbund TUCSA (Gewerkschaftsverband von Südafrika) geht zum Beispiel dazu über, für schwarze Arbeiter „Parallelgewerkschaften“ zu bilden mit dem Ziel, die schwarzen Arbeiter zu kontrollieren und ihre unabhängige Organisierung zu verhindern. So fordert TUCSA von der Regierung immer wieder direkt das Verbot unabhängiger Gewerkschaften. 1981 waren 32000 Mitglieder in elf „Parallelgewerkschaften“ des TUCSA (von insgesamt 229000 Mitgliedern).



Anzahl der an Streiks beteiligten Arbeiter (vor allem schwarze Arbeiter). 1982 war von den 141000 Streikenden keiner ein Weißer.

ten“ für Afrikaner haben und direkt mit dem südafrikanischen Regime zusammenarbeiten. Sie widersetzen sich den Kontroll-, Registrierungs- und Arbeitsgesetzen des südafrikanischen Regimes. Die unabhängigen Gewerkschaften trafen sich bereits 1977 zu einer ersten Konferenz, um über Zusammenarbeit zu beraten. Auf einer Folgekonferenz 1979 verabschiedeten sie eine gemeinsame Erklärung gegen die Registrierungsgesetze, mit der das Regime die Gewerkschaften in seine Abhängigkeit und unter seine Kontrolle bringen wollte. Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung erstarkte in den Klassenauseinandersetzungen Ende der siebziger und Anfang der 80er Jahre. Dabei bildeten sich zwei Dachgewerkschaften mit Einzelgewerkschaften in der Industrie, Bergbau und dem öffentlichen Dienst heraus (CUSA und FOSATU). Gewerkschaften, die sich auf einen Wirtschaftsbereich konzentrierten, und Gewerkschaften, die Ar-

Die vierte Konferenz im April dieses Jahres mit Errichtung eines gemeinsamen Komitees war ein ganz wichtiger Termin: Die acht Gewerkschaften (1), die mittlerweile 300000 Mitglieder repräsentieren, waren in den Klassenauseinandersetzungen in den letzten Jahren sprunghaft gewachsen. Jetzt verständigten sich die Gewerkschaften nicht nur darauf, gegenseitige Konkurrenz und Überschneidungen ihrer jeweiligen Organisationen zu überwinden, sondern auch gemeinsame wirkungsvolle Anstrengungen zum weiteren Aufbau der Gewerkschaften zu unternehmen.

Dieser Fortschritt war u.a. ein Ergebnis der Streikkämpfe der schwarzen Arbeiter im Jahre 1982 und der letzten Monate (siehe auch Schaubild). Erhöhte Widerstandsaktionen und Streiks führten die schwarzen Arbeiter gegen die Unterdrückung, den Terror und die faschistische Gewaltanwendung des südafrikanischen Regimes durch. Das

Die Lage der Arbeiter und Bauern in der „Schatzkammer der freien Welt“

Ein vor einigen Jahren erschienener „Führer für Investoren“ trägt den bezeichnenden Titel: „Südafrika – Schatzkammer der freien Welt“. Schon lange ist Südafrika „der freien Welt“ größter Lieferant von wichtigen Rohstoffen wie Gold, Diamanten, Uran, Chrom, Platin, Vanadium u.a. Auch als Exporteur landwirtschaftlicher Produkte steht Südafrika seit jeher hoch im Kurs. In der jüngeren Vergangenheit aber hat das Land vor allem als Kapitalanlageosphäre Bedeutung gewonnen. Allein die BRD, nach Großbritannien zweitgrößter ausländischer Investor in Südafrika, kontrollierte dort Ende 1981 Direktinvestitionen in Höhe von 1,86 Mrd. DM: Neben den natürlichen Reichtümern der Erde macht vor allem eines Südafrika zur „Schatzkammer der freien Welt“ – die billige Arbeitskraft, die dem südafrikanischen wie ausländischen Kapital schier unbegrenzt zur Verfügung steht.

Die wesentliche Bedingung für die Verwandlung der afrikanischen bäuerlichen Produzenten in Arbeitskräfte zur Vermehrung fremden Reichtums schufen die europäischen Siedler mit dem „Eingeborenenlandgesetz“ von 1913 und der darauf aufbauenden Gesetzgebung. Damit wurden rund 87% des südafrikanischen Territoriums zu „weißem Gebiet“ erklärt, die Landrechte der afrikanischen Bauern liquidiert, wurden Millionen Bauern von dem Land, das sie bebauten und immer schon bebaut hatten, vertrieben. Selbst das Recht, in den „weißen Gebieten“ Land zu pachten, ist in den letzten 15 Jahren für die Afrikaner so gut wie ganz beseitigt worden. Sie haben Anspruch auf Land nur noch in den verbleibenden 13% des Territoriums, den als „Heimatländer“ bezeichneten Reservaten. Diese gigantische Landenteignung bestimmt bis heute die Lage der arbeitenden Klassen in Südafrika/Azania.

Die Bauern sind überaus arm. Nur 15% des Bodens in den Reservaten ist landwirtschaftlich nutzbar. Der Landbesitz dort ist gesetzlich auf 4 ha beschränkt, aber der Großteil der Bauern hat nicht einmal diese 4 ha. Genaue Angaben über die Größen ihrer Landfetzen liegen zwar nicht vor, aber Untersuchungen aus den 60er Jahren wiesen nach, daß 90 bis 95% der Bauern Landflächen bearbeiten, die so klein sind, daß sie nicht einmal das Minimum des zum Leben Notwendigen abwerfen. Hinzu kommt,

dass die Böden durch Überbeanspruchung schon ziemlich ausgelaugt sind und die Bodenerosion rasch voranschreitet. Den meisten Bauern fehlt es an den notwendigen Geräten, und 30% der Bauernfamilien hat keinerlei Vieh.

Die Politik des Siedlerregimes, Afrikaner aus den „weißen Gebieten“ in die Reservate zwangsumzusiedeln, hat die Not dort noch weiter gesteigert. Die Ciskei z.B., die schon 1960 mit 300000 Bewohnern als übervölkert galt, zählt heute aufgrund der Zwangsumsiedlungen fast 700000 Bewohner. Das bedeutet, daß heute nur noch ein Viertel der Familien ein bißchen Land hat gegenüber zwei Dritteln in den 60er Jahren. Dabei gibt es innerhalb der Reservate praktisch kaum Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft. In allen Reservaten mit einer Bevölkerung von insgesamt 10,7 Mio. fanden 1981 gerade 32487 eine Beschäftigung im Bergbau, in der verarbeitenden In-



Landarbeiterin mit ihrer Essensration

dustrie, in der Bauindustrie oder in der Elektrizitätsversorgung. Für die allermeisten Reservatsbewohner ist Hunger an der Tagesordnung, und fast die Hälfte der Kinder erlebt das fünfte Lebensjahr nicht.

So sorgt die Armut in den Reservaten für ein nahezu unerschöpfliches Angebot billigster Arbeitskräfte. Das Regime hat hier einige hundert sog. Arbeitsbüros errichten lassen, die die Arbeitskräfte je nach Bedarf der Kapitalisten rekrutieren. Die Afrikaner müssen sich hier bei Strafe gleich nach Erreichung ihres 15. Lebensjahres und bis zum 65. Lebensjahr jeweils innerhalb eines Monats nach Ablauf eines Arbeitsvertrages registrieren lassen. Vielleicht bekommen sie einen Arbeits-

vertrag für ein halbes oder ein Jahr; Einfluß aber auf den Ort, den Wirtschaftsbereich, den Lohn und sonstige Bedingungen haben sie nie. Nach Angaben des Regimes waren 1979 etwas über eine Million männlicher Afrikaner aus den Reservaten „zeitweise abwesend“, d.h. als Kontrakt- oder Wanderarbeiter in den „weißen“ Gebieten. Ihre Familien müssen in den Reservaten bleiben.

Wie hoch der Anteil der Wanderarbeiter an den *Lohnarbeitern* insgesamt ist, ist nur schwer festzustellen. Verschiedene Schätzungen sprechen für die zweite Hälfte der 70er Jahre von knapp 60%. Die dauernden Zwangsumsiedlungen von Afrikanern aus den „weißen“ Gebieten in die Reservate sorgen dafür, daß das „Angebot“ sich nie erschöpft und der Druck auf die beschäftigten Arbeiter erhalten bleibt. Allerdings verspürten die Kapitalisten in den 70er Jahren, im Zuge beschleunigter Kapitalakkumulation bei gleichzeitigem Rückgang der Einwanderung von Europäern, größeren Bedarf an steten und besser ausgebildeten schwarzen Arbeitskräften. Die Gesetzgebung trug, was an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden kann, diesem Bedürfnis Rechnung. Jedenfalls hat sich eine relativ stabile Schicht schwarzer Lohnarbeiter mit „festem“ Arbeitsplatz (im Gegensatz zum Wanderarbeiter mit begrenztem Arbeitsvertrag) und Wohnrecht in den „weißen Gebieten“ herausgebildet, die den Kern des *Industrieproletariats* bildet.

Die Löhne der schwarzen Industriearbeiter mögen gegenüber den Löhnen anderer schwarzer Lohnabhängiger „hoch“ erscheinen. 1980 z.B. verdienten die schwarzen Industriearbeiter durchschnittlich 217 Rand (1 Rand gleich 2,40 DM) monatlich, schwarzen Bergarbeiter dagegen 168 Rand. Aber auch ein Großteil der Industriearbeiter mußte damit mit einem Lohn leben, der unter dem amtlichen Existenzminimum lag (196,05 Rand z.B. für Johannesburg). Demgegenüber verdienten die weißen Lohnabhängigen in der Industrie knapp fünfmal, im Bergbau fast siebenmal so viel wie die schwarzen Lohnabhängigen.

Wie etwa die „Studie über das Verhalten der deutschen Firmen in Südafrika“ belegt, resultiert ein Teil dieser immer noch horrenden Lohnunterschiede aus ungleicher Bezahlung bei gleicher Arbeit. Vor allem aber fällt auf und ins Gewicht, daß die weißen Lohnabhängigen, deren Anteil an den Lohnabhängigen insgesamt stetig sinkt, mit körperlicher Arbeit nur noch zu einem kleinen Teil zu tun haben. Von den 313000 weißen Beschäftig-

ten in der verarbeitenden Industrie 1980 waren 12% als leitende Angestellte, weitere 12% als Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler, 21% als Angestellte, 6% als Aufseher, 26% als Handwerker (Elektriker, Mechaniker o.ä.), 15% als Fach- und angelernte Arbeiter in der Produktion tätig, ganze 190 arbeiteten als Hilfsarbeiter. Von den 768000 schwarzen Beschäftigten dagegen war mehr als ein Drittel als Hilfsarbeiter tätig, gut die Hälfte als Fach- und (wahrscheinlich mehr) angelernte Produktionsarbeiter; gerade 0,3% waren in die Positionen von Ingenieuren, Technikern o.ä. aufgerückt. Die Stellung und Bezahlung der Farbigen und Asiaten in der verarbeitenden Industrie ist etwas besser. Im Bergbau, hier sind 88% der knapp 700000 Beschäftigten afrikanischer Herkunft, dürfte die Differenzierung noch schärfer hervortreten. Insgesamt wird man sagen können, daß ein Großteil der insgesamt rund 650000 weißen Lohnabhängigen den Mittelschichten und ein nur verhältnismäßig kleiner Teil dem Proletariat angehört.

Noch rechtloser, noch gedrückter als die Proletarier in den Städten sind die über rund 1,2 Millionen *Landarbeiter*, weitgehend schwarze Wanderarbeiter. Ihre Löhne betragen in den 70er Jahren ein Drittel bis ein Viertel der Löhne der schwarzen Industriearbeiter, sie werden zum allergrößten Teil weit, weit unter dem Existenzminimum bezahlt. Viele erhalten einen Teil des Lohns oder sogar den ganzen Lohn in Naturalien; in den Weinanbaugebieten z.B. bekommen sie durchschnittlich 7% ihres Lohns in billigem Wein. Ihr Arbeitstag ist oft zwölf Stunden lang, und das sechs, sieben Tage die Woche; Krankenversicherung und Urlaub sind unbekannt, Mißhandlungen immer noch an der Tagesordnung. Ein ganzes System von Zwangsmassnahmen soll verhindern, daß die Landarbeiter in den Städten nach besseren Verkaufsbedingungen für ihre Arbeitskraft suchen. So kann jeder, der jemals einen Arbeitsvertrag als Landarbeiter bekam, sein ganzes Leben lang nur als Landarbeiter Arbeit finden – wenn überhaupt. Wenn es dem Farmer gefällt, kann er die Landarbeiter jederzeit in die Reserve zurückdrängen bzw. samt ihren Familien zwangsumsiedeln lassen.

Quellenhinweis: Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Republik Südafrika, 1980; Ev. Pressedienst, „Das Dilemma mit dem Kodex (III)\", Neue Studie über das Verhalten der deutschen Firmen in Südafrika, 1981; Ikwezi-Sonderausgabe, April 1982; Official Yearbook of Republic of South Africa, 1983; Helmut Orbon, Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania, 1980; Süddtsch. Zeitung vom 8.12.82, Deportiert in eine elende Freiheit

Auch wenn das südafrikanische Regime in den letzten Jahrzehnten mit Terror und Unterdrückung die Gewerkschaftsbewegung immer wieder zerschlagen konnte, gelingt dies dem Rassistenregime heute nicht. Die unabhängigen Gewerkschaften bauen ihren Einfluß aus. Zum ersten Mal in der Geschichte des südafrikanischen Bergbaus fanden Tarifverhandlungen zwischen der Kammer der Minenbesitzer und einer schwarzen Gewerkschaft, der Nationalen Gewerkschaft der Bergarbeiter (NUM), statt. Die Bergarbeiter schlügen das Lohnangebot der Kapitalisten von 8% aus und setzten mit großen Streikaktionen eine Anhebung der Mindestlöhne um 13,9 bis 15,6% und der übrigen Löhne im geringeren Maße durch. Dies Ergebnis ist ein ganz besonderer Erfolg: Die Streikaktion der Bergarbeiter bewirkte, daß erstmals seit den 40er Jahren unter den 600000 schwarzen Bergarbeitern wieder eine bedeutende Gewerkschaft errichtet wurde. Die Bergarbeitergewerkschaft zählt heute 30000 Mitglieder und hat mittlerweile Zugang zu allen Minen. Die Bergarbeitergewerkschaft darf teilweise auch die verfallenen Wohnlager der hauptsächlich beschäftigten Wanderarbeiter betreten und für die Ziele der Gewerkschaft werben. Infolge des bisher geringen Einflusses der Gewerkschaften liegen die Löhne, auch nach dieser Lohnerhöhung, immer noch unter der offiziellen Armutsgrenze.

Sehr schwierig ist der Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft unter den Landarbeitern. Sie haben überhaupt keine gewerkschaftlichen Rechte und befinden sich oft noch in halber Sklaverei. Die Nahrungs-Gewerkschaft AFCWU, die als einzige Gewerkschaft von dem in den 60er Jahren verbotenen SACTU-Dachverband übriggeblieben ist, bemüht sich um die Interessen der Landarbeiter. Die Nahrungs-Gewerkschaft, die vor allem Arbeiter in den Städten organisiert, will dezentrale Entscheidungsstrukturen mit größerer lokaler Autonomie errichten, um die Arbeit unter den Landarbeitern zu verbessern.

Auch wenn sich die Gewerkschaften stabilisieren, ist der Kampf der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von Rückschlägen und Niederlagen begleitet. Selbst wenn die Arbeiter bei heftigen Streikaktionen die Forderungen nicht durchsetzen können, gelingt es oft dennoch, im Aufbau der Gewerkschaften Fortschritte zu machen. Der Streik der städtischen Arbeiter in Johannesburg im Jahre 1980 ist dafür ein Beispiel. Die Gewerkschaft der schwarzen städtischen Arbeiter (BMWU) war gerade gebildet worden, und schon mußte sie einen schwierigen Streik führen. Ein Augenzeuge (2) berichtet:

„Am 24. Juli kam es zu einer Explosion. Die schwarzen Beschäftigten im Orlando-Kraftwerk legten die Arbeit nieder. Alle Arbeiter, etwa 640, wurden sofort entlassen ... Das eiskalte Vorgehen der Stadtverwaltung brachte auch uns Gewerkschafter zum Kochen. Joseph Mavi (3), unser Präsident, wandte sich in einem Appell an die Stadtverwaltung: Wenn die Situation nicht schnell bereinigt würde, müsse man damit rechnen, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder mit Sympathiestreiks für die entlassenen Kollegen antworteten ...“

Die Antwort war negativ. Wir seien keine registrierte Gewerkschaft, deshalb lehne man es ab, mit uns zu verhandeln. Wir könnten nichts anderes tun, als tatenlos zusehen, wie sich die Situation zusetzte.

Nach einem ruhigen Samstag weigerten sich am Sonntagabend die Arbeiter eines Depots der Stadtreinigung, ihre Schicht anzutreten; und am Montag war die Zahl der Streikenden auf 10000 angewachsen ... Die Stadtverwaltung erklärte in der Presse, sie habe Beweise, daß die 10000 Arbeiter von Gewerkschaftsfunktionären eingeschüchtert worden seien und den Streik nur aus Angst fortführten. Die meisten unserer Gewerkschaftsmitglieder sind Wanderarbeiter – wenig gebildet, Stammesbindungen und die Stammesideologie spielen bei ihnen oft noch eine wichtige Rolle – sie sind dafür anfällig. Zum mindesten war das die Vorstellung der Leute in der Stadtverwaltung. Man kündigte den Arbeitern an, daß offizielle Vertreter aus den entsprechenden verschiedenen „Homelands“ eingeladen seien, die zu den Arbeitern der verschiedenen ethnischen Gruppen sprechen und sich deren Probleme anhören sollten.

Mit ihrer Reaktion überraschten die Arbeiter nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch uns. Mit diesen „Homeland-Präsidenten“ wollten sie nichts zu tun haben ... Am Donnerstag, dem 31. Juli, kam es dann zu einer unerwarteten Zuspiitung der Lage. Die südafrikanische Polizei drang in der Morgendämmerung mit einem Riesenauflieger in die Wohnheime ein. Die Arbeiter wurden ... gestoßen, gezerrt, geschlagen. Dann wurde ihnen gesagt, wer bereit sei, die Arbeit wieder aufzunehmen, solle in eine Ecke des Hofs gehen. Als sich nicht einer rührte, wurde ihnen erklärt, wenn sie sich nicht hier und sofort entschieden, würden sie in ihr Homeland abgeschoben und erhielten in ihr Paßbuch einen Sperrvermerk für Johannesburg. Von da ab waren die Leute demoralisiert.“

Die Gewerkschaft der schwarzen städtischen Arbeiter war 1980 eine örtliche Gewerkschaft, heute erstreckt sich der Einfluß auf ganz Südafrika. Die Gewerkschaft gehört mittlerweile dem CUSA-Dachverband an.

Die Organisierung und Eingliederung der Millionen Wanderarbeiter ist für alle Gewerkschaften eine besondere Aufgabe. Die Gewerkschaften konnten mit Streiks und Aktionen erreichen, daß das südafrikanische Regime das Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung der Wanderarbeiter und Tagespendler zurücknahm. Eine weitere wichtige Aufgabe sind die Ausbildungsmaßnahmen der Gewerkschaften gegen das Analphabetentum, die den Kampf für die Unabhängigkeit und die

Ziele, die sich die unabhängigen Gewerkschaften stellen

Dokumente und Erklärungen von unabhängigen Gewerkschaften über ihre Ziele und Aufgabensetzungen sind nur schwer zugänglich. Der Abdruck der beiden folgenden Dokumente erfolgt nicht, um die Bedeutung gerade dieser Gewerkschaften gegenüber anderen besonders hervorzuheben, sondern weil sie vorliegen. Die Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen zwischen den verschiedenen unabhängigen Gewerkschaften sind aber groß genug, daß aus diesen Dokumenten Ziele und Aufgabensetzungen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung insgesamt ablesbar sind.

Black Allied Workers Union (BAWU) (Gewerkschaft der vereinigten schwarzen Arbeiter): „Aufruf zur Gründung und Organisierung schwarzer Gewerkschaften in Südafrika“ (1973)

.... Zusammenfassend sollen hier noch einmal die Forderungen der schwarzen Arbeiter aufgeführt werden:

1. Die Freiheit, schwarze Gewerkschaften zu organisieren und zu gründen, ohne Disziplinierung durch die Arbeitgeber oder den Bann durch die Regierung.
2. Die rechtliche Anerkennung schwarzer Gewerkschaften – ein Recht, über das die Gewerkschaften anderer Rassengruppen im Land verfügen.
3. Das Recht auf Tariffähigkeit – die einzige schlagkräftige Waffe der Gewerkschaften zur Verbesserung ihrer Lage.
4. Einen ausreichenden Lohn für alle schwarzen Arbeiter in allen Berufssparten.
5. Die Aufhebung der Arbeitsplatzreservierung und Zugang zu allen Berufssparten.
6. Ausbildungseinrichtungen für schwarze Arbeiter in Industrie und Handel.“

Gründungserklärung der Federation of South African Trade Unions (FOSATU) 1979:

- „3. Ziele der Vereinigung sind :
- 3.1 Soziale Gerechtigkeit für alle Arbeiter sicherzustellen.
 - 3.2 Für den Aufbau einer vereinten Arbeiterbewegung, unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Glaube oder Geschlecht, zu kämpfen.
 - 3.3 Allen Arbeitern gewerkschaftliches Bewußtsein und Solidarität einzuschärfen.
 - 3.4 Die volle Entwicklung der Produktivkräfte des Landes zu fördern.
 - 3.5 Einen anständigen Lebensstandard, soziale Sicherheit und anständige Arbeitsbedingungen für alle Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften und für die Arbeiterklasse als ganze zu sichern.

- 3.6 Aktiv beim Aufbau von Gewerkschaften in allen Industriezweigen zu helfen und die verschiedenen Versuche, alle Arbeiter zu einen, zu koordinieren.
- 3.7 Alle Splittergruppen, gewerbliche und kleine Gewerkschaften in Industriegewerkschaften auf breiter Grundlage zusammenzubringen.
- 3.8 Die Aktivitäten der angeschlossenen Gewerkschaften zu koordinieren und alle notwendigen Aktionen in der Koordination solcher Aktivitäten durchzuführen.
- 3.9 Meinungsverschiedenheiten zwischen angeschlossenen Gewerkschaften zu schlichten.
- 3.10 Untersuchungskommissionen oder Unterkomitees über alle die Arbeiterbewegung betreffenden Fragen einzusetzen.



Polizei gegen schwarze Arbeiter

- 3.11 Die Ausbildung und Erziehung aller Arbeiter zu koordinieren, um so das Ziel der Arbeitereinheit zu fördern.
- 3.12 Jede Politik irgendeiner Autorität oder Institution, welche die allgemeinen Interessen der Arbeiter oder die Interessen der Arbeiterbewegung insbesondere betrifft, zu kommentieren, zu fördern oder zu bekämpfen.
- 3.13 Forschung und Publikation in Dingen, die die unorganisierten Arbeiter und die Arbeiterbewegung allgemein betreffen, zu fördern und zu koordinieren ...
- 3.16 Mitgliedern Rechtshilfe oder andere Unterstützung zu gewähren und sowohl die Durchführung von Rechtsauseinandersetzungen wie die Verteidigung in solchen Auseinandersetzungen durchzuführen, die die Interessen der Vereinigung oder ihrer Mitglieder berühren, durch oder gegen eine Person, eine Körperschaft oder eine Vereinigung.“

Quellenhinweis: Dokumente der Südafrikanischen Befreiungsbewegung von 1943 bis heute, Gottfried Wellmer, ISSA wissenschaftliche Reihe Band 6, 1977; Dokumente des Gründungskongresses der FOSATU, 1979

Behauptung der Selbständigkeit des azanischen Volkes unterstützen. Die Gewerkschaften führen Schulungs- und Seminartätigkeiten für Gewerkschaftsmitglieder und Vertrauensleute durch, zu denen auch Lesen und Schreiben gehört. Die CUSA (elf Einzelgewerkschaften) kann sich bei ihren über 100000 Mitgliedern auf 500 Vertrauensleute stützen, die die Aufbautätigkeit organisieren. Die FOSATU (zehn Einzelgewerkschaften) hat nach eigenen Angaben etwa die gleiche Mitgliederzahl mit 3000 Vertrauensleuten, die in etwa 130 Betrieben organisiert sind. Die beiden Dachgewerkschaften haben betriebliche Abkommen erkämpft, die die Anerkennung der Gewerkschaft und die freie gewerkschaftliche Betätigung in Betrieben sichern. Die CUSA hat 33 solcher Abkommen geschlossen. Die FOSATU hatte 1981 30 Anerkennungsabkommen über die Rechte der Vertrauensleute und Gewerkschaftsvertreter sowie Entlassungs- und Personalabbau- und Schlichtungsverfahren, 14 vorläufige Abkommen, 55 informelle Abkommen, in über 30 Betrieben wurden Verhandlungen über Abkommen geführt.

Die unabhängigen Gewerkschaften arbeiten auch daran, den Einfluß der weiß beherrschten Gewerkschaften und deren „Parallelgewerkschaften“ zurückzudrängen. Über „Verbindungsstäbe“ arbeiten die weißen Gewerkschaften mit den Kapitalisten eng zusammen. Ein Augenzeuge (2) berichtet über einen solchen Gewerkschaftsaufbau:

„Das Verbindungs-Komitee stand ganz auf der Seite des Managements. Wann immer die etwas von den Arbeitern wollten, funktionierte es. Aber wenn die Arbeiter mal etwas wollten, gab es nur eine Absage. Wir hatten die Nase voll. Wir wollten eine demokratisch gewählte Arbeiterversetzung. In ganz East London denken die Arbeiter so. Wir beschlossen eine Neuwahl. Vorher wollten wir die Meinung aller Arbeiter hören und machten eine Versammlung. Dabei kam heraus, daß alle für die Gewerkschaft (SAAWU) waren. In unserer Firma Raylite gab es damals knapp 300 Arbeiter, 212 waren bereits SAAWU-Mitglieder.“

Wir wählten ein neues Komitee und gaben die Liste der gewählten Mitglieder unserem Boß, Mister Saunders. Der rief daraufhin alle Arbeiter zusammen und erklärte, er sei nicht bereit, mit Gewerkschaftsmitgliedern zusammenzuarbeiten ... Um 6.30 Uhr morgens waren die Arbeiter in der Kantine versammelt. Als Saunders kam, fragte er nicht einmal, warum wir uns versammelt hätten, sondern erklärte lediglich, daß er uns genau 10 Minuten Zeit gäbe, die Arbeit aufzunehmen. Zur Gewerkschaftssache habe er nichts mehr zu sagen. Wir blieben aber ... Dann wurde die Kantine von der Polizei umstellt ... die Polizei drang ein und schlug uns. Wir versuchten alle, durch die schmale Tür ins Freie zu kommen. Leute wurden dabei niedergetrampelt, Kleider wurden zerrissen, Leute bluteten.“

Die Streikbewegung der azanischen Arbeiter, der Aufbau und die Stabilisierung der Gewerkschaften in den letzten Jahren war für die Entwicklung des Kampfes gegen das gesamte südafrikanische Regime von großer Bedeutung. Als im Frühjahr 1982 der Gewerkschaftsfunktionär der AFCWU Neill Aggett im Gefängnis zu Tode kam und 70000 bis 100000 schwarze Arbeiter den Aufruf aller unabhängigen Gewerkschaften folgten und die Arbeit im ganzen Land für eine halbe Stunde niederr legten, kommentierte eine südafrikanische Tageszeitung, dies sei die erste politische Streikaktion seit über zwei Jahrzehnten. Daß sich in diesem Jahr zwei demokratische Frontorganisationen bildeten, ist sicher auch ein Resultat des Erstarkens der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Südafrika. Das „Nationale Forum“ (NF) und die „Vereinte Demokratische

Front“ (UDF) werden beide von den Gewerkschaften unterstützt.

Für die Unterstützung des Befreiungskampfes des azanischen Volkes und vor allem der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik einzutreten und zu kämpfen, ist ganz besonders wichtig: Das westdeutsche Kapital und die Bundesregierung unterstützen das südafrikanische Rassistenregime politisch, wirtschaftlich und militärisch seit Jahren. Deshalb freuen wir uns, auf eine Rundreise eines afrikanischen Gewerkschaftsvertreters durch die Bundesrepublik aufmerksam machen zu können. Auf Einladung des Arbeitskreises Afrika, Münster (AKAFRIK), wird Mr. Z. Mofokeng, Vertreter der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter (South African Black Municipal Workers Union) im Januar die Bundesrepublik besu-

chen und in zahlreichen Städten auf Veranstaltungen sprechen.

(1) Verband der südafrikanischen Gewerkschaften (CU-SA), Föderation Südafrikanischer Gewerkschaften (FO-SATU), Allgemeine Arbeitergewerkschaft (GWU), Südafrikanische Vereinigte Arbeitergewerkschaft (SAAWU), Gewerkschaft für Nahrungsmittel und Konservenindustrie – Afrikanische Gewerkschaft für Nahrungsmittel und Konservenindustrie (FCWU/AFCWU), Gewerkschaft für Handel, Versorgung und Angeschlossene von Südafrika (CCAWUSA), Allgemeine und Vereinigte Arbeitergewerkschaft von Südafrika (GAWU) und Gewerkschaft der städtischen Arbeiter von Kapstadt (CTMWA). Anwesend waren weiter: Gewerkschaft der Automobilarbeiter von Südafrika/Allgemeine Arbeiterunion von Südafrika (MACWUSA/GWUSA), Städtische und Allgemeine Arbeiter von Südafrika (MGWUSA), Allgemeine Arbeiterunion von Orange und Vaal (OVGWWU), Maschinenbau und Angeschlossene Arbeitergewerkschaft (EAWU) – (2) Entnommen: Gewerkschafts-Zeitung Südafrika, herausgegeben von Evangelisches Missionswerk im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West e.V. (EMW) – (3) Joseph Mavi starb im Juni 1982 bei einem mysteriösen Autounfall.

Quellenhinweis: Informationsdienst südliches Afrika e.V. div. Ausgaben; Winter, Adelheid, Bericht zur Situation und Politik der „schwarzen Gewerkschaften“ in der Republik Südafrika seit 1979, zu beziehen: AKAFRIK, An den Mühlen 25, 4400 Münster; Mafube, ein Nachrichtenbrief des PAC, zu beziehen über Modipe Ph. Mokgadi, Butzstr. 17, 4600 Dortmund; Facts and Reports F.K.S.T.U,V 1983; idaf, briefing paper 9/1983; Politische Berichte 11, 13, 18 und 20/1983 – (jöd, clm, scc, uld)

Zwangsgesetze zur Unterdrückung der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung

Die herrschende Klasse in Südafrika hat mehr als 2000 Gesetze und Verordnungen geschaffen, um jegliche Anstrengung der azanischen Arbeiter, ihre Interessen zu verfechten, zu fesseln und zu unterdrücken. Sie betreibt die Entrechtung der azanischen Arbeiter vor allem mittels der Ausbürgerung der Schwarzen im eigenen Land, den Sicherheitsgesetzen und den Arbeitsgesetzen.

Bis 1979 waren die afrikanischen Arbeiter gar nicht als Lohnabhängige anerkannt. Sie waren als „Eingeborene“ einer Gesetzgebung unterworfen, die ihnen selbst das Recht nahm, dem jeweiligen Kapitalisten als einzelne Vertragspartner gegenüberzutreten. Bedingungen und Dauer des Arbeitsverhältnisses legten Kapitalisten und staatliche Behörden fest, den Arbeitern war verboten, gegen diese Regelungen zu verstößen. Erst seit 1979 gelten azanische Arbeiter und seit 1981 auch ein Teil der Wanderarbeiter als Lohnabhängige. Dennoch haben sie kein Koalitions- oder Streikrecht, von den wenigen positiven Rechten sind alle Farmarbeiter, Dienstboten und die beim Staat Beschäftigten ganz ausgeschlossen. Im 1979 erlassenen „Gesetz über die Arbeitsbeziehungen“ gestand die Siedlerregierung den azanischen Arbeitern zwar das Recht zu, eigene Gewerkschaften außerhalb der von den weißen kontrollierten Verbände zu bilden. Solange diese Gewerkschaften sich aber nicht registrieren lassen, haben sie kein Recht, an den staatlich reglementierten Verhandlungen mit den Kapitalisten teilzunehmen. Für

die Registrierung müssen die Gewerkschaften dem Staat die Kontrolle über Finanzen und Wahlen zugestehen und Eingriffe in ihre Statuten hinnehmen. Das Streikrecht ist den azanischen Arbeitern fast vollständig genommen. Einen legalen Streik darf eine registrierte Gewerkschaft nur ausrufen, nachdem sie mehr als ein halbes Jahr versuchen muß, in Schlichtungsverhandlungen mit den Kapitalisten und den staatlichen Behörden eine Einigung zu erreichen. Selbst dann kann der Industriegerechtshof den Streik verbieten. Alle von nicht registrierten Gewerkschaften ergriffenen Kampfmaßnahmen sind illegal.

Seit 1976 sind alle Versammlungen unter freiem Himmel für Azanier und Farbige verboten. Die azanischen Arbeiter müssen entweder gegen die ein-

zelnen Kapitalisten durchsetzen, daß sie sich in den Betrieben versammeln können oder mit ständigen Polizeiangriffen auf ihre Beratungen rechnen, denn über eigene Räume verfügen sie kaum. Wenn z.B. Wanderarbeiter bei solch einer Versammlung festgenommen werden, werden sie in den meisten Fällen sofort in das ihnen zugewiesene „Heimatland“ deportiert. In den meisten „Heimatländern“ ist die gewerkschaftliche Tätigkeit noch weiter eingeschränkt. Da es den Siedlerbehörden und Kapitalisten nicht gelingt, die Gewerkschaften in den Betrieben zu zerschlagen, versuchen sie, durch Verbote und Beschränkungen in den „Heimatländern“ die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen und den Widerstand gewerkschaftlich tätiger Arbeiter in Arbeitslagern zu brechen.

Zunehmend geht das Regime in den letzten beiden Jahren gegen Gewerkschaftsfunktionäre auf der Grundlage von Gesetzen vor, die zunächst vor allem gegen die politischen Befreiungsorganisationen gerichtet waren. Mehr als 1600 Gewerkschaftsmitglieder sind in den letzten zwei Jahren zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie gegen das „Verbot von Sabotage“ durch ihre Teilnahme an Streiks verstößen haben; das Gesetz zur „Eindämmung des Kommunismus“ gebrochen haben, indem sie soziale und politische Rechte für azanische Arbeiter verlangt haben; das „Terrorismusgesetz“ verletzt haben, weil sich durch ihre Aktionen Kapitalisten und Staat erpreßt sahen.

Quellenhinweis: International Defence & Aid Fund, Briefing Paper Nr. 9/83; J. Piron, The South African System of Industrial Relations, in: South African Journal of Labour Relation, März 1982



Westdeutsche Lederfabrik in Südafrika: Die Kapitalisten haben jede gewerkschaftliche Tätigkeit verboten.

VLK fordert 150 DM und 7-StundenTag

Westberlin. Der Vertrauensleutekörper von Fritz Werner, Maschinenbau, hat zur Arbeitszeit und Lohn Beschlüsse gefaßt und an die Tarifkommission weitergeleitet: „Erstens sprechen wir uns dafür aus, die 35-Stunden-Woche in der Form des Siebenstundentages zu fordern ... Zweitens darf die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit nicht gegen eine Forderung zur Sicherung der Reallöhne aufgerechnet werden ... schlagen wir eine Lohnforderung in Höhe von 150 DM Festgeld vor. Dies entspricht dem Volumen nach, bezogen auf den Durchschnittslohn, in etwa 5%.“

Arbeitsgericht bietet Vergleich an

Hamburg. Am 25.11. verkündete das Arbeitsgericht Hamburg das Urteil im Verfahren Hapag-Lloyd gegen den Seebetriebsrat. Der Hapag-Lloyd-Vorstand hatte zwei Mitgliedern des Seebetriebsrates wegen des Friedensaufrufs auf der „Alemannia Express“ fristlos gekündigt. Da der Betriebsrat die Zustimmung zu den Kündigungen verweigert

Hannover. Etwa 4000 Beschäftigte aus niedersächsischen öffentlichen Dienstleistungsbereichen demonstrierten am 19.11.83 in Hannover zu einer Kundgebung gegen Privatisierungspolitik. Die scharfen Angriffe der Vorsitzenden der ÖTV, Wulf-Mathies, gegen die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel (CDU) als Vorreiterin der Privatisierungsideologie „Weniger Staat – mehr Leistung“ wurden mit breitem Beifall unterstützt und die Angriffe auf die Beschäftigten zurückgewiesen. Weitere Aktionen sollen folgen.



hatte, beantragte der Vorstand diese Zustimmung beim Arbeitsgericht. Das Gericht bietet nun einen Vergleich an, zu dem sich beide Parteien bis zum 13. Dezember äußern sollen. Danach soll sich der Betriebsrat verpflichten, Betriebs- bzw. Bordversammlungen und deren Dauer nicht mehr von Forderungen an die Geschäftsleitung abhängig zu machen. Außerdem soll er sich verpflichten, Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit nicht zu mischen. Dafür soll der Vorstand seine Kündigungen zurücknehmen.



Die 12000 Beschäftigten des größten US-Busunternehmens Greyhound Lines streiken seit dem 3. 11. Die Kapitalisten hatten verlangt, daß die Löhne und die Sozialleistungen um insgesamt 28% gesenkt werden und daß sie Teilzeitbeschäftigte mit 80% des jeweils geltenden Lohns einstellen können. Die Transport-Gewerkschaft ATU hat diese Forderungen der Kapitalisten abgelehnt, sich aber bereit erklärt, einen Zwei-Jahres-Vertrag abzuschließen, der nur eine Inflationsanpassung der Löhne vorsieht. In heftigen Auseinandersetzungen haben die Streikenden am 17.11. die Versuche der Kapitalisten, mit Streikbrechern einen Teil des Linienverkehrs aufzunehmen, gestoppt. Die Kapitalisten gaben bekannt, daß sie 1300 Streikbrecher einsetzen. Die Polizei griff die Streikposten an und nahm 132 fest. Die Kapitalisten haben jetzt einen neuen Tarifentwurf vorgelegt, der Kürzungen zwischen 20 und 25% vorsieht. Die Gewerkschaftsmitglieder stimmen in diesen Tagen über den Entwurf ab. Der Gewerkschaftsvorstand hat in der letzten Woche diese Kürzungsforderungen abgelehnt. Bild: Streikposten vor einer Greyhound-Station.

Protest gegen Disziplinierung von Lehrern

Heidelberg. Einstimmig verabschiedete der Vertrauensleutekörper der Firma Graubremse, der Betriebsrat und die Jugendvertretung eine Entschließung an Kultusminister Mayer-Vorfelder, in der sie sich gegen die Disziplinarmaßnahmen wenden, die gegen 20 Lehrer wegen Beteiligung an der Friedenswoche eingeleitet wurden. Die Körperschaften schließen sich der Protestresolution des GEW-Gewerkschaftstages an und treten für folgendes ein: „... Auch wir haben weder ein Interesse daran, daß die Atom-Raketen in der Bundesrepublik stationiert, noch daß unsere Kinder für die stattfindenden Kriegsvorbereitungen indoktriniert werden sollen ... lehnen wir auch den sog. Wehrkundeabß, insbesondere den Ausschluß von Vertretern der Kriegsdienstverweigerer von den Schulen, ab ... Rücknahme der Disziplinarmaßnahmen! Keine Berufsverbote!“

WDR-Service für Türkeiregime

Köln. Mit Unterstützung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft führen zwei türkische Lehrer aus Dortmund einen Prozeß gegen den WDR wegen des Aussendens von Fahndungslisten im türkischen Radioprogramm u.a. mit ihren Namen. Seit zwei Jahren versucht die Junta, mit der Begründung „staatsgefährdige Aktivitäten“ Gewerkschafter, Künstler und Lehrer außerhalb der Türkei zu verfolgen. Das Regime forderte gewerkschaftlich und politisch aktive Türken auf, sich in der Türkei vor

Gericht stellen zu lassen, andernfalls würden sie ausgebürget. Scheinheilig schließt der Verantwortliche „Einschüchterungen durch die WDR-Listen“ aus. „Sie erfahren durch uns, daß sie bei der Einreise in die Türkei mit der Verhaftung rechnen müssen.“ Die Junta selbst ist da ehrlicher: „Alle in der BRD eingestellten Lehrer werden beobachtet. Gegen 253 wird ermittelt. Unser Ziel ist es, an Stelle der vor Ort eingestellten Lehrer aus der Türkei zu schicken“ (H. Saglam, Minister für nationale Erziehung, 1982). Ali und Cemile Dagdeviren (Ali ist Vorsitzender des türkischen Lehrerverbandes in NRW) greifen die Fahndung als direkte Unterstützung des westdeutschen Staates mit Hilfe des WDR und als „gute Zusammenarbeit“ an und fordern das Verbot der Sendung.

GHK fordert 6% Lohnerhöhung

Herford. Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) fordert eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 6% für die rund 65000 Beschäftigten der Holzindustrie und des Serienmöbelhandwerks in Westfalen-Lippe sowie die 15000 Beschäftigten der NRW-Polstermöbel- und Matratzenindustrie. Die Tarifverträge sind zum 31.12. gekündigt worden. Auf den Ecklohn in der Holzindustrie würden 6% eine Erhöhung von ca. 119 DM brutto im Monat bedeuten. – Zum viertenmal vertagt wurden die Tarifverhandlungen im Tischlerhandwerk NRW. Hier hat die GHK die Beschäftigten aufgefordert, ab sofort „jegliche Überstundenleistung zu verweigern“.

Zeitarbeitsverträge

Tagelöhnerstatus für Belegschaftsteile muß gesetzlich verboten werden

Hildesheim. Der Arbeitsmarkt der Stadt Hildesheim (gut 100000 Einwohner) wird im wesentlichen durch Blaupunkt (knapp 10000 Beschäftigte) und Bosch (etwas über 3000 Beschäftigte) beherrscht. Durch Abfindungsaktionen in den letzten beiden Jahren, durch Entlassungen und Nichtigkeit der Fluktuation haben beide Betriebe des Bosch-Konzerns kräftig zur Überfüllung des Arbeitsmarktes beigetragen (Arbeitslosenquote bei 11%). Der dritte hier betrachtete Betrieb ist fuba im knapp 20 km von Hildesheim entfernten Bad Salzdetfurth. Auch fuba hat in den letzten Jahren deutlich Belegschaft abgebaut.

In den drei Betrieben wurde die Belegschaft soweit reduziert, daß jede Verbesserung der Auftragslage von der noch vorhandenen Belegschaft nicht mehr zu bewältigen ist. So führten im Frühjahr 1983 bei fuba die erfolgreiche Eroberung eines ansehnlichen Teils am Kuchen der Kabelfernsehen-Technologie durch die Kapitalisten, bei Bosch z.B. die Niederrangierung der japanischen Konkurrenz als Anlasser-Lieferant bei dem USA-Automobilproduzenten Chrysler sowie bei Blaupunkt u.a. auch ein großer USA-Auftrag zu Überstunden und Samstagsarbeit in großem Ausmaß. Das lief ein bis zwei Monate so, bis die Kapitalisten sahen, daß ihre durch verschärzte Ausbeutung erzielten Konkurrenzvorteile so nicht zu bewältigen seien. Keiner der Betriebsräte ließ sich richtigerweise darauf ein, kompletten Samstags-Sonderschichten zuzustimmen. Allerdings gab es „freiwillige“ Samstagsschichten, wobei die Meister der „Freiwilligkeit“ nachzuhelfen hatten. Die Kapitalisten betonten immer wieder, daß das große Auftragsvolumen vorübergehend sei.

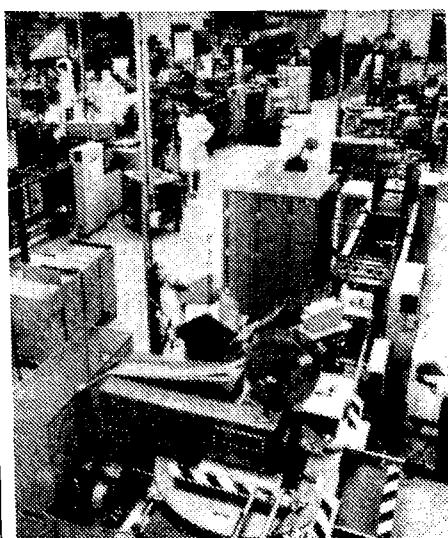
Die Blaupunkt-Kapitalisten begannen mit einer „flexiblen“ Belegschaftsaufstockung durch Beschäftigte von Leihfirmen (z.B. Persona-Service). Zum Teil bestand deren Aufgabe darin, in Nachschicht hochautomatisierte Fertigungsanlagen zu betreuen.

Im Frühjahr 1983 lief in den drei Betrieben die Einstellung von Arbeiterinnen und Arbeitern mit befristeten Arbeitsverträgen an. Die Betriebsräte standen diesen Taten nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Das Argument des vorübergehenden Auftragsberges zeigte Wirkung. Die Aussage von z.B. sowohl dem Bosch-Betriebsrat als auch vom IGM-Verwaltungstellenleiter war so: Gegen befristete

Arbeitsverträge ist die IGM bisher eigentlich immer gewesen. Aber in einer Zeit, in der so viele und so lange arbeitslos sind, helfen wir den Arbeitslosen. Sie kommen durch befristete Verträge wenigstens eine Zeitlang an Arbeit und Brot.

Die Arbeitsbedingungen der „Befristeten“ am Beispiel Blaupunkt. Eingesetzt wurden fast ausschließlich Schüler, die keine Lehrstelle bekommen haben oder auf einen Studienplatz warten. Sie sind also ohne Erfahrung über normale Arbeitsbedingungen, Stückzahlverrechnung im Akkord, gewerkschaftliche Politik. Ihre soziale Lage ist davon geprägt, daß sie dringend auf ein eigenes Einkommen angewiesen sind. Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten sie weder vor der befristeten Anstellung, noch nach deren Beendigung. Sie treiben sich also zur Höchstleistung, um einen der wenigen in Aussicht gestellten unbefristeten Verträge zu bekommen. So wird denn auch auf die befristet Eingesetzten besonderer Druck ausgeübt, sich an Samstagsarbeit zu beteiligen. Sie werden an fast täglich wechselnden Arbeitsplätzen beschäftigt. Wie unter diesen Bedingungen die Akkordabrechnung zustande kommt, ist undurchschaubar.

Der fuba-Betriebsrat wurde vor Ablauf der Sechs-Monats-Frist (Dauer der Einstellungen) aktiv: Er verweigerte die Zustimmung zu einer von der Geschäftsleitung geplanten Überstundenlawine und verlangte Neueinstellungen. Der Betriebsrat konnte sich durchsetzen. Alle befristeten Verträge



Flexible Fertigung und flexible Belegschaftsgröße – Ziele der Bosch-Kapitalisten

(ca. 50) wurden in unbefristete umgewandelt und alle geplanten 80 Neueinstellungen wurden als unbefristete durchgeführt.

Bei dem Bosch-Betriebsrat war keine entschiedene Gegenwehr zu spüren. Die Kapitalisten konnten erreichen, daß eine Reihe von auf sechs Monate befristeten Einstellungen (ca. 250) noch einmal um zwei bis fünf Monate verlängert wurden. Noch auf der letzten Betriebsversammlung hatten die Belegschaftsvertreter erklärt, sie würden solchen Kettenarbeitsverträgen nicht zustimmen. Insgesamt wurden ca. 100 befristete Verträge in unbefristete umgewandelt. Trotz befristeter Einstellungen laufen seit März weiterhin viele Überstunden, Langschichten, Samstagsarbeit.

Der Blaupunkt-Betriebsrat verweigerte seine Zustimmung zu „freiwilligen“ Samstagsschichten parallel zu befristeten Einstellungen. Die Kapitalisten haben daraufhin Überstunden angeordnet, der Betriebsrat ging vor die Einigungsstelle. Es konnten nur bei 10% der 800 befristet Eingesetzten unbefristete Einstellungen erreicht werden. Zum Herbst 1983 wurden die Fristen immer kürzer: Einstellungen auf drei, zwei und einen Monat. –(frs)

DIAG/Fritz Werner „Pionierarbeit“ für das Kapital

Westberlin. Für die Aufsichtsratssitzung der DIAG am 2. Dezember hat die Geschäftsführung ihren Plan zur Auflösung des Konzerns und zur Privatisierung der noch existierenden Werke vorgelegt.

Die DIAG-Werke Fritz Werner in Westberlin, Fritz Werner Anlagen in Geisenheim (wegen des Verbots von Rüstungsproduktion in Westberlin in den 50er Jahren nach Westdeutschland verlegte Produktionsstätte), Kolb in Köln und Honsberg in Remscheid werden jeweils eigenständige GmbHs. Im Laufe des Jahres 1984 werden dann die Werke in Geisenheim und Remscheid, die zur Zeit schon hohe Profite bringen, vom Flick-Konzern übernommen.

Für Fritz Werner in Westberlin sieht das Konzept die Schließung der Gießerei vor, die Entlassung von 200 Arbeitern und Angestellten im Werkzeugmaschinenbau, die Verlagerung der gesamten Produktionsstätte auf ein modernes Fabrikgelände. Dort werden dann mit einer Belegschaft von 410 Beschäftigten (derzeit noch 742) ausschließlich Bearbeitungscenter und flexible Fertigungszellen gebaut. Bei der Produktion in diesem Werk, das dann vom Gildemeister-Konzern übernom-

men werden soll, wollen sich die Kapitalisten neben der allgemeinen Berlinförderung insbesondere die staatliche Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsarbeit in Westberlin zu gute kommen lassen. Der Professor an der Technischen Universität Westberlin und DIAG-Aufsichtsratmitglied sowie Leiter der Fraunhofergesellschaft, Dr. Spur, sieht hier „eine Pionieraufgabe zur Stärkung des gesamten deutschen Werkzeugmaschinenbaus.“ Im Werk Kolb soll die Hälfte der Belegschaft entlassen werden und sollen nur noch 100 Beschäftigte, ebenfalls unter der Regie des Gildemeister-Konzerns, angegliedert an das Fritz Werner Werk in Westberlin, spezielle Fertigungszellen bauen.

Die Belegschaften in Köln und Westberlin reagierten auf das Bekanntwer-

den dieser Pläne mit von der IG Metall getragenen einstündigen spontanen Arbeitsniederlegungen am 3. November. Auf der Streikversammlung in Westberlin griffen Vertrauensleute das Konzept der DIAG-Geschäftsführung als Schlußpunkt der sogenannten „DIAG-Sanierung“ an, die von Anfang an auf eine weitere Konzentration des westdeutschen Werkzeugmaschinenbaus durch Schließung einzelner Werke abgestimmt war. Die Arbeitsbedingungen für die Belegschaften wurden und werden Schritt für Schritt durch Ausweitung von Schichtarbeit, Prämienentlohnung, Einführung von computergestützten Konstruktionssystemen, Überwachung über Betriebsdatenerfassung und Streichung außer tariflicher Leistungen verschlechtert. - (kla)

das direkt Opel zurechenbare produktive Kapital kräftig erhöht haben. Dem Extraprofit aus der relativ niedrigeren Lohnsumme gesellt sich der Extraprofit aus der Verschiebung von Mehrwertanteilen über konstruierte konzerninterne Preise bei. Dies geschieht ver mittels höherer Berechnung der aus den Niedriglohnländern bezogenen Fahrzeugkomponenten.

Dabei sind die Investitionen der Opel AG gerichtet auf den Ersatz menschlicher durch in moderner Maschinerie vergebenständlichte Arbeit. Von den Investitionen der letzten Jahre sind 500 Mio. DM in den Neubau der Rüsselsheimer Lackiererei geflossen; der Rest entfiel auf die beiden anderen Werke. „... Produktionstechnisch sind im Werk Rüsselsheim ... Rationalisierungsreserven vorhanden wie in der gesamten deutschen Automobilindustrie ... Da das Werk relativ alt ist, sind sie eher größer ... Produktionsbereich: Einsatz von NC-, CNC-, DNC-Systemen; Reduktion arbeitsintensiver Prozesse ... Produktionsumfeld: Reduktion von manuellen Steuerungs-, Transport-, Lager-, Prüf- und Kontrolleinrichtungen ... Entwicklung und Verwaltung: Einsatz von CAD, elektronischer Textverarbeitungssysteme ... Produktivitätspotentiale werden auf 5 bis 7% geschätzt ... unter status quo Bedingungen Arbeitskräftefreisetzungen bis 1995 von rund 25300 (- 27%) ... dieser Rückgang höher als im Bundesgebiet (- 165000 oder - 21%).“

Opel AG Die Rationalisierungswelle der Kfz- Kapitalisten rollt

Frankfurt. Mitte Oktober legte der Vorstand der Opel AG dem Wirtschaftsausschuß (ein nach § 106 Betriebsverfassungsgesetz vom Gesamtbetriebsrat zu besetzendes Gremium „gegenseitiger Unterrichtung“) Daten mittelfristiger Unternehmensplanung vor. Danach soll die Belegschaft in den BRD-Opel-Werken (Rüsselsheim, Bochum, Kaiserslautern) bis 1988 um 10000 bis 12000 Beschäftigte verringert werden. Das entspricht 20% (s. Tabelle).

Damit kündigt der Opel-Vorstand verbindlich an, die Ernte der Unternehmenspolitik der letzten Jahre einfahren zu wollen. Die Opel AG gehört zu 100% dem weltgrößten Kfz-Produzenten General Motors Corporation (GM), zu dessen Weltumsatz sie seit 1978 zwischen 12 und 15% beiträgt. Die Politik der Opel-Kapitalisten war es, aus den BRD-Werken Komponenten-Produktion in europäische Niedriglohnländer abzuziehen.

„... Opel Rüsselsheim ist die Europazentrale von GM ... Schon heute verfügt GM als der Welt größter Komponentenproduzent in Europa über acht Werke ... Das spanische Werk erhöht die Produktionskapazität auf ... 1,3 Mio. Einheiten ... damit die europaweit die gleichen Kapazitäten wie Ford ...“

Aus allen BRD-Werken sind ganze Typen abgezogen worden: die Motorenproduktion Typ 2 nach Wien, in Saragossa lief die Produktion für den südeuropäischen Markt an; bestimmte Fahrzeugkomponenten werden kon-

zentriert an einem Produktionsstandort hergestellt und zum Einbau in die BRD geliefert. Innerhalb der BRD hat sich in den letzten Jahren die Karosserieproduktion auf den neuen Preßstraßen in Kaiserslautern, die PKW-Fertigung für die – absatzstärkeren – Kleinmodelle in Bochum und für die absatzschwächeren Großmodelle in Rüsselsheim konzentriert. Insgesamt 370000 Einheiten aus der Produktion von 960000 werden in Antwerpen endmontiert, der Exportanteil (inkl. d. Südeuropa-Absatzes) lag bei 58% (alle 1982).

An den GM-Unternehmen hält Opel zum Teil eigene Anteile, die wesentliche Produktion der europäischen Werke besteht aus Opel-Typen. Aus der Tabelle erschließt sich, wie die Opel-Kapitalisten Bilanzverluste produziert haben in einer Zeit, in der sie

In einer vorgezogenen Betriebsversammlung am 1.11. hat der Betriebsrat einen Entwurf des Gesamtbetriebsrates der Opel AG BRD zum Rationalisierungsschutz vorgelegt, der vorsieht: Mitbestimmungsrecht des BR, Verbot von Kündigung, Abgruppierung, weiterer Produktionsauslagerung, Gebot von Überstundenausgleich, qualifizierter Weiterbildung, Wiederbesetzung von durch Fluktuation freigewordenen

Entwicklung der Belegschaft und der Umsätze der BRD-Werke der Opel AG

Jahr	Belegschaft insgesamt (1)	Umsatz absolut (alle Geldbeträge in Millionen DM)	Umsatz/ Arbeiter (2)	Steuern Opel AG gewinn Jahres- gewinn in Millionen DM)	Bruttoin- vestitio- nen (3)
1978	64844	10642	0,2008	487	492
1979	67360	10919	0,1964	427	253
1980	59876	9224	0,1926	50	411
1981	60612	10094	0,2068	36	593
1982	59688	12735	0,2659	51	92

Quelle: Geschäftsberichte der Adam Opel AG

(1) Belegschaften der einzelnen Werke 1981: Kaiserslautern: 6412; Bochum 18921; Rüsselsheim 35090; Westberlin 189

(2) nur Arbeiter, keine Angestellten, aber mit Leitungspersonal in der Produktion

(3) einschließlich des Ersatzes verschlissener Maschinen

Arbeitsplätzen. Die Nissan-Kapitalisten nahmen dieses Modell an, *nachdem* sie die Produktion durch rationalisiert hatten. Der BR rief zum Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf. Er muß sich aber fragen lassen, warum er den Kampf gegen die Auslagerungen nicht schon während der „Abfindungs“-Aktionen der Opel AG geführt hat, und warum er noch immer Überstunden genehmigt. So konnte der Opel-Vorstand nämlich zunächst einmal unmittelbar ablehnen.

Quellenhinweis: Hrsg. v. Hess. Sozialminister, Wiesbaden 1980 „Soziale Auswirkungen des technischen Wandels in der hess. Automobilindustrie“; Geschäftsberichte Opel AG BRD, 1978-82; Roter Morgen, Zentralorgan der KPD, 45/83 – (lgr)

Stadtratswahlen CSU will Kandidatur der Grünen verhindern

München. Seit die Münchener Grünen und die Alternative Liste München (ALM) am 5./6. November 1983 die Kandidatenliste für die Stadtratswahl im März 1984 aufgestellt haben, wird von der Lokalpresse diese Kandidatur torpediert: „Die Münchener Stadtratskandidaten der Grünen sind durch ein imperatives Mandat gebunden / Erlaubt das die Bayerische Gemeindeordnung? / Kann die Liste der Grünen unter dieser Voraussetzung zur Wahl zugelassen werden?“ Die Antwort ist bei dieser Fragestellung schon fast enthalten. Noch weit schlimmer die mit dieser Kandidatur verbundene Gefahr, daß die „Amtspflichten“ und der „Amtseid“ nicht eingehalten werden, wenn Stadtratspolitik von Grünen und Alternativen betrieben wird: „Kann man Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, wenn man an Beschlüsse anderer Gremien gebunden ist?“

Die Münchener Grünen und die ALM antworteten mit einer Erklärung. Darin heißt es: „Die Grünen und die ALM sind sich im klaren darüber, daß Beschlüsse zum imperativen Mandat für ihre Stadtratsmitglieder nur empfehlenden Charakter haben können. Eine mit dem imperativen Mandat angestrebte Kontrolle der Stadträte durch öffentliche Stadtversammlungen erfüllt den Geist und Buchstaben unserer Gemeindeordnung und unserer Verfassung weit besser als der bei anderen Parteien übliche Fraktionszwang, der mit dem Amtseid der Stadträte stärker kollidiert als ein richtig verstandenes imperatives Mandat. Auch die Mandatsträger der etablierten Parteien sind ihren Parteibeschlüssen ‚persönlich moralisch verpflichtet‘. Sollte die Liste der Grünen zur Kommunalwahl 1984

nicht zugelassen werden, werden wir die gesamte Wahl anfechten.“

Nicht gering geschätzt werden darf jedoch die Fessel, die mit dem Amtseid jedem Stadtratsmitglied angelegt wird: „Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.“ Dies wittert auch die Pressemeute der Reaktion und hämmert deshalb auf „Amtspflichten“ und „Amtseid“ herum.

Die Münchener Grünen und die ALM sind gegenwärtig dabei, ihrem Kommunalprogramm für 1984 die letzten Korrekturen zu geben und dann der Öffentlichkeit vorzustellen. Die Entwürfe für dieses Programm (die uns für diesen Artikel vorlagen) versprechen an verschiedenen Punkten eine Politik, die die Frontbildung gegen die Reaktion ermöglicht und deshalb unterstützt werden muß. So heißt es z.B. im Punkt 9. „Die Stadt als Arbeitgeber“ des Diskussionsvorschlags zum Wahlprogramm: „Die Stadt und die stadteigenen Betriebe dürfen sich nicht wie ein beliebig kapitalistischer Betrieb verhalten, sondern müssen jede Möglichkeit nutzen, Vorreiter für technischen und sozialen Fortschritt zu werden. Also: Einführung und Anwendung gesundheitsschonender Arbeitsmethoden, Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen, Verbilligung oder Einführung von Null-Tarifen für öffentliche Einrichtungen nicht nur für benachteiligte Gruppen, sondern für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren, keine Privatisierung von stadteigenen Betrieben, kein Sozialabbau, keine Stellenstreichungen, Erhöhung der Ausbildungskapazität.“

Quellenhinweis: Entwürfe des Kommunalprogramms '84 der Grünen und ALM – (dl)

Rheinland-Pfalz „Rekordernte“: kleine Winzer vor Ruin

Speyer. Nach einer Rekordweinernte von 16 Mio. hl in der BRD 1982 liegt die Erntemenge in diesem Jahr mit 12 Mio. hl erneut weit über der Durchschnittsernte von ca. 8 Mio. hl. Im Anbaugebiet Pfalz wurden nach 3,8 Mio. hl in diesem Jahr ca. 3,0 Mio. hl geerntet. Der Preis für den Liter Riesling, den Weinhändler oder Kellereien an freie Winzer für Faßwein zahlen, ist während der Lese von früher 90 bis 120

Pfg./l auf bis zu 30 Pfg./l gefallen. Weinkellereien, die mit zahlreichen kleinen Winzern Lieferverträge hatten (Verbundkellerei), haben die Verträge gekündigt. Über 1000 kleine Winzer sind allein von der Kündigung der Großkellerei Pieroth betroffen. Zusätzlich nehmen viele Kellereien nicht die üblichen Mengen ab, da die Läger noch aus dem letzten Jahr gefüllt sind.

Betroffen sind vor allem kleine Winzer, die über keine Lagerkapazitäten verfügen, nur selten Kelter- und Flaschenabfüleinrichtungen besitzen und deswegen auf den schnellen Absatz der Ernte angewiesen sind. Der Anteil dieser kleinen Winzer außerhalb der Genossenschaften ist in Rheinland-Pfalz sehr hoch. Ca. 60% geben ihren Wein faßweise an Handel oder Kellereien ab, ca. 20% vermarkten ihren Wein flaschenweise und nur ca. 20% sind Genossenschaften angeschlossen. In den Anbaugebieten Baden und Württemberg z.B. wird nahezu die gesamte Weinernte über Genossenschaften an die beiden Zentralkellereien ZBW und WZG abgesetzt. Die Genossenschaften verfügen in der Regel über eigene große Läger, die bis zu 2,5 Durchschnittsernten aufnehmen können. Die in diesem Jahr von der EG beschlossenen Lagerbeihilfen von bis zu 30% werden nur an die Genossenschaften ausgezahlt; ohnehin käme für die vielen kleinen Winzer in Rheinland-Pfalz die Anmietung von Lägern kaum in Betracht. Hier sind nur wenige Winzer Genossenschaften angeschlossen, weil der Verkaufserlös wegen niedrigerer EG-Einstufung als z.B. Baden geringer ist. Durch (praktisch unbezahlte) Arbeit der Winzer wird das erledigt, wozu in den Genossenschaften Lohnarbeiter beschäftigt sind.

Viele Winzer wollen in diesem Jahr einen Teil des Weins an Brennereien zur Herstellung von Industriekohol liefern, was von der EG bezuschußt wird. Da die Brennereien aber ihrerseits Absatzschwierigkeiten haben, haben die Winzer auf Versammlungen in mehreren Dörfern staatliche Abnahmegarantien für die Brennereien gefordert.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung und der Weinbauverband, der von den großen, kapitalistisch geführten Weingütern und den Genossenschaften beherrscht wird, fordern die strikte Durchsetzung eines Anbaustops, um die Menge zu reduzieren und so die Preise wieder in die Höhe zu treiben. Dies trifft auf den erbitterten Widerstand der kleinen Winzer, für die die Steigerung der Ernte durch Ausweitung der Anbaufläche oft der einzige Weg ist – wenn auch durch die Arbeit der ganzen Familie während der Lese bis spät in die Nacht erkaufte – um dem völligen Ruin zu entgehen. (sth)

Das Kapital sucht Anhang gegen die Arbeiterklasse

Stuttgart. So unzweifelhaft die CDU, wie auch die FDP, die Förderung und Vermehrung des großen kapitalistischen Eigentums betreiben, so wenig hängt sie das an die große Glocke. Ganz anders beim kleineren Eigentum der Handwerker, Kaufleute oder „freien Berufe“. Dieses Eigentum will sie ausdrücklich staatlich gefördert haben. Die baden-württembergische Landesregierung, die 1972 ihr Wirtschaftsministerium zum Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr umgetauft hat, reklamiert dabei eine Füh-

rungsrolle. Dank ihrer Mittelstandspolitik, so erklärt sie bei jeder Gelegenheit, sei Baden-Württemberg heute geradezu das „Bundesland des Mittelstands“. Es gehört keine Prophetie dazu, einen mittelstandspolitischen Wahlkampf besonders der CDU zur Landtagswahl im März 1984 vorauszusagen.

In ihrer Mittelstandspolitik vollziehen die Unionsparteien eine Programmatik, die sie bundesweit seit rund 25 Jahren und verstärkt in den letzten zehn Jahren im einzelnen ausgearbeitet

haben. Diese Programmatik geht davon aus, daß die stattfindende Konzentration des Kapitals und der damit verbundene Rückgang der Kleineigentümer Gift ist für den Gedanken des Privateigentums und für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung. Wie soll die Behauptung, jeder kann zu Eigentum kommen, wenn er nur will und sich entsprechend müht, ziehen, wenn alle Welt sieht, wie das große Kapital das kleine Eigentum umlegt und aufsaugt? Das kann, so konstatiert die konservative Politik, nur der kollektivistischen, sozialistischen Kritik am Privateigentum Nahrung geben. Gegenmaßnahmen sind also geboten, die für eine gewisse Streuung des Privateigentums sorgen, die Zahl der Kleineigentümer und damit den Kreis derer, die sich für die Interessen des Eigentums stark machen, vergrößern. Zu diesem Zweck Mittelstandspolitik und besonders die Förderung der Gründung selbständiger Existenz.

Einen ersten Vorstoß hatte die Adenauer-Regierung unternommen. In der Regierungserklärung von 1957 war „aus staatspolitischen und kulturpolitischen Gründen unbedingt eine gesündere mittlere Schicht“ gefordert wor-

Die baden-württembergische Landesregierung zur Existenzgründungsförderung

Im folgenden einige Auszüge aus der Einleitung des „Programms zur Förderung der Existenzgründung in der mittelständischen Wirtschaft“ von 1978. Daran wird deutlich, daß die bürgerliche Politik davon ausgeht, daß die Konzentration und Zentralisation des Kapitals die Zahl der Eigentümer, die soziale Basis des Eigentums zwangsläufig schmäler macht: „Eine hinreichende Erneuerung von selbständigen Existenz ist für eine hochentwickelte Volkswirtschaft unerlässlich. Eine solche Volkswirtschaft lebt, wenn sie nicht erstarren und altern will, von Ideen und der unternehmerischen Phantasie. Die Förderung der Gründung von selbständigen Existenz in der mittelständischen Wirtschaft ist daher ein Kernpunkt der Mittelstandspolitik des Landes. Sie erhält vor dem Hintergrund eines permanenten Schwundes der Anzahl der Selbständigen bei gleichzeitiger Zunahme der Unternehmenskonzentration wachsende Bedeutung. Die stete Ergänzung des Bestandes an mittelständischen Unternehmen ist für das Land von hoher Bedeutung ... Der Schwund an Selbständigen als Saldo aus Unternehmensgründungen und -aufgaben belief sich in Baden-Württemberg von 1966 bis 1976 auf insgesamt rund 1,4 v.H. jährlich. Seit 1973 hat sich diese Tendenz mit einer jahresdurchschnittlichen Abnahme von 3,4 v.H. wesentlich verschärft. Dieser Prozeß wird begleitet von einer zunehmenden Unternehmenskonzentration.“ Die konservativ-liberale Politik rechnet damit, daß eine solche Entwicklung zur Verschär-

fung von Klassengegensatz und Klassenkampf führt: „Wenn sich der Trend zur Abnahme der Zahl der Selbständigen und der Unternehmenskonzentration im Ausmaß der Jahre seit 1970 längerfristig fortsetzt, so wird sich die Zahl derjenigen, welche als selbständige Existenz unseire Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung prägen, bis zum Jahr 2000 um mehr als ein Drittel des heutigen Bestandes vermindern. Es steht außer Frage, daß damit der Fortbestand dieser Ordnung im Kern gefährdet ist. Bei steigender Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen wird nicht nur eine Abnahme der Flexibilität und der wirtschaftlichen Effizienz des Gesamtsystems, sondern zugleich damit auch eine Verschärfung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Konflikte unvermeidbar.“

Als übergeordnete Aufgaben von Existenzgründungspolitik werden die Ausschaltung von Ansprüchen der Lohnabhängigen und die Verbesserung der staatlichen Instrumente zur Eigentumsförderung genannt: „Den wirtschaftlichen Risiken der Gründung einer selbständigen Existenz stehen die vielfältigen Sicherheitsvorkehrungen des Sozialstaats für die unselbständig Beschäftigten gegenüber ... Ein vordringliches Anliegen der Wirtschaftspolitik muß zunächst sein, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verbessern, daß es sich wieder lohnt, sich selbständig zu machen und die damit verbundenen Belastungen und wirtschaftlichen Risiken zu tragen.“

Werden Sie Ihr eigener Chef!

Jeder zweite Deutsche hat einmal mit dem Gedanken spielt, sich selbständig zu machen. Sein eigener Chef zu Herr im eigenen Hause bedeutet zwar nicht weniger Arbeit, sondern eher 70 Stunden Einsatz. Bedeutet nicht 35-jährige Absicherung, sondern Risikoberatung.

- ① Um Erfolg zu haben, riskiere ich auch etwas, ohne bis ins letzte abgesichert zu sein. ja nein
- ② Mir ist wirtschaftlicher Erfolg heute wichtiger als die Rente von morgen. ja nein
- ③ Ich möchte lieber mit 65 Jahren noch arbeiten können, als mit 60 Jahren mit viel Freizeit auf der Parkbank zu sitzen. ja nein

Aus einer Anzeige des Bundeswirtschaftsministeriums: „Selbständigkeit“ kontra Arbeiterinteressen.

den. Das Wettbewerbsrecht, speziell das Gesetz gegen die Wettbewerbsbeschränkungen von 1958, sollte das Hauptinstrument der Mittelstandspolitik sein. Der Rückgang der Zahl kleiner Selbständiger hielt aber an und nahm weiter zu, besonders seit Anfang der 70er Jahre.

Die Union startete daraufhin Mitte der 70er Jahre als Opposition im Bundestag, aber auch mit den von ihr gestellten Landesregierungen, eine groß angelegte mittelstandspolitische Kampagne. Eine Reihe von Maßnahmen, wie sie seit Anfang der 60er Jahre in Anlehnung an die „small-business-Politik“ in den USA erörtert worden waren, wurden in Gesetzesform gebracht.

1974 beschloß der bayerische Landtag das erste Mittelstandsförderungsgesetz, 1975 folgte Baden-Württemberg. In der Folgezeit dann Vorstöße in anderen Bundesländern, im Bundestag und im Europaparlament.

In Baden-Württemberg wurde das Mittelstandsförderungsgesetz durch eine Reihe von Richtlinien ergänzt, hauptsächlich zu Existenzgründungsförderung, Innovations- und Exportförderung. Mit der Existenzgründungsförderung wendet sich die Landesregierung an Meister vor der Abschlußprüfung, an leitende Angestellte oder Zeitsoldaten, an Leute, die sich mit dem Gedanken einer Betriebsgründung oder -übernahme tragen. Sie bietet Beratung bei der Planung und Gründung des Unternehmens. So können z.B. Steuer- oder Wirtschaftsberater in Anspruch genommen werden, deren Honorar die Landesregierung bis zu einer Höhe von 75% übernimmt. Sie stellt Informationsmittel zur Verfügung und organisiert Managementschulungen. Sie leistet Finanzierungshilfe in der Form zinsverbilligter Darlehen bis zu 200000 DM, bei Baumaßnahmen bis zu 300000 DM. Außerdem leistet sie Bürgschaften, mit denen kleinere Unternehmen an zusätzliche Bankkredite kommen können.

Im letzten Mittelstandsbericht der Landesregierung weist der Wirtschaftsminister darauf hin, daß vier Fünftel all derer, die sich mit staatlicher Hilfe selbstständig gemacht haben, ohne Förderung dazu nicht in der Lage gewesen wären. Das kann sein. Es ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß gerade solcherart „selbstständig“ gewordene Leute weder um eine brutale Rackerei noch um den Druck größerer Unternehmen und der Banken – und gar nicht selten – um den Gang zum Konkursrichter herumkommen. Nach acht Jahren dieser Mittelstandspolitik werfen heute Jahr für Jahr in Baden-Württemberg mehr als tausend Selbstständige das Handtuch, bei steigender Tendenz.

Einen ganz anderen Nutzen aus der Mittelstandspolitik ziehen mittelgroße Kapitale, solche mit bis zu 500 Beschäftigten oder in Einzelfällen noch mehr bzw. mit bis zu 200 Mio. DM Jahresumsatz. Sie sind ebenfalls unter den „Mittelstand“ gefaßt. Die Innovationsförderung, die von der Landesregierung im Ausland organisierten Messen und Ausstellungen, die Exportförderung senkt ihre Kosten und schafft ihnen einen Extraprofit.

Die konservative Existenzgründungsförderung lockt mit der Aussicht auf ein höheres Einkommen als das der Lohnabhängigen und mit eigener Entscheidungsmöglichkeit, „Unabhängigkeit“. Sie ist arbeiterfeindlich, sie appelliert an den einzelnen, nicht nur oh-

ne Rücksicht auf andere seine Lebenslage zu verbessern, sondern geradezu in schroffer Konfrontation mit der Arbeiterbewegung, die ihre Interessen nur kollektiv verfolgen kann. Also: gegen „Anspruchsdenken“, für „Leistung“, nicht für 35 Wochenstunden, sondern eher für 70, nicht für Sozialversicherung, sondern für Risikobereitschaft, gegen die Herstellung garantierter Mindestlebensbedingungen, für perfekte Konkurrenz. Was stört die konservative Politik, daß sie die Unsicherheit der Lebenslage der kleinen Selbstständigen nicht beseitigt. Sie bedient sich im Gegenteil dieser Unsicherheit: Je schlechter es einer staatlich subventionierten Schicht von Kleineigentümern geht, um so erbitterter sollen sie im Interesse der Kapitalistenklasse für die herrschenden Verhältnisse und gegen Arbeitgeberforderungen auftreten.

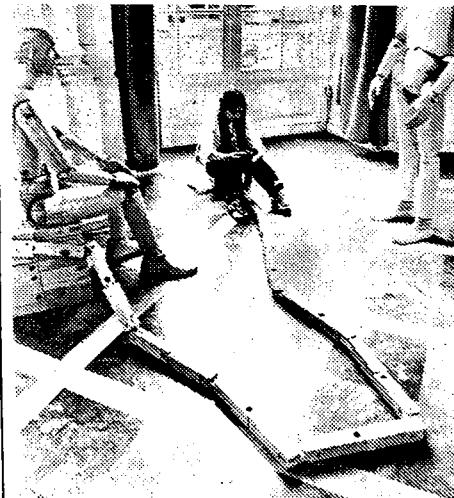
Quellenhinweis: Mittelstandsbericht 1982 der Landesregierung; Sammelnappe „Mittelstandspolitik für Baden-Württemberg“ mit MFG-Gesetz und Richtlinien; Wirtschaftspolitisches Programm der CDU von 1979; Mittelstandsgesetzgebung in Deutschland, hrsg. v. Studiengesellschaft für Mittelstandsfragen, Krefeld, o.J. – (rok)

Hamburg Senatskampagne für Europawahlen

Hamburg. Ende Oktober hat Hamburgs Europauftragte das Konzept für die Europawahl 1984 vorgelegt, mit dem „die Bevölkerung informiert“ und zur „Wahlmotivation“ beigetragen werden soll. Es ist ein Konzept für einen großangelegten Propagandafeldzug. Ein „Hamburger Landeskomitee des Deutschen Rates der europäischen Bewegung“ soll gegründet werden, um „Multiplikatoren“ aus „Wirtschaft und Gesellschaft“ zu gewinnen. Geplant sind Veranstaltungen zu den Themen Umweltschutz, Beschäftigungspolitik, Verkehrs- und Außenwirtschaftspolitik, Einladungen an die Presse zu Fahrten nach Straßburg, eine Ausstellung im Rathaus. Hamburger Feste mit Massencharakter, wie der Hafengeburtstag und das Innenstadtfest, sollen auf europäisch getrimmt werden, Propagandamaterial für jeden Briefkasten wird erstellt.

Ein eigenständiger Schwerpunkt soll die Propaganda an den Schulen sein mit Durchführung von Fortbildungsseminaren für Lehrer und einem Schülerwettbewerb zum Thema Europa. Mit der Durchführung der Europawahlen am 17. Juni verfolgt die westdeutsche Bourgeoisie deutlich das Ziel, ihre imperialen Wiedervereinigungsvorstellungen unter dem Deckmantel der europäischen Einigung zu betreiben. Durch Richtlinien der Kultusministerkonferenzen 1978 über „die deutsche Frage im Unterricht“ und „Europa im

Unterricht“ ist diese Stoßrichtung auch für die Schulen festgelegt. Die europäische Einigung soll auch die Staaten Osteuropas einschließen, „denn Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien gehören aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihres Selbstverständnisses ebenso zu Europa wie die Länder Westeuropas“. Und an die Adresse all derer gerichtet, die die aggressiven Ziele der westdeutschen Imperialisten ablehnen: „Der Unterricht soll gleichzeitig zeigen, daß das Festhalten an unserem nationalen Interesse (gemeint ist das sog. Selbstbestimmungsrecht unter der Fuchtel des BRD-Kapitals) legitim ist und das Aufgeben elementarer Interessen weder im Namen des Friedens gefordert werden kann noch der Sache des Friedens dient.“ (Beschuß der Kultusminister-



Kunst im Dienste des Europagedankens: „A und B und die Grenze“ (EG-Magazin 7/78)

konferenz „Die deutsche Frage im Unterricht“)

Die weiteren Propagandaaktionen sind inhaltlich bisher wenig festgelegt. Man wird sehen, wie weit die Hamburger SPD der großdeutschen Mobilisierung der Reaktion überhaupt irgend etwas entgegensezten. – (mek)

,Bayerisches Modell“ Sonderschulen für Ausländerkinder

München. Gestützt auf die Ausländergesetzgebung der Bundesregierung baut die bayerische Landesregierung ihr „Bayerisches Modell“ der Erziehung von Ausländerkindern weiter aus. Nach einer Definition der Stadt Augsburg geht es von der Zielsetzung aus, „durch Unterrichterteilung in der Muttersprache eine eventuelle Rückkehr der Kinder in ihre Heimat möglichst unproblematisch zu gestalten, andererseits aber durch einen gezielten

Deutschunterricht eine Integration zu ermöglichen.“

Gibt es in anderen Bundesländern zweisprachige Nationalklassen überwiegend nur in den Klassenstufen sieben und acht, ansonsten die Eingliederung in deutsche Regelklassen, bilden diese in Bayern von Klassenstufe eins bis neun faktisch einen eigenen Sonderschulzweig. Die Ausstattung ist schlecht, die Klassen sind überfüllt, Schichtunterricht findet statt. Der Übertritt in die Regelklasse erfordert nicht nur „ausreichende“, sondern „gute“ Deutschkenntnisse.

Das bayerische Kultusministerium rechtfertigt neuerdings diese Sonderschulen damit, sie seien von den ausländischen Eltern gewünscht. Seit 1982 wäre in Bayern für 3688 Schüler eine Empfehlung zum Übertritt von einer zweisprachigen Klasse in eine deutsche Regelklasse ausgesprochen worden. Nur 17 Prozent der Eltern wären ihr gefolgt, während 2992 ihre Kinder in einer zweisprachigen Nationalklasse belassen hätten. Die türkischen Eltern hätten von der Möglichkeit am häufigsten (35,9%) Gebrauch gemacht, während es bei den griechischen Kindern nur in 0,27% der Empfehlungen der Fall war.

Gründe hierfür gibt es viele, jedoch wohl kaum jenen Grund, daß dieser Sonderschulzweig von der ausländischen Bevölkerung gewünscht würde. Griechische Eltern ziehen oft Nationalklassen und griechische Schulen vor und versuchen, über die Konsulate auf Lehrerauswahl und Lehrplangestaltung Einfluß zu nehmen. Solange der Besuch einer deutschen Regelklasse die Ausnahme bleibt, und die Kinder dann, auch isoliert von bisherigen Freunden, einer verschärften Auslese unterworfen werden, werden sich Eltern und Schüler nicht anders entscheiden können. Die GEW fordert die generelle Eingliederung in deutsche Regelklassen, diese sollen bei hohem Ausländeranteil nicht mehr als 15 Schüler umfassen. - (evz)

Krefelder Prozesse 21 Monate Haft für „Willen zur Tat“

Krefeld. Am 25. Juni war es in Krefeld aus Anlaß des von Bundespräsident Carstens, Bundeskanzler Kohl und US-Vizepräsident Bush besuchten „deutsch-amerikanischen Freundschaftsfestes“ zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einem Teil der Gegendemonstranten gekommen. 134 Teilnehmer der Gegendemonstration hatte die Polizei damals festgenommen, gegen 26 wurde inzwischen Anklage erhoben. Am 24.

November verkündete die Zweite Strafkammer des Landgerichts Krefeld jetzt das erste Urteil: Wegen schweren Landfriedensbruchs, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand gegen Polizeibeamte und Körperverletzung wurde ein 23jähriger Student aus Detmold zu 21 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Dieses Urteil zeichnet sich nicht nur durch seine Höhe aus – nach Angaben der Verteidiger liegen die durchschnittlichen Strafen für Landfriedensbruch unter einem Jahr Gefängnis –, sondern es setzt auch in der Beweiswürdigung und der Begründung neue Maßstäbe. Denn Dreh- und Angelpunkt der Verurteilung ist eine Unterstellung: Das Gericht mußte selbst feststellen, daß dem angeklagten Studenten nicht „mit Sicherheit“ nachgewiesen werden konnte, daß er „mit eigener Hand Gewalttätigkeiten ausübt“. Um dennoch zu einer Verurteilung zu kommen, unterstellte es ihm jedoch „Willen zur Tat“ und erklärte dies für ausreichend.

„Willen zur Tat“ sieht das Gericht darin, daß der Student bei seiner Festnahme mit einer Motorradmütze „vermummt“ war und nach widersprüchlichen Aussagen eines Polizeibeamten zumindest einen Stein bei sich getragen haben soll. Zudem habe er sich in „einer Ecke“ aufgehalten, aus der Steine auf anrückende Polizeitruppen geworfen worden seien. Damit sei der Verurteilte „Teilnehmer einer bewaffneten Gruppe“ gewesen und habe einen „eigenen Beitrag“ zu „Gewalttätigkeiten“ geleistet.

Ganz abgesehen davon, daß es durchaus verständlich ist, daß sich viele Teilnehmer der Gegendemonstration durch die Feierlichkeiten selbst und durch das massive, von Anfang an brutal auftretende Polizeiaufgebot provoziert fühlten, ermöglicht die Konstruktion des Gerichts schon auf der bestehenden Gesetzesgrundlage Verurteilungen, die weitgehend den von der CDU/CSU geplanten Verschärfungen des Demonstrationsrechtes entsprechen. Verurteilt werden kann auf dieser Linie jeder, der an Demonstrationen teilnimmt, die sich nicht willenlos allen Anordnungen der Polizei unterwerfen, ob ihm direkte Beteiligung an Auseinandersetzungen nachgewiesen werden kann oder nicht.

Entsprechend erläuterten die Richter ausführlich, das Urteil solle „präventive Wirkung“ haben. Klar ist, daß die anderen Angeklagten, von denen acht noch in Untersuchungshaft sind, ähnliches zu erwarten haben. Umso wichtiger ist, daß unter anderem auch die DKP das Urteil scharf kritisiert hat.

Quellenhinweis: Urteilsbegründung zit. nach FAZ, 26.11. wof

Abschiebung von Kurden CDU-Ratscherrin: „Gestapo-Methoden“

Hannover. Bis in die Reihen der CDU reicht die Empörung und der Protest gegen die Methoden, mit denen im Landkreis Hannover eine kurdische Frau mit ihren sechs Kindern abgeschoben wurden. Mitschüler schreiben Briefe, am Ort hat sich eine Bürgerinitiative gegründet mit einer CDU-Ratscherrin als Vorsitzende, SPD-, FDP- und Abgeordnete der Grünen haben Anfragen und Anträge an den Kreis-, Landes- und Bundestag gestellt. Der DBG-Landesbezirk hat protestiert.

Was ist passiert? 1979 war die Familie in die Bundesrepublik eingereist. Als Jeziden (Religionsgemeinschaft, die in der Türkei unterdrückt und vom Staat verfolgt wird) haben sie Asylantrag gestellt, der Ende September endgültig abgelehnt wurde. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag auf Duldung, ein zweiter Antrag wurde nicht bearbeitet. Am Samstag, den 12.11., drang die Polizei morgens um 6 Uhr gewaltsam in die Wohnung ein, mit einer Ausweisungsverfügung gegen die Mutter und den 17jährigen Sohn. Die Nachbarn verständigten sofort einen Rechtsanwalt. Trotzdem startete um 12.30 Uhr das Flugzeug mit den sieben Familienmitgliedern nach Istanbul.

Eine Schwäche der Proteste ist, daß sie im wesentlichen zwei Punkte in den Mittelpunkt stellen. Zum einen, daß es Jeziden, also religiös verfolgte sind (beim Bundesverwaltungsgericht ist noch anhängig, ob Jeziden generell Asyl zu gewähren ist), und zum anderen, daß das Vorgehen des Landkreises rechtswidrig war. Die Ausweisungsverfügung hätte zunächst zugestellt werden müssen, denn nur so wäre die vierwöchentliche Einspruchsfrist gewahrt. Inzwischen hat Möcklinghoff auch „zugestanden“, daß in Zukunft nicht mehr samstags abgeschoben werden soll, da die Verwaltungsgerichte nicht besetzt sind. Dennoch bleibt der „juristische“ Protest problematisch, denn Gesetze und Verfügungen kann man ändern, und es ist offensichtlich, daß hier eine Marschrute festgelegt werden soll, wie mit Ausländern vor allem aus der Türkei in Zukunft verfahren werden kann.

Erfreulich ist, daß es trotz der steigenden Ausländerhetze so viel Empörung und Zorn gibt. Selbst die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ muß seit zwei Wochen fast täglich darüber berichten. Der Rechtsanwalt, die Grünen u.a. fordern, der Familie die Einreise auf Kosten des Landkreises wieder zu ermöglichen. (gea)

Immer schlechtere Studienbedingungen – die Konkurrenz unter den Studenten wächst

Kiel. Waren im Wintersemester 1972/73 noch 9584 Studenten eingeschrieben, so hat sich diese Zahl bis heute verdoppelt. Die Zahl der Lehrkräfte ist dagegen mit 648 zu 834 heute relativ gesunken. Nicht nur die bestehenden Studien- und Prüfungsordnungen tragen zur Verlängerung der Arbeitszeit bei, sondern auch die Willkür der Professoren hat zugenommen. Die Konkurrenz unter den Studenten soll geschürt werden nach dem Motto des Universitätspräsidenten Grießer, der auf der Erstsemestereinführung den Gebrauch von Ellenbogen anempfahl und ihnen einschärfte, daß sie mit einer „Arbeitnehmermentalität“ bezüglich 40-Stunden-Woche nicht auskämen. Ganz nach den Interessen der Bourgeoisie, die sich aus solchermaßen gedrillten und gedemütigten Studenten ihr Führungsreservoir aussuchen will. Ein weiteres besorgt die schlechte finanzielle Lage, die die Mehrzahl der Studenten nötigt, sich durch Lohnarbeit den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Kinder reicher Leute sind von solchen Sorgen nicht behelligt.

Wir befragten einige Studenten über ihre Studienbedingungen und finanzielle Lage.

Wie sehen die Anforderungen bei euch aus, gibt es Änderungen zu früher?

In Pharmazie liegt die Zahl der Pflichtstunden bei 35,5 pro Woche. Hinzu kommen aber die Vor- und Nachbereitungen von Vorlesungen sowie v.a.

sämtliche Prüfungsvorbereitungen. Das sind pro Semester mindestens vier Prüfungen und dann zwei Staatsexamina mit je vier Prüfungen. Ohne die Semesterabschlußprüfungen wird man nicht zum nächsten Praktikum zugelassen. Besonders zum Semesterende wird daher die Stundenbelastung sehr hoch, so daß man meist gar nicht mehr zu den Vorlesungen gehen kann.

In Sport, das man in Verbindung mit einem anderen Fach studiert, sind 14 Pflichtstunden pro Woche vorgeschrieben. Hinzu kommen, je nach Schulausbildung, zahlreiche Übungsstunden, um die Eingangsprüfung für die praktische Ausbildung zu schaffen. Die Anforderungen der Eingangsprüfungen, die 1975 eingeführt wurden, entsprechen inzwischen ungefähr den Abschlußprüfungen von vor 10 Jahren. 1978/79 konnte die Konkurrenz eingeschränkt werden dadurch, daß die Fachschaft den Prüfungsablauf beobachtete und die Zensuren durch Wandzeitungen bekanntgab.

In Geschichte und Germanistik, Anglistik usw. ist zwar die Pflichtstundenzahl mit drei bis vier pro Woche niedrig, aber will man die Prüfung bestehen, muß man über die drei vorgeschriebenen Proseminare und drei Hauptseminare z.B. in Geschichte hinaus noch weitere Übungen und Vorlesungen besuchen, um überhaupt folgen zu können. Die Leistungsnachweise in den Seminaren müssen durch

schriftliche Arbeiten erbracht werden. Umfaßten diese vor 10 Jahren für ein Proseminar 5–10 Seiten, sind es heute 10–30. Beim Hauptseminar sind es heute 25–60 statt früher 8–20, und bei Staatsexamina verlangen die Professoren heute in der Regel 150–200 Seiten statt 80–100, auch Arbeiten mit 300 Seiten sind keine Seltenheit mehr. Da die Arbeiten sechs bis acht Wochen konzentriertes Arbeiten erfordern, muß man das entweder in den Semesterferien machen oder aber – wenn man in der Zeit Geld verdienen muß – im Semester. Das hat zur Folge, daß man die anderen Veranstaltungen abschreiben kann. Zusätzlich wird das Große Latinum verlangt. Hat man das nicht, muß man den Nachweis einer Lateinklausur ablegen (Durchfallquote durchschnittlich 40%). Und es kommen noch neusprachliche Klausuren hinzu.

Welche Auswirkungen hat die geringe Zahl der Lehrkräfte?

Bei den Seminararbeiten gibt es kaum noch eine Betreuung, im Labor in Pharmazie ist sie sehr eingeschränkt. Damit steigt der Zeitaufwand für die Studenten, u.a. die Zahl der Analysen.

Die Ausrichtung des Fachbereichs z.B. Geschichte wird einseitig hinsichtlich der Themen, des wissenschaftlichen Ansatzes oder der politischen Ausschauung der Dozenten. Außerdem steigt natürlich der Spielraum für professorale Willkür. In Sport bedeutet das Angebot von weniger Kursen wegen der Zulassungsbeschränkungen auch direkt eine Verlängerung des Studiums. In einigen Fachbereichen sind die Hörsäle völlig überfüllt. Die Fachschaftsgruppe Agrar konnte deswegen z.B. vor drei Jahren die feuerpolizeiliche Schließung einer Vorlesung erreichen, die anschließend geteilt werden mußte.

Wie steht es mit Bibliotheken und Bücherangebot?

In der Unibibliothek sind meistens die wichtigen Bücher verliehen. Das ständige Neubestellen, Nachfragen, Vormerken usw. kostet unheimlich viel unnötige Zeit. Aus der Seminarbibliothek kann man, von komplizierten Ausnahmen abgesehen, die Bücher nicht ausleihen. In Pharmazie stehen während der Öffnungszeiten außerdem gerade Vorlesungen oder Laborarbeit an. D.h., die meisten Bücher muß man kaufen (30–80 DM und mehr) oder teure Kopien machen. Das nötige Geld geht direkt vom Essen ab, bzw. zu Geburtstag und Weihnachten von Klei-



Bücherausgabe der Universitätsbibliothek

dung u.a., weil man sich Bücher wünschen muß.

Könnt ihr mal darstellen, wie ein Tagessablauf für euch aussieht?

6.30 aufstehen, 7.00 Abmarsch zum Bus, 8.05 im Hörsaal, bis 12.00 Vorlesungen. Dazwischen schnell ein Brot essen. Um 12.00 im Labor nachsehen, ob die Analyse (Arbeit der letzten vier Tage) richtig ist: eine muß noch mal „gekocht“ werden. Für Mittagessen ist unter den Umständen keine Zeit (zur Mensa braucht man ungefähr 15 Min., dann Anstehen für Marken und Essen). Stattdessen das Brot auf der Treppe gekauft, dann ins Labor. Dort fehlen die wichtigsten Zutaten. Wieder runter in die Chemikalienausgabe, dort eine halbe Stunde angestanden, zurück ins Labor. Inzwischen hat der Assistent schon seinen Rundgang gemacht. Also erst andere Versuche. Um 17.00 ist Nachmittagsvorlesung. Eine Stunde Zuhören bei diesem einschläfernden Dozenten ist gar nicht mehr leicht. Um 19.10 zu Hause. Tütensuppe geht jetzt am schnellsten zu kochen. Für Überarbeitung der Vorlesungen ist keine Energie mehr da. Gerade noch eine halbe Stunde Formeln lernen – in drei Tagen ist mündliche Zwischenprüfung.

Wovon lebt ihr, wie steht es mit Wohnung und Anschaffungen?

Ich bekomme 256 DM BAFÖG und 546 DM von den Eltern. Zu zweit wohnen wir in einer 50-qm-Wohnung für 430 DM kalt, 8 km von der Uni entfernt. Von den 800 DM kann man natürlich nur sehr sparsam leben, insbesondere was die Anschaffung von Büchern angeht. Neue Kleidung konnte ich mir während des Studiums nicht kaufen.

Ich studiere Agrar. Seit dem Ende der BAFÖG-Zahlungen nach 9 Semestern finanziere ich mein Studium selbst. Bei Raiffeisen habe ich im Getreidesilo für 10,50 die Stunde gearbeitet, dann habe ich für 7,90 DM etwa acht Monate lang Gummischläuche in Schleswig-Holstein herumgefahren. Zum Glück war ich nie krank, da ich bei den Verträgen keinen Anspruch auf Krankengeld hatte. Jetzt arbeite ich in einem Copy-Laden für 10 DM die Stunde. Um 600 DM zum Leben zu haben, müßte ich 15 Std. die Woche arbeiten. Meist geht das aber nicht, da mir dann die Zeit zum Lernen für die Prüfungen fehlt. Kleidung und Bücher habe ich ewig nicht mehr gekauft, für Fernseher und Auto, Zugfahrt nach



Mensaeingang: In Mensa und Cafeteria eine Pause zu machen, die wirkliche Erholung bietet, ist schon lange nicht mehr möglich.

Hause ist kein Geld da. Auch die Wohnung bietet keinen Komfort wie Dusche oder Waschmaschine. Meine Schulden belaufen sich mittlerweile auf 6000 DM BAFÖG-Darlehensschulden, 3000 DM beim Sozialamt, 2500 DM privat. – (anp, brb, ped, rik)

Effizienz, Wirtschaftlichkeit, Konkurrenz! Hochschulpläne der Reaktion

„Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat sich jetzt mit einer eigenen Stellungnahme in die Diskussion um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland eingeschaltet. Kernforderung des BDI ist dabei, die ‚Flexibilität und größere Leistungsorientierung der Hochschulfinanzierung‘ zu stärken.“

In der Stellungnahme wird darauf hingewiesen, daß die ‚uneingeschränkte Anwendung öffentlicher Haushaltsgrundsätze‘ zu erheblichen Nachteilen führe und die Effizienz der Hochschulen in ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit schwäche. Außerdem werde den Forschern zunehmend die Verantwortung für den Mitteleinsatz in ihrem Arbeitsbereich entzogen. Vorrangige Ziele der Neuordnung der Hochschulfinanzierung müßten aus der Sicht der deutschen Industrie sein:

- die Effizienz der Hochschulen zu stärken;
- die Qualität und Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Forschung und Lehre zu sichern;
- die Eigeninitiativen der Hochschulen zu unterstützen und orientierten Wettbewerb zu fördern;

- leistungshemmende administrative Regelungen abzubauen;
- die Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge zu gewährleisten.

Mit der Umstellung der Ausbildungsförderung der Studenten auf Volldarlehen sei ein erster Schritt getan worden, um das Kostenbewußtsein der Bevölkerung für öffentliche Leistungen zu stärken und gegenüber den Studenten die Bedeutung ihrer Berufswahlentscheidung zu unterstreichen. Aber, so der BDI, die derzeitigen Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente im Hochschulbereich blieben dennoch grundsätzlich unbefriedigend: „Im Interesse einer höheren Effizienz benötigen wir einen qualitätssteigernden Wettbewerb unter den Hochschulen sowohl im Lehr- als auch im Forschungsbereich. Deshalb wäre es wünschenswert, die Entscheidungsspielräume der Hochschulen zu vergrößern und ihnen auch mehr Einfluß auf die Auswahl ihrer Studenten einzuräumen,“ heißt es in der Stellungnahme.“ (Die Welt, 17.08. 1983)

„Die Hochschulen sind die wichtigste Stätte der Grundlagenforschung ... (Sie) werden aber die moderne, kostspielige Forschung nur dann in ih-

ren Mauern bewahren können, wenn die Hochschulforschung grundsätzlich offen ist für alle Probleme, die unsere komplizierter werdende Gesellschaft hat oder auslöst. Wir müssen daher noch bestehende Hindernisse bei der Weiterentwicklung der Drittmittelforschung und bei der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Praxis ... abbauen ...“

Damit kann ich überleiten von den Aufgaben der Hochschulen zu den ordnungspolitischen Prinzipien, in denen sie erfüllt werden sollten. Es sind meiner Überzeugung nach die Prinzipien der Differenzierung und des Wettbewerbs. Die Notwendigkeit der Differenzierung ergibt sich aus dem Wesen der Wissenschaft ...

Es kann nicht das Bestreben der Hochschulpolitik sein, daß an allen Universitäten bzw. an allen Fachhochschulen die gleichen Studiengänge aufgebaut, inhaltlich die gleichen Studienangebote gemacht und die gleichen Forschungsdisziplinen gepflegt werden. Eine solche Politik müßte zwangsläufig zu ‚Durchschnittswerten‘ führen, sie würde die Entwicklung von Spitzenleistungen und die Wahrnehmung von Aufgaben der Hochschulen, die eine gewisse Spezialisierung erfordern, verhindern.“ (Rede von Bundesbildungsministerin Wilms vor der Westdeutschen Rektorenkonferenz, 07.11. 1983)

Stichwort	Soziale Lage
-----------	--------------

Aus der 10. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerkes

– Umfrageergebnis Universität Kiel, Sommersemester 1982

In welchem Hochschulsemester befinden sie sich im Sommer 1982?

1 – 2 Sem.	64	10,4%
3 – 4 Sem.	91	14,7%
5 – 7 Sem.	126	20,4%
8 – 9 Sem.	79	12,8%
10 – 11 Sem.	76	12,3%
12 – 13 Sem.	70	11,3%
14 – 99 Sem.	112	18,1%
Gesamt	618	100,0%

Wieviel Miete einschließlich alter Nebenkosten für Heizung, Strom, Gas, Wasser usw. (außer Telefon) zahlen sie monatlich für ihr Zimmer/Appartement/ihre Wohnung/anteilmäßig für die gemeinsame Wohnung?

1 – 50 DM	1	0,2%
51 – 100 DM	7	1,3%
101 – 150 DM	26	4,9%
151 – 200 DM	137	25,8%
201 – 250 DM	160	30,1%
251 – 300 DM	100	18,8%
301 – 350 DM	48	9,0%
351 – 400 DM	26	4,9%
401 – 450 DM	12	2,3%
451 – 500 DM	6	1,1%
501 – 999 DM	8	1,5%
Gesamt	531	100,0%

Woher stammen die finanziellen Mittel (Barmittel), über die sie während des Semesters monatlich verfügen können?

– Zuwendungen der Eltern

0 DM	101	21,6%
1 – 100 DM	32	6,8%
101 – 200 DM	29	6,2%
201 – 300 DM	40	8,5%
401 – 500 DM	53	11,3%
501 – 600 DM	70	16,6%
601 – 700 DM	68	15,0%
701 – 800 DM	26	4,7%
801 – 900 DM	8	1,7%
901 – 1000 DM	9	1,9%
Gesamt	468	100,0%

– BAFöG-Leistungen

0 DM	311	66,5%
1 – 100 DM	7	1,5%
101 – 200 DM	14	3,0%
201 – 300 DM	12	2,6%
301 – 400 DM	16	3,4%
401 – 500 DM	14	3,0%
501 – 600 DM	24	5,1%
601 – 700 DM	45	9,6%
701 – 800 DM	25	5,3%
Gesamt	468	100,0%

– Eigener Verdienst/Ersparnisse aus Erwerbstätigkeit neben dem Studium

0 DM	260	55,6%
1 – 100 DM	58	12,4%
101 – 200 DM	52	11,1%
201 – 300 DM	19	4,1%
301 – 400 DM	31	6,6%
401 – 500 DM	14	3,0%
501 – 600 DM	9	1,9%
601 – 700 DM	11	2,4%
701 – 800 DM	4	0,9%
801 – 900 DM	0	0,0%
901 – 1000 DM	4	0,9%
1001 – 1100 DM	1	0,2%
1101 – 1200 DM	0	0,0%
1201 – 9999 DM	5	1,1%
Gesamt	468	100,0%

– Summe der zur Verfügung stehenden Barmittel

0 DM	2	0,4%
1 – 100 DM	0	0,0%
101 – 200 DM	1	0,2%
201 – 300 DM	6	1,3%
301 – 400 DM	8	1,7%
401 – 500 DM	33	7,0%
501 – 600 DM	52	11,1%
601 – 700 DM	111	23,6%
701 – 800 DM	112	23,8%
801 – 900 DM	60	12,8%
901 – 1000 DM	35	7,4%
1001 – 1100 DM	14	3,0%
1101 – 1200 DM	17	3,6%
1201 – 9999 DM	19	4,0%
Gesamt	470	100,0%

– Summe der regelmäßigen Ausgaben

0 DM	0	0,0%
1 – 400 DM	3	5,8%
401 – 500 DM	4	7,7%
501 – 600 DM	10	19,2%
601 – 700 DM	8	15,4%
701 – 800 DM	15	28,8%
801 – 900 DM	8	15,4%
901 – 1000 DM	3	5,8%
1001 – 1100 DM	1	1,9%
Gesamt	52	100,0%

Erlaß der Landesregierung

Die Landesregierung hat für das Haushaltsjahr 1984 weitere Stelleneinsparungen beschlossen und zur Verwirklichung der beabsichtigten Einsparungen für den gesamten Landesbereich die totale Wiederbesetzungssperre angeordnet. Zum Vollzug dieser Entscheidung erlaße ich folgende Bewirtschaftungsmaßnahmen:

1. Bis zur Erfüllung des für meinen Geschäftsbereich festgelegten Einsparungskontingents dürfen ab sofort freie und freiwerdende Stellen und Planstellen nicht wieder besetzt werden. 2. Unter die Wiederbesetzungssperre fallen Planstellen, Stellen für beamtete Hilfskräfte und Stellen für Angestellte und Arbeiter ... 5. Die Wiederbesetzung ... ist nur ausnahmsweise möglich ... In besonders gelagerten Einzelfällen bitte ich, mir dann einen entsprechenden Ausnahmeantrag vorzulegen. (Boyzen, Staatssekretär im Kultusministerium).

Presseerklärung des AStA vom 04.11.1983

Das Studentenparlament der CAU (Christian-Albrechts-Universität) hat mit Empörung zur Kenntnis genommen, daß im Bereich des Kultusministeriums für 1984 529 Stellenstreichungen vorgesehen sind. Hinzu werden 41 weitere kommen, die 1983 nicht erfüllt wurden. In nicht geringem Umfang wird dabei die Universität betroffen sein ... An zahlreichen Fachbereichen wird sich die ohnehin angespannte Situation zuspielen, ja, die Existenz ganzer Fachbereiche steht auf dem Spiel ... Im übrigen bekräftigen wir unsere Auffassung, daß die finanzielle Lage der öffentlichen Kasernen als Begründung für Stellenstreichungen nur vorgeschoben wird ... Die CDU will offen zur Eliteuniversität der 50er Jahre zurück. Dem werden wir unseren entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Keine weiteren Stellenstreichungen der Universität!

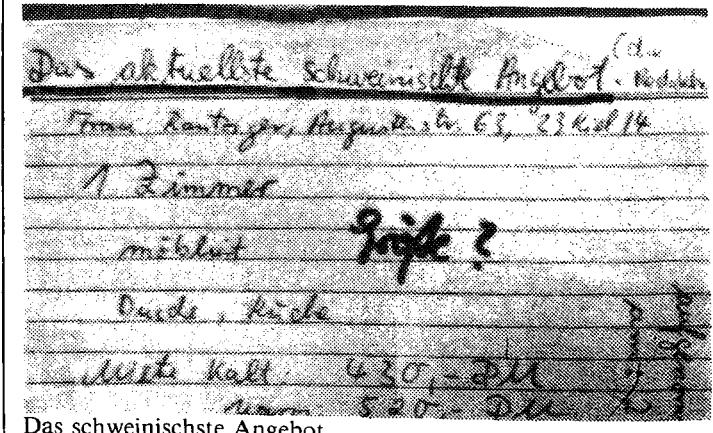
Beschluß des Senats vom 22.11.1983

2. Seit 1976 ist der Personalhaushalt in der Universität durch Streichung von insgesamt 175 Stellen stark reduziert worden. Durch diese Maßnahmen ist die Stellenausstattung der Universität beim wissenschaftlichen Personal

auf das Niveau von 1970 gesunken. 3. Im Gegensatz zu diesen Personalrestriktionen hat sich die Studentenzahl von ca. 7500 im Jahre 1970 auf ca. 17500 eingeschriebene Studierende im WS 1983/84 mehr als verdoppelt ... 4. Zusätzlich hat die seit drei Jahren von der Landesregierung angeordnete achtmonatige Wiederbesetzungssperre die verfügbare Personalkapazität empfindlich reduziert ... 7. Der Senat hat seit Jahren ... bei allem Verständnis für die schwierigen Haushaltsbedingungen des Landes auf die ... unhaltbare Situation ... hingewiesen ... Der Senat appelliert an die Landesregierung ... irreparable Schäden zu vermeiden.

Presseerklärung des AStA vom 23.11.1983

Wieder einmal beschränkte der Senatsbeschuß, der gegen die Stimmen der vier studentischen Mitglieder gefällt wurde, sich auf eine lediglich verbale Forderung nach Rücknahme der Stellenstreichungspläne des Kultusministeriums ... Im Vorfeld der Senatssitzung fand an der Universität ein Aktionsstag ... statt. An zahlreichen Fachbereichen fanden Vollversammlungen statt, die einen Zuspruch wie seit Jahren nicht mehr fanden ... Die vom AStA mit über 500 Teilnehmern durchgeführte Demonstration ... begab sich (nach Kundgebung mit einem GEW-Verteiler, der Verf.) geschlossen zum Audimax, wo um 18.00 Uhr die Sondersitzung des Senats eröffnet wurde. Die Studenten bildeten vor dem Eingang ein Spalier ... Mit Unverständnis wurde die Tatsache aufgenommen, daß mehrere Einsatzfahrzeuge der Polizei auf dem Campus vorgefahren waren ... AStA und Fachschaften werden sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß die vor Ort schon stattgefundenen gemeinsamen Aktionen von Dozenten und Studenten ausgebaut werden.



Uruguay: 400000 gegen Militärregime

Am 27.11. forderten auf der größten Massenkundgebung in der Geschichte Uruguays in der Hauptstadt Montevideo 400000 das Ende der Militärdiktatur, Aufhebung der Parteiverbote, Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Zur gleichen Zeit fanden ähnliche Veranstaltungen in allen größeren Städten des Landes statt. Zu den Kundgebungen hatten alle legalen und illegalen Parteien, Gewerkschaften und Studentenverbände aufgerufen. Seit 1973 herrscht in dem Land ein Militärregime. Das Regime hat für den 25.11. 1984 Wahlen versprochen. In Gesprächen über eine neue Verfassung mit den zugelassenen bürgerlichen Parteien im Juli hatten die Militärs für sich weitgehende Vollmachten auch nach den Wahlen beansprucht. Die Parteien hatten die Gespräche daraufhin abgebrochen. Eine starke Kraft der Bewegung für die Beseitigung des Militärregimes ist der Gewerkschaftsbund PIT, der nach dem Verbot des Gewerkschaftsbundes CNT im Jahr 1973 aufgebaut wurde. Der PIT hatte schon

Bolivien: Generalstreik

Der Bolivianische Gewerkschaftsbund (COB) führte am 21.11. einen Generalstreik im ganzen Land durch. In der Hauptstadt La Paz nahmen 50000 an einem Protestmarsch (Bild) teil. Der Streik richtete sich gegen die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung. Sie hatte in der Woche zuvor die bolivianische Währung gegenüber dem Dollar um 150% abgewertet, die Preise für Benzin um 200% und die Preise für Nahrungsmittel um 70% erhöht. Da ein großer Teil der Nahrungsmittel importiert wird, werden die Preise für Nahrungsmittel noch stärker



steigen. Die Regierung hatte unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds diese Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter und Bauern durchgeführt. Der IWF hatte die Zahlung eines 350 Mio. \$

Kredits von diesen Erhöhungen abhängig gemacht. Der Gewerkschaftsbund fordert von der Regierung, daß sie Wirtschaftsmaßnahmen trifft, die „auf der Strategie beruhen, den Hunger des Volkes zu befriedigen“. Der COB verlangt die Garantie eines Mindestlohnes bei automatischer Anpassung an die Preiserhöhung und tritt ein für Stundung der Auslandsschulden, Vertragsbeendigung mit den US-Ölkonzernen sowie weitgehende Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben, Kontrolle der Staatsfirmen durch die Arbeiter. Die Vereinigung der Bauern unterstützt den COB und beteiligte sich an der Demonstration in La Paz.

am 16.9. zu einem zehnminütigen Streik aufgerufen. Daran beteiligten sich 500000 der 3 Mio. Einwohner. Sie forderten: „Freiheit, Arbeit, Lohn erhöhungen und Amnesty!“

Großbritannien: Abstimmung über Streik

Die Gewerkschaftsvertreter der 44500 Arbeiter der Fordwerke in Großbritannien haben das Angebot der Ford-Kapitalisten über eine 7,5%

Lohn erhöhung zurückgewiesen und den Streik ab dem 3. Januar 1984 empfohlen. Mitglieder der Verhandlungsdelegation für die Angestellten haben sich ebenfalls für Streik ausgesprochen. In dieser Woche finden Massenversammlungen statt, auf denen die Beschäftigten abstimmen, ob der Streik durchgeführt wird. Die Forderungen der Arbeiter sind: 15% Lohn erhöhung, eine zusätzliche Woche Urlaub und höhere Rentenzahlungen.

Niederlande: Weitere Streiks gegen Lohnsenkung

Am 25. November hat ein Gericht in Den Haag auf Antrag mehrerer Zeitungskapitalisten die Streiks von etwa 1000 Beschäftigten der niederländischen Post gegen die Lohnsenkungspläne der Regierung verboten. Die Beschäftigten hatten seit Anfang November zwölf Postvertriebszentren bestrickt und damit die gesamte überregionale Postzustellung

lahmgelegt. Auch der von mehreren tausend Beschäftigten durchgeführte „Dienst nach Vorschrift“ in anderen Bereichen der Brief- und Paketzustellung müsse sofort aufhören, urteilte das Gericht. Die Gewerkschaft rief daraufhin auf, die Streiks abzubrechen. Die Hoffnung der Regierung und der Kapitalisten, auf diese Weise die gesamte Streik-

und Protestbewegung im öffentlichen Dienst gegen ihre Lohnsenkungspläne zerschlagen zu können, erfüllte sich freilich nicht. Die Gewerkschaft rief die Beschäftigten der Telefon- und Telegrafen-einrichtungen der Post zum Bummelstreik auf. Auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes gehen die Aktionen der Lohnabhängigen weiter. So streiken die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe von Rotterdam und Amsterdam, die Beschäftigten bei der Müllabfuhr, der Eisenbahn, bei den Gemeinden und beim Zoll führen ihre Bummelstreiks und Protestaktionen weiter. Alle Gewerkschaften im öffentlichen Dienst fordern weiterhin, daß die Regierung die geplante Nominallohnkürzung von 3% für den gesamten öffentlichen Dienst ab 1.1.84 zurücknimmt. Bild: Der niederländische christdemokratische Premierminister Lubbers (Mitte, im hellen Mantel) geriet bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften in „Bedrängnis“, als ihn demonstrierende Beschäftigte aufspürten.



Frankreich: Stahlarbeiter demonstrieren

Mehr als 10000 Stahlarbeiter demonstrierten am 17. November in Paris gegen die Vorhaben der französischen Regierung und der Stahlkapitalisten. Die Demonstration, zu der sowohl der von der Kommunistischen Partei unterstützte Gewerkschaftsbund CGT als auch der christliche Gewerkschaftsbund CFDT aufgerufen hatten, wandte sich gegen die von der Regierung unter Beifall der Kapitalisten angekündigten Lohn- und Rentensenkungen. Die Regierung will in den staatlichen Konzernen Usinor und Sacilor in den nächsten fünf Jahren mehr als 6000 Arbeiter in den Stahlwerken entlassen und zunächst die über 50jährigen vorzeitig in Rente schicken. Die Rente, die sie dann erhalten, wird mindestens 6% niedriger sein, als wenn sie bis zum 60. Lebensjahr arbeiten würden. Industrieminister Fabius kündigte die Kürzung von Sonderzulagen der Stahlarbeiter an.

EG diktirt Beitrittsbedingungen

Am 24.11. hat die portugiesische Regierung angekündigt, daß sie Anfang des nächsten Jahres die staatlichen Preisgarantien für Grundnahrungsmittel aufheben werde, weil sie die Subventionen aus dem Staatshaushalt nicht mehr aufbringen könne. Die Aufhebung der seit 50 Jahren bestehenden staatlichen Preisgarantien ist eine Bedingung, die die EG für die Aufnahme Portugals gestellt hat.

PLO am Ende? Trügerische Hoffnungen der Imperialisten und Zionisten

Noch ist nicht klar, ob der in der letzten Woche ausgehandelte Waffenstillstand zwischen den in Tripoli eingeschlossenen PLO-Kämpfern und den mit ihnen verbündeten libanesischen Muslim-Milizen einerseits und andererseits den von syrischen Truppen unterstützten sog. Al-Fatah-Rebellen bestand hat. Der Waffenstillstand wurde unter Beteiligung der syrischen und der saudi-arabischen Regierung ausgehandelt und umfaßt die Einstellung aller Feindseligkeiten, die Anwendung friedlicher Mittel zur Lösung der Differenzen, den Abzug aller palästinensischen Kämpfer aus Tripoli und Umgebung und die Überwachung des Abzugs und des Waffenstillstands durch ein Komitee unter Leitung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Karame. Durch die Belagerung von Tripoli ist aber unübersehbar geworden, daß die PLO nicht nur von den

kern an der Zivilbevölkerung ein Ende zu machen. Die Sicherheit der palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern um Beirut wurde von den USA und Israel garantiert. Daß diese Garantien ein Fetzen Papier waren, zeigten Wochen später die unter israelischer Schützenhilfe verübten Schlächtereien in den Flüchtlingslagern. Die PLO-Führung hatte sich auf den Abzug eingelassen wohl in der Erwartung, die Widersprüche unter den westlichen Imperialisten auszunutzen und dadurch politische Fortschritte erzielen zu können. Das erwies sich als falsch: Damit war die PLO nicht nur ihrer wichtigsten Basen für den bewaffneten Kampf gegen Israel beraubt, sondern auch auf politischem und diplomatischem Gebiet keinen Schritt weiter.

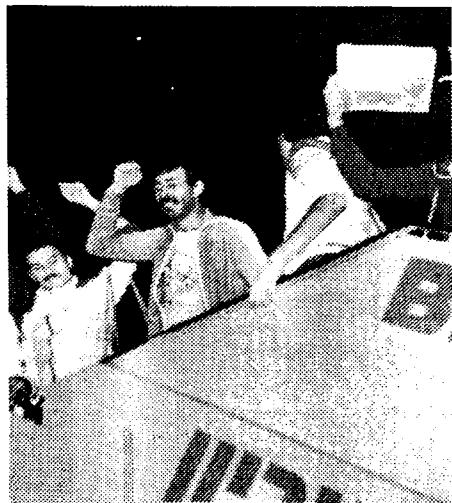
Zwangsläufig mußte diese Lage zu Auseinandersetzungen innerhalb der PLO über den weiteren Kurs führen. Abu Mussa, einer der Führer der Rebellion in der Al-Fatah: „Nach der Evakuierung Beiruts kamen die Manöver der US-Imperialisten, zuerst der Reagan-Plan, dann der Fez-Plan. Wir haben nichts gegen die Artikel des Fez-Plans, aber können die, die den Plan entworfen haben, ihn in die Realität umsetzen? ... Wir müssen eine feste Zeitspanne setzen und zu den arabischen Regimes sagen: „Wenn ihr den Plan nicht umsetzen könnt, dann akzeptiert die palästinensische Option, den bewaffneten Kampf.“ Aber diese Option wurde nicht energisch vertreten. Außerdem waren wir gegen Artikel 7 im Fez-Plan, der die Anerkennung Israels impliziert, und verlangten von der Fatah-Führung eine Erklärung, daß sie den Artikel 7 nicht als Anerkennung Israels versteht ...“ Anzumerken ist, daß der von der arabischen Gipfelkonferenz beschlossene und von den USA niemals akzeptierte Fez-Plan als imperialistisches Komplott hingestellt wird. Über diese und andere Widersprüche konnte in der PLO keine Einigung erzielt werden.

Das syrische Regime nutzte diese Lage, um durch die Unterstützung der Rebellen in der Al-Fatah mehr Einfluß auf die Politik der PLO zu bekommen und die bisherige Führung von PLO und Al-Fatah um Yassir Arafat zu isolieren und zu zerschlagen. Daß es dem syrischen Regime keineswegs um die selbstlose Unterstützung des palästinensischen Widerstands geht, belegen nicht nur die jüngsten Bombardements von Tripoli, an denen syrische Truppen beteiligt waren, sondern u.a. auch

die Ereignisse von Tell el Zaatar 1976, als libanesische Falangisten unter den Augen syrischer Truppen tausende Palästinenser niedermetzten. Die Absicht der herrschenden Klassen Syriens, der Militärs und Bürokraten: Mit der PLO als Instrument der eigenen Politik wäre Syrien anerkannter Verhandlungspartner der Imperialisten, wäre der Weg frei zu lukrativen Geschäften.

Entscheidend für den künftigen Kurs und die Selbständigkeit des palästinensischen Befreiungskampfes ist die Haltung der Mehrheit der Palästinenser. In den israelisch besetzten Gebieten im Westjordanland fanden in den letzten Wochen große Demonstrationen gegen die israelische Besatzung, für die PLO und für Yassir Arafat statt. Ebenso in vielen Flüchtlingslagern, u.a. im syrischen Yarmouk bei Damaskus, wo syrisches Militär eine Demonstration für die PLO und für Arafat zusammenschoß und mehr als 10 Menschen tötete. Ein Zeichen der Stärke des Widerstandskampfes der PLO im israelisch besetzten Südlibanon ist es auch, daß das Zionistenregime mehr als 4700 palästinensische Gefangene freilassen mußte.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin, FAZ, Middle East Magazine, div. Ausgaben; Konkret 12/83 – (wom)



Der Kampf der PLO und wachsende Opposition in Israel erzwangen die Freilassung von 4700 Palästinensern

westlichen Imperialisten, dem israelischen Regime und deren Handlangern, den libanesischen Falangisten, bedroht ist, sondern auch von den herrschenden Klassen in den arabischen Ländern, die die PLO in ihr Schlepptau nehmen und zur Spielmasse ihrer expansiven Interessen machen wollen.

Am Anfang der Rebellion in der Fatah, der größten Organisation innerhalb der PLO, stand die Evakuierung von 10000 PLO-Kämpfern und ihre Zerstreuung über verschiedene arabische Staaten. Die PLO-Führung unter Yassir Arafat hatte sich, obwohl die israelische Eroberung Beiruts militärisch erfolglos blieb, auf den Abzug eingelassen, u.a. um den israelischen Massa-

VR Polen

Umschuldung der Regierungskredite ab 1982

Am 16.11. 1983 sind die Umschuldungsverhandlungen zwischen der Regierung der VR Polen und Regierungsvertretern von 16 westlichen kapitalistischen Ländern wieder aufgenommen worden. Die VR Polen möchte eine Streckung der für 1982 und 1983 fälligen Schulden auf 10 bis 15 Jahre bei mindestens vier tilgungsfreien Jahren erreichen. Differenzen über den Zeitrahmen bestehen jedoch unter den Gläubigern. Die USA sind bislang nur zu Verhandlungen über die für 1982 fälligen Zahlungen, 5 Mrd. \$ für Tilgungen, 3 Mrd. für Zinsen und 1 Mrd. für kurzfristige Fälligkeiten, die die VR Polen nur zu einem Bruchteil erledigen konnte, bereit. Die BRD hauptsächlich ist geneigt, zugleich über 1983 fällig werdende 7 Mrd. \$ für den Schuldendienst zu verhandeln. Zinslosigkeit der erneuten Umschuldung für mehrere Jahre, die die Zeitschrift „Polityka“ fordert, liegen ihr jedoch fern.

Da die Hälfte der Schulden der VR Polen von derzeit insgesamt rund 25 Mrd. Dollar von Regierungen verbürgt ist, kommen die westlichen Imperialisten zu der unangenehmen Erkenntnis, daß sie sich auch ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie an der am 13.1. 1982 gefaßten Empfehlung der NATO-

Außenminister, wegen der Verhängung des Kriegsrechts keine weiteren Verhandlungen zu führen, festhalten. Die Bundesregierung mußte inzwischen westdeutschen Exporteuren Millionen zahlen und dazu auf den Haushalt durchgreifen. Ihre Experten raten ihr zu folgender Marschroute: „Forscher Kapitalabzug wird außenwirtschaftlich abhängige Länder gerade in den zu stärkenden Exportindustrien treffen und nicht nur die Produktion, sondern auch den Gesamtbestand der verbleibenden Forderungen gefährden.“

Damit würdigt sie die Tatsache, daß die VR Polen 1982 ihre Importe aus westlichen Ländern auf Kosten des Lebensmittelimports um 30% gesenkt und damit zwar wieder eine aktive Handelsbilanz, aber keine Hebung der Arbeitsmoral erreicht hat. Die für Anfang 1984 angekündigten Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel werden diese auch nicht befördern. Da die Bundesregierung die Hälfte aller westlichen Regierungsforderungen hält, hat sie reichlich Grund, das Ganze im Auge zu haben und auf die Banken weiterhin in dem Sinne einzuwirken, daß sie kein Kapital aus der VR Polen abziehen und Bereitschaft zu Überbrückungskrediten zeigen. Die Banken haben in den Umschuldungsabkommen für 1981 und 1982, in denen sie die Fälligkeiten von 2,4 bzw. 3,4 Mrd. \$ zu jeweils 95% strecken, die VR Polen gezwungen, diesen Aufschub durch Zahlung von Zinsen zu 1,75 Prozentpunkten über dem Liborsatz und 1% Umschuldungsgebühren zu vergüten.

Quellenhinweis: Außenpolitik 2/83; Handelsblatt 15. bis 24.11.1983 – (anl)

British Columbia Flächenstreik gegen Regierungsprogramm

„Neufassung des Gesellschaftsvertrags“ – mit diesen schönen Worten umschreibt die Regierung von British Columbia, der westlichsten kanadischen Provinz, ihr Programm. Gemeint ist der drastische Abbau von Sozialleistungen, damit verbunden die Reduzierung des im öffentlichen Dienst beschäftigten Personals um bis zu 25%, Lohnstopp im öffentlichen Dienst, Freigabe von Mieterhöhungen, weitreichende Eingriffe der Provinzregierung in das Schulwesen und weiteres. Diesem Programm, dessen Durchsetzung die Regierung seit den Wahlen im Mai betreibt (vergl. Pol. Ber. 18/83), haben die Gewerkschaften einen sehr breiten Kampf entgegengesetzt, ohne aber bisher erkennbare Erfolge zu erzielen. Am 1. November, dem Tag der Entlassung von 1600 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,

hat die Gewerkschaft der Regierungsangestellten von British Columbia (BCGEU) ihre 35000 Mitglieder zum Streik aufgerufen. Auch andere Abteilungen des öffentlichen Dienstes, die nicht direkt der Provinzregierung unterstehen, wie die 30000 Lehrer, haben sich auf einen – illegalen – Streik vorbereitet.

British Columbia gilt als die kanadische Provinz mit der höchstentwickelten Arbeiterbewegung. Ein Drittel aller Industriearbeiter sind in der Holzindustrie beschäftigt, und 46% aller Wald- und Holzarbeiter sind gewerkschaftlich organisiert. Sie haben in zahlreichen Arbeitskämpfen die nach Presseberichten höchsten Löhne Kanadas durchgesetzt. Auch jetzt wurden die



15000 demonstrierten am 15. Oktober in Vancouver gegen das Rationalisierungsprogramm der Provinzregierung von British Columbia.

Arbeitskämpfe mit einem wilden Streik von 500 Holzfällern eingeleitet. Ein noch nicht verabschiedeter Punkt des Regierungsprogramms ist, die Bedingungen zur Anerkennung der Gewerkschaftsvertretung in einem Betrieb zu verschärfen.

In der Durchsetzung des gesamten Programms, das 26 Einzelgesetze umfaßt, geht die Regierung auch parlamentarisch neue Wege. Es findet rund um die Uhr ein Debatten- und Abstimmungsmaarathon statt, in dem die Regierungspartei Social Credit bereits zwanzigmal Schluß der Debatte durchsetzte. Das Präsidium ließ den Oppositionsführer der New Democratic Party (sozialdemokratisch), als er sich einer Geschäftsordnungsentscheidung nicht unterwarf, aus dem Saal schleifen und erteilte ihm Hausverbot bis zum Frühjahr.

Über den Streikverlauf ist bisher wenig zu erfahren. Am 15. Oktober haben 50000 in den Straßen von Vancouver gegen das Regierungsprogramm demonstriert.

Quellenhinweis: Maclean's (kanadisches Nachrichtenmagazin); Business Week 14.11.83 – (mlf)

USA

Kapitalisten stützen sich auf Anti-Streikgesetze

Seit dem 2. Oktober bestreiken die 1400 Piloten und die Flugbegleiter die Continental Airlines. Die Mechaniker streikten schon seit August gegen Lohnkürzungen. Um den Widerstand der Belegschaft gegen die Lohnkürzungen zu brechen, hatten die Kapitalisten Ende September beim Konkursgericht den Antrag gestellt, die Zahlungen vorerst einzustellen zu können. Nachdem sie diesen Antrag gestellt hatten, brauchten die Kapitalisten die geltenden Tarifverträge nicht mehr einzuhalten. Sie entließen zwei Drittel der Belegschaft und forderten die Halbiierung der Löhne und Gehälter und eine Verlängerung der Arbeitszeit. Als die Mechaniker ihren Streik begannen, stellten die Kapitalisten 800 unorganisierte Streikbrecher ein. Gegen den Streik der Piloten schulten sie Streikbrecher und setzten sie ein.

Die Continental-Kapitalisten stützen sich bei ihren Angriffen gegen den Streik auf verschiedene Gesetze zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Um den Streik und die Gewerkschaften im Betrieb zu zerschlagen, setzten die Kapitalisten die Mittel ein, die ihnen das Recht-auf-Arbeit-Gesetz in die Hand gibt, das in dem Staat Texas, dem Sitz der Firma, gilt. Die Grundlage für solche einzelstaatlichen Gesetze haben die Kapitalisten durch ein Bundesgesetz 1947 legen lassen. Die Einzelaufgaben können demnach Gesetze erlassen, durch die den Gewerkschaften verboten ist, Vereinbarungen abzuschließen, daß in den Betrieben nur gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte eingestellt werden. Insgesamt 20 Staaten, fast alle im Süden der USA, haben bisher solche antigewerkschaftlichen Gesetze erlassen. Bei Streiks stellen Kapitalisten gezielt unorganisierte Streikbrecher ein, um die Gewerkschaft im Betrieb zu beseitigen.

Im Transportbereich ist den Belegschaften gesetzlich untersagt, eine Gewerkschaft mehrheitlich zu wählen, die mit den Kapitalisten für die ganze Belegschaft Tarifverhandlungen führt. Die Gewerkschaften können nur jeweils einzelne Berufsgruppen vertreten. Diese Aufsplittung hatte auch bei Continental Airlines den Kampf geschwächt.

Die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften haben jetzt vereinbart, den Kampf gegen die Kürzungen gemeinsam zu führen. Die Pilotengewerkschaft hat beschlossen, die Beiträge der Mitglieder zu erhöhen und den Streik so lange zu führen, bis die Kapitalisten

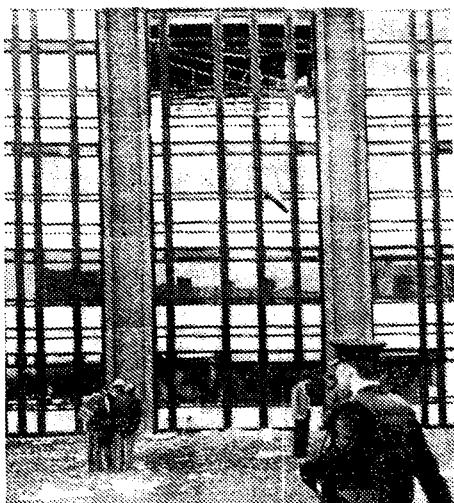
ihre Kürzungsmaßnahmen zurücknehmen.

Der letzte Gewerkschaftskongress des AFL-CIO hat im Oktober gefordert: Verbot der Rekrutierung von Streikbrechern, Abschaffung des Verbots, daß alle Beschäftigten eines Betriebes der Gewerkschaft angehören müssen, Änderung des Konkursgesetzes, die Tarifverträge dürfen durch das Gesetz nicht beseitigt werden.

Quellenhinweis: Business Week 31.10.83; R. Scheuch, Labor in the American Economy, 1981 - (eba)

Irland Sinn Fein will Politik ausweiten

Wichtige Änderungen in der Politik beschloß der ard fheis, der Parteitag der irischen Sinn Fein Partei am 12. und 13. November. Sinn Fein, die den bewaffneten Kampf der IRA politisch unterstützt, beschloß in Zukunft ein größeres Gewicht auf die politische Arbeit in der Republik Irland – den 26 Counties – zu legen, ohne im Kampf



Am 4. November zündete die IRA eine Bombe in einem Hochschul-Hörsaal, in dem die Polizei einen Trainingskurs abhielt. 2 Polizisten wurden getötet, 14 verletzt.

gegen die britische Kolonialmacht in den sechs Counties im Norden der Insel nachzulassen. Der neu gewählte Präsident der Sinn Fein, Gerry Adams aus Belfast, sagte: „Außerhalb ihrer nationalistischen Politik war Sinn Fein zum Großteil isoliert in den 26 Counties. Und weil wir uns fast ausschließlich auf die nationale Frage konzentrierten, vermochten wir nicht, die soziale und wirtschaftliche Schlagkraft unserer Partei in den sechziger Jahren auszubauen.“

Zur Korrektur gehört eine verstärkte Gewerkschaftsarbeit, zu der zwei Resolutionen verabschiedet wurden, und die künftige Teilnahme an Wahlen in der Republik Irland. Sinn Fein hat die

Republik Irland immer als neokoloniales Gebilde, hervorgegangen aus britischer Spaltungspolitik, bezeichnet. Deshalb werden gewählte Kandidaten ihre Sitze nicht einnehmen, ähnlich wie die in Nordirland ins britische Parlament oder die nordirische Versammlung gewählten Sinn-Fein-Kandidaten ihre Sitze nicht einnehmen.

Eine andere Position nimmt die Partei zur Wahl zum „Europa-Parlament“ im Juni 1984 ein. Mit großer Mehrheit beschloß der Parteitag, daß Sinn Fein sich an der Wahl beteiligen wird und eventuell gewählte Kandidaten auch ihre Sitze einnehmen. Der Wahlkampf soll auf Grundlage „der anti-imperialistischen Politik der Opposition zur EWG“ geführt werden. Eventuelle Abgeordnete sollen „unter Leitung des ard comhairle (Parteivorstands)“ an den Sitzungen des EG-Parlaments teilnehmen, „mit der erklärten Absicht, für die Auflösung der EWG als europäischem kapitalistischen Machtblock zu arbeiten“.

Über die Frage der Teilnahme am EG-Parlament gab es heftige Auseinandersetzungen. Als ein Hauptargument führte Vorstandsmitglied Martin McGuinness an: „Den EG-Wahlkampf auf Grundlage der Nichtteilnahme zu führen, wäre verrückt, wo er doch die bisher beste Gelegenheit bietet, die (reformistische) SDPL zu schlagen.“ Die Entscheidung der Partei trug mit dazu bei, daß Ruairí O Bradaigh, der vierzehn Jahre lang Sinn Fein als Präsident geleitet hatte, nicht wieder kandidierte.

Der neue Präsident Gerry Adams hielt in seiner Hauptansprache fest, daß der „bewaffnete Kampf eine notwendige Form des Widerstandes in den sechs Bezirken (Counties) gegen eine Regierung ist, deren Anwesenheit von der großen Mehrheit des irischen Volkes abgelehnt wird“.

Quellenhinweis: An Phoblacht/Republican News, Zeitung der Sinn Fein, 17.11. u. andere Ausgaben (Bezugsadresse: 44, Parnell Square, Dublin 1) - (hef)

Spanien Oberstes Gericht mit Rumasa-Enteignung befaßt

Vor acht Monaten ließ die spanische Regierung den Rumasa-Konzern enteignen. Der Hauptanteil des Konzerns gehört der Holding des größten Privatkapitalisten Spaniens, Ruiz Mateos. Der Konzern war mit mehreren Mrd. Peseten bei der spanischen Staatsbank verschuldet. Ruiz Mateos hat außerdem zusammen mit dem Ölfabrikanten Saiz 2 Mio. Liter Speiseöl aus staatlichem Besitz unterschlagen bzw. gestohlen. Beide sollen spanische Staatsunternehmen um ca. sieben Mrd. Peseten betrogen haben.

In den letzten Monaten haben Journalisten und die spanische Polizei mehr und mehr Beweise dafür vorlegen können, daß Ruiz Mateos außerdem der größte Finanzier der fachistischen Putschisten ist.

Gegenwärtig verhandelt der spanische Verfassungsgerichtshof eine Verfassungsklage gegen das Enteignungsgesetz der Regierung. Die Entscheidung des spanischen Verfassungsgerichtes wird daher von großer Bedeutung für die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Reaktion und Faschismus auf der einen, der Gewerkschaftsbewegung und der Regierung Gonzales auf der anderen Seite sein.

Zum Zeitpunkt der Enteignung des Rumasa-Konzerns soll Mateo, der zuvor bereits faschistische Kommandos finanziert hatte, Milliardenbeträge an die spanischen Faschistenkreise transferiert haben.

Des weiteren wurden in den letzten Monaten zwei Vereinigungen militärischer Putschisten aus den Kreisen des klerikal-faschistischen Opus Dei in der baskischen Stadt Loyola ausgehoben. Genau diese Abteilung des Opus Dei hat in den letzten Jahren 1,5 Mrd. Peseten aus dem Rumasa-Konzern vermittelt über eine Stiftung bekommen.

Schließlich ist Mateo persönlich in die sogenannte „Affaire Medina“ beteiligt. Der Polizeioffizier Medina sitzt gegenwärtig im Gefängnis wegen Beteiligung an den Wirtschaftsverbrechen Mateos gegen die spanische Regierung und spanische Staatsunternehmen. Der gleiche Medina war aber sowohl an dem Putschversuch vom 23. Februar 1981, wie an den aufgeflogenen Putschplanungen vom April 1983 beteiligt. Medina, der angeblich im Auftrag der Polizei in Putschistenkreise eingeschleust worden sein soll, entpuppte sich schließlich als einer der Drahtzieher der Putschvorbereitungen, über den die Faschisten Informationen über die geplante Regierungspolitik und über Polizeimaßnahmen erhalten. Ruiz Mateos hatte derweilen in seinem Londoner Wohnsitz Treffen zwischen putschwilligen Militärs sowie in- und ausländischen Kapitalisten abgehalten.

Während in der spanischen Presse neuerlich und offen darüber diskutiert wird, ob die USA zum gegenwärtigen Zeitpunkt an einem Putsch interessiert sein können oder nicht, haben am 27.11. nach unterschiedlichen Berichten zwischen 50000 und 150000 Faschisten in Madrid zum Gedenken Francos und für den Faschismus demonstriert. Die Faschisten hatten ihren Aufmarsch verschieben müssen, weil die Regierung faschistische Aufmärsche am 20.11., dem Todestag Francos, verboten hatte.

Quellenhinweis: El País, Cambio - (chc)

Türkei

Imperialisten erfreut über neue Regierung BRD will Kapitalexporte ausweiten

Am 24.11. ist das neue türkische Parlament zusammengetreten. Einen Tag später – der neue Ministerpräsident war noch gar nicht gewählt – begrüßte das „Handelsblatt“ schon den Wahlsieger Özal als amtierenden neuen Regierungschef: „Ministerpräsident Özal steht vor schweren Zeiten“. Die wirtschaftliche Lage der Türkei habe sich in den letzten Monaten ziemlich verschlechtert. Das Außenhandelsdefizit werde 1983 vermutlich um 5% auf 2 Mrd. \$ steigen, die Überweisungen türkischer Lohnabhängiger im Ausland dagegen, die diesen Devisenmangel bislang zur Hälfte ausgeglichen hätten, seien im ersten Halbjahr um 30% auf 850 Mio. \$ zurückgegangen.

Tatsächlich haben die Imperialisten eine Reihe von Gründen, den Wahlsieg Özals zu begrüßen und die Junta zum Rückzug aus der Tagespolitik aufzufordern. Erstens würde eine Vertiefung der Wirtschaftskrise über kurz oder lang auch die Fähigkeit der Türkei, an ihre imperialistischen Gläubiger zu zahlen, wieder gefährden. Allein in diesem Jahr sind 2 Mrd. \$ an Zins und Tilgung fällig, das sind über 20% der türkischen Steuereinnahmen. Bis 1985 sollen diese Zahlungen der Türkei sogar auf 2,5 Mrd. \$ ansteigen. „Fachleute“, mit denen die Imperialisten bereits positive Erfahrungen gemacht haben, sollen an die Regierungsgeschäfte, und Özal hat sich mit der Durchsetzung des IWF-Sanierungsprogramms in den Jahren 1980/81 bewährt. Zweitens wünschen die Imperialisten, daß das Militär wieder in den Hintergrund rückt und die Militärführung nicht für jedermann im Land sichtbar in die imperialistischen Bereicherungsfeldzüge verwickelt ist. „Sind die Militärs wirklich so sicher? Können sie wirklich alles im Voraus berechnen, vor allem den Drang der türkischen Bürger nach Lebensformen, die sie selbst wünschen?“ fragte Mitte November das „Handelsblatt“. Die Imperialisten wollen vermeiden, daß sich Unruhen gegen ihre Plünderungen in der Türkei sofort auch gegen die Militärführung richten und so evtl. das Militär spalten. Eine Zivilregierung unter militärischer Aufsicht ist ihrer Meinung nach leichter auszuwechseln als die jetzige Regierung, die von den Chefs von Armee, Marine, Luftwaffe und Gendarmerie offiziell eingesetzt ist. Freilich: Die Unterdrückungsgesetze der Militärgunta sollen in vollem Umfang in Kraft bleiben. So hat die Junta am 19.11. das Kriegsrecht um 4 Monate verlängert.

Die neue Regierung wird diese Verlängerung des Kriegsrechts auch nötig haben. Özal hat als seine Hauptaufgabe angekündigt, die „Bekämpfung der Inflation“ fortzusetzen. Das bedeutet: Die Einkommen der Arbeiter und Bauern, in den vergangenen Jahren schon brutal gesenkt und heute niedriger als 1962, sollen weiter verringert werden. Den Bauern gegenüber werden die Händler und großgrundbesitzenden Agas diesen Willen der Regierung mit Freuden vollstrecken, indem sie ihnen entweder die Pacht erhöhen oder aber für den mageren Teil der Ernte, der den Bauern nach Zahlung von Pacht und Steuern noch zum Verkauf bleibt, noch weniger zahlen als bisher schon. So sie groß genug sind, sich aufs Exportgeschäft zu werfen, können die

da sie der Türkei die Exportpreise diktieren, neuerlich fördern. Zusätzlich hat er „freie Zinsen“ angekündigt: Der Wucher, insbesondere gegen die Bauern, soll blühen, auf daß die Bauern sich weiterhin krumm arbeiten!

Sodann sollen die Löhne der Lohnabhängigen weiter gesenkt werden. Schon jetzt beträgt der gesetzliche Mindestlohn nur 16000 türkische Lira im Monat, umgerechnet etwa 330 DM. Eine vierköpfige Familie in Istanbul dagegen benötigt allein für Lebensmittel das Doppelte. Noch grausamer ist die Lage der auf Hunderttausende angewollten Gelegenheitsarbeiter- und Tagelöhnerheere in den Städten. Die meisten bekommen noch nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn. Streiks bleiben verboten, da erstens das Kriegsrecht fortbesteht und zweitens die Gewerkschaftsgesetze der Junta ebenfalls keine Streiks erlauben.

Die Regierung Özal will zusätzlich gegen die knapp 500000 Lohnabhängigen in den Staatsbetrieben – darunter Bergwerke, Rüstungsbetriebe, Stahl-



Links: Buswerbung in Istanbul. AEG-Eti, türkische AEG-Niederlassung, ist eine von über 60 westdeutschen Niederlassungen in der Türkei. Rechts: Tagelöhner in Istanbul: schwerste Arbeit für weniger als 10 Mark am Tag.

Großgrundbesitzer auch hier ihr Glück versuchen. Die Regierung hat die staatlichen Aufkaupreise unter die Weltmarktpreise gesenkt, so daß große Grundherren durch den Export der Ernte bessere Geschäfte machen können als durch den Verkauf in der Türkei. Schon im Vorjahr hatte diese „Exportförderung“ der Regierung zwar zu Devisen und manchem Grundherrn zu guten Geschäften verholfen, verbunden mit Notschlachtungen der kleinen Bauern aber auf den städtischen Märkten zu akuten Fleischknappheiten geführt. Dennoch will Özal diese „Geschäfte“, an denen am Ende die Imperialisten am meisten verdienen werden,

werke, Raffinerien, die Tabak- und Branntweinmonopole, die Eisenbahn – vorgehen. Die Hälfte der Beschäftigten soll entlassen, die Staatsbetriebe „saniert“ und sodann an türkische Kapitalisten oder an die Imperialisten verkauft werden.

Interessenten für diese Betriebe haben sich schon gemeldet. Schon im April reiste eine westdeutsche Kapitalistendlegation unter Leitung des Vorstandsmitglieds der Deutschen Bank, Thierbach, in die Türkei. Das Generalkonsulat der BRD in Istanbul berichtet von einem Treffen mit türkischen Kapitalisten: „Dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, stillliegende deutsche



Zypern: Spaltung vertieft – BRD wünscht NATO-Stützpunkte

Vermutlich wird noch einige Zeit vergehen, bis die genauen Absichten zu erkennen sind, die von imperialistischer Seite aus mit der „Unabhängigkeitserklärung“ des von türkischen Truppen besetzten und von türkisch sprechenden Zyprioten bewohnten Nordens der Republik Zypern verbunden sind. Einiges kann aber schon jetzt festgehalten werden.

Erstens: Die Imperialisten in Nato und EG waren keineswegs so „überrascht“ von der „Unabhängigkeitserklärung“, wie sie öffentlich behaupten.

Schon am 15.10. hatte die türkische Zeitung „Cumhuriyet“ den jetzigen „Präsidenten“ der „Republik Nord-Zypern“, Rauf Denktasch, während eines Besuchs in Ankara wie folgt zitiert: „Wir erachten es als notwendig, gewisse Maßnahmen zu ergreifen. Wir verlangen dabei vom Vaterland, daß es für uns Verständnis aufbringt. Der erste Artikel unserer Verfassung sieht im Norden von Zypern die Gründung einer Republik vor. Diese Republik wird die Republik von Nordzypern sein.“

Zweitens: Von seiten der Bundesregierung liegt bislang keinerlei Erklärung vor, die die „Unabhängigkeitserklärung“ des Nordteils Zyperns als völkerrechtswidrig oder als null und nichtig zurücklässt. Stattdessen hat die Bundesregierung gemeinsam mit anderen EG-Staaten offenbar von Griechenland geforderte Sanktionen gegen Nord-Zypern, der als Teil der Republik Zypern seit 1973 mit der EG as-

soziiert ist, verhindert. Das „Handelsblatt“ meldete am 23.11.: „Als erste Reaktion auf die Proklamation der Unabhängigkeit Nord-Zyperns hat die EG unter dem derzeitigen griechischen Vorsitz im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (der zehn Außenminister) in der letzten Woche Protest angemeldet. Athen wollte offenbar mehr ... Obwohl von Sanktionen die Rede war, scheint man sich nur darauf verständigt zu haben, ... daß die Regierungschefs (auf dem EG-Gipfel in Athen am 6.12., d. Verf.) ... Positionen beziehen können. Inzwischen genießen Einfuhren aus Nord- und Süd-Zypern in der EG weiterhin gleiche Zollfreiheit.“

Drittens: Die westdeutsche Presse äußert über die nun vertiefte und möglicherweise auf Dauer gelungene Spaltung der Republik Zypern offene Genugtuung. Das „Handelsblatt“ vom 17.11. deutet Möglichkeiten für neue Geschäfte mit dem Norden der Insel an: „Für die seit fast zehn Jahren von der Welt isolierten Türken Zyperns wogen wirtschaftliche Erwagungen zweifellos schwer. Internationale Hilfe für Zypern floß nur in den griechischen Teil ... Der Fremdenverkehr stagnierte als Folge des griechisch-zypriotischen Embargos gegen Häfen und Flughäfen im nördlichen Inselteil ... Durch die Unabhängigkeit hoffen die Zyperntürken nun offenbar, die Isolation durchbrechen und allmählich auch bilaterale Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen zu können.“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 17.11. schreibt, die Verurteilung der

„Unabhängigkeitserklärung“ durch die USA und Großbritannien habe in Wirklichkeit Griechenland von militärischen Aktionen abhalten sollen, äußert unverhohlenen Triumph über „Ein neues Kapitel auf Zypern“ und wünscht Stützpunkte der Nato auf der Insel. Die Regierung der Republik Zypern werde „gestützt“ auch von einer starken kommunistischen Partei. Die Beziehungen zur Dritten Welt, zum Ostblock und zur PLO wurden gepflegt“. Das müsse anders werden. Schon der britische Premier Disraeli habe betont, „daß Zypern nicht eine Insel vor der levantischen Küste ist, sondern eine Stufe auf dem Sprung nach Indien – was nun, in der Zeit des Lufttransports und auf andere östliche Räume bezogen, noch mehr gilt“. Zwar sei man auf der Insel schon militärisch präsent: „Großbritannien hat immer noch zwei Stützpunkte, exterritorial und unter seiner Souveränität, auf der Insel, und die Amerikaner sind mit den weißen Kuppeln ihrer Radarstationen auf dem Gipfel des Troddos-Gebirges auch noch sichtbar.“ Das seien aber keine Stützpunkte der Nato: „Erst wenn sich der Staub gelegt hat, wird man auch sehen, was der großzügig angelegte neue Flughafen in der Zentralebene dann den Amerikanern wert sein könnte: die Schwierigkeiten, die die Nato bezüglich der Gebiete jenseits ihres Vertragsterritoriums hat – zu dem auch Zypern nicht gehört – könnten durch Einrichtungen für die Schnellen Einsatzstreitkräfte der Amerikaner und ihrer Verbündeten etwas verminder werden.“ Was die FAZ ausdrücklich nicht erwähnt: Auf Nato-Stützpunkten auf Zypern hätte erstmals auch die BRD Zugriff. Schon jetzt üben Bundeswehreinheiten regelmäßig auf Kreta.

Produktionskapazitäten ... für zurückkehrende Gastarbeiter in die Türkei zu transferieren. Hierzu erklärte Herr Constantinescu (Salzgitter AG), daß die türkische Seite von der ... Forderung nach neuester Technologie ... z.B. im Braunkohlebergbau, abgenen und den Weg für einen Transfer der in Deutschland unrentablen, jedoch nicht mehr allerletzten Technologie ebnen solle. Dies sei u.a. aufgrund des niedrigeren Lohnniveaus in der Türkei ein vertretbarer und zumutbarer Weg.“ Salzgitter-Schrott für den türkischen Kohlebergbau! Wenn das keine Entwicklungshilfe ist! Wenn dann in der Türkei die Stollensicherung bricht, was soll's! Türkische Bergleute gibt's genug, und türkische Bergwerkunglücke auch. Da werden ein paar Unglücke mehr oder weniger gar nicht auffallen, das Geschäft dagegen wird großartig werden!

Auf dem gleichen Treffen sah Thierbach noch andere Möglichkeiten für westdeutsche Kapitalexporte in die Türkei: „Die Textil- und Massenstahlherstellung, auch der Schiffbau, sollten den Staaten überlassen bleiben, die dies ... billiger machen können“, verkündete er nach dem Bericht des Gene-

ralkonsulats den türkischen Kapitalisten. Gemeint ist: Solche Geschäfte sollen künftig auch in der Türkei erfolgen, unter westdeutschem Kommando, versteht sich. Ende September kündigte, ganz in diesem Sinne, Max Grundig an, er werde künftig in der Türkei „wie in Portugal ... Halbprodukte, Radio- und Schwarz-Weiß-Fernseher sowie weniger hochtechnisierte Geräte und Geräteteile für den Export bzw. Reimport in die Bundesrepublik Deutschland in Lizenz herstellen lassen“ (Bericht des Generalkonsulats Istanbul). Die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Militärjunta über ein Doppelbesteuerungsabkommen, das westdeutschen Kapitalisten künftig erlauben soll, in der Türkei gezahlte Steuern von der Steuerschuld in der BRD abzuziehen, stehen ebenfalls kurz vor dem Abschluß. Özals „Absicht, ausländisches Kapital noch stärker ins Land zu ziehen, besitzt deshalb durchaus Chancen“, frohlockt schon das „Handelsblatt“.

Schließlich haben die BRD-Imperialisten in den letzten Wochen ein Geschäft abgeschlossen, das ihnen für Jahre großartige Exporte in die Türkei und eine weiterhin steigende Verschul-

dung der Türkei bei westdeutschen Banken sichern wird. Am 7.11. kündigte Staatschef Evren an, die Türkei werden einen von drei Aufträgen für den Bau von Kernkraftwerken an die Siemens-Tochter KWU vergeben. Das neue Kernkraftwerk soll bei Mersin an der Südostküste der Türkei entstehen. Ebenfalls bei Mersin hat die Regierung kürzlich ihre erste „Freizone“ angekündigt, in der sich imperialistisches Kapital zoll- und weitgehend auch steuerfrei niederlassen kann. Der Strom aus dem Kraftwerk soll also vor allem an diese imperialistischen Firmen geliefert werden. Aber noch etwas ist an diesem Projekt bemerkenswert: Mersin liegt direkt in erdbebengefährdetem Gebiet. Das „Handelsblatt“, wohl wissend, was da alles an „Erdbebensicherungskosten“ auf die türkische Regierung zukommen wird, meldete bereits, das Kernkraftwerk solle „angeblich“ 900 Mio. DM kosten. Die Bundesregierung hat bereits für Kredite in Höhe von 1,4 Mrd. DM für dieses Projekt Bürgschaften übernommen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, Ausgaben seit 3.11.83; Türkei-Infodienst der Alternativen Türkeihilfe, Bielefeld, Ausgaben seit Mai 1983; Nachrichten für Außenhandel der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln (rül)



Lieder-/Schlagertexte

Der hartgesottene Nationalismus bleibt wohl doch Heino vorbehalten, aber . . .

Die „Neue Deutsche Welle“ scheint sich schon wieder ausgeplätschert zu haben. „Extrabreit“ singt die Hälfte seiner letzten Platte schon wieder englisch. Die deutsche Welle war von ihrer Aussage nicht einheitlich (vgl. Politische Beichte 10/82). Aber sie brachte auf jeden Fall, was man von einer *deutschen* Welle erwartet: „Stolz sein ist mir verboten, ich bin hier geboren, mich trifft keine Schuld.“ Die Gruppe, die solches sang und die ihre Hörer aufforderte „Dreh dich nach rechts, tanz den Adolf Hitler“ (DAF) hat sich aufgelöst.

Dies kann man von Heino und seiner Partnerin Lolita leider nicht behaupten. Sie begeben sich gerade wieder auf Deutschland-Tournee und werden ihre Deutschtumspflege nicht vor leeren Stuhlrängen betreiben.

Ein besonderer Kassenschlager – wenigstens für Udo Lindenberg – war in diesem Jahr die Pflege sozusagen des Deutsch-Deutschums. Das hätten die reaktionären Menschenrechts- und „Menschliche-Erleichterungs“-Politiker sicherlich nicht zu träumen gewagt: Der schnoddrige und (wenn auch stumpfe) Staatsverdrossenheit singende Udo brachte fertig, was ihnen mit ihren revanchistischen Reden nicht gelingt: viel und gern gehört zu werden.

Bei Lindenberg aber blieb es nicht. Die Zeitschrift Konkret sah sich im Juni (auf reichliches Material gestützt) veran-

laßt, eine „neue deutsche Ostwelle“ zu beklagen.

Nicht nur, daß die Jacob-Sisters auf Sächsisch eine Single füllten mit der Antwort auf Udo: „Wir sind die Techterchen vom Erich . . .“ Auch Reinhard Mey zeigt sich auf der LP „Die Zwölften“ plötzlich interessiert, statt immer nur in Paris auch mal „drüber“, genauer „in Dresden singen“ zu können. „Ich möchte so gern hören, daß die Lieder hier wie drüben klingen . . . Ein Lied würde das Eis wohl brechen“. Stendal, Meißen, Zittau und Küstrin – er kennt diese Städte leider nur dem Namen nach; was liegt da näher als eine Tournee!

Sein Ostlied hat dem Reinhard Mey nichts geholfen beim run in die Hitparade. Das Publikum hört lieber sein Lied, in dem er das Opfer einer Pressefalschmeldung zu Wort kommen läßt.

Irgendwie ist aus dem „ich möchte rüber, aber ich darf nicht“ die Luft raus – spätestens seit Udo Lindenberg, der Botschafter des „freien Westens“ nun doch „über“ durfte und eine Tournee, wie sie sich Reinhard Mey wünscht, vereinbart ist.

Da dürfte der andere Udo, um den es sehr ruhig geworden ist, mit seiner neuen LP „Udo Jürgens: Traumtänzer“ nun vollends zu spät gekommen sein: „Warum sind die Teiche aus Tränen so seicht? Warum ist die Elbe so tief wie das Meer? Warum steht ‚Betreten verboten‘ für mich am Tor

zum Gelände im Stacheldrahtzaun? . . . Bruder, warum bist du nicht mehr mein Bruder? . . . Mensch, laß doch wieder die Liebe ans Ruder zwischen Frankfurt an der Oder und Frankfurt am Main . . .“

Möglich, daß diejenigen Träger des weitverbreiteten Friedensschnells, die die Kriegstreiber überall, nur nicht in den Reihen der „heimischen“ herrschenden Klasse, sondern fern bei den beiden „Supermächten“ in unterschiedlicher Mengenzuweisung suchen, von einer deutsch-deutschen zu einer europäischen Gemütlichkeit forschreiten – möglich, daß diese Form des Nationalismus bald reichlichen Lieder-Niederschlag findet.

Die Gruppe „extrabreit“ besiegt sie bereits (auf englisch), das schöne, aber getretere und unglückliche Mädchen „Europa“: „Zwischen den beiden schwerbewaffneten Riesen liegt sie/ auf den Trümmern gewaltiger Kriege/ sie heißt Europa, l'Europe, Europa/ . . . Ich merke, sie ist schön, aber blind/ amerikanisches Essen in meinem Magen, Berlin auf meiner Seele/ Sonntags bin ich etwas nervös in Europa/ Und in Paris und Rom und Warschau und Köln/ tanzen wir nach dieser romantischen Musik . . .“ Bilder: Lindenberg in Ostberlin; D.T. Heck mit Schirmherr Bernhard Vogel beim „Fest des Deutschen Schlagers“ in Ludwigshafen.

Quellenhinweis: Konkret 6/83; extrabreit: Europa, Metronome 1983; Udo Jürgens: Traumtänzer, Ariola, Herbst 1983 · (hti)

Schwarzes Dreieck, Kräuselhaare

Das Stilmittel der Fiktion erlaubt einem Autor, durch systematische Änderung der naturgesetzlichen, technischen oder auch rein gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Aufmerksamkeit seines Leser aus ungewohntem Blickwinkel aufs Heutige oder auch auf geschichtliche Vorgänge zu richten. In seinem neuesten Roman, wie der erste (Die Enkel der Raketenbauer) eine sogenannte Nach-Katastrophe-Geschichte, hat sich der Zauner entwickelt; von einem kritischen Ökologen – ja zu was nun? Die ausgewählte Katastrophe besteht wesentlich in einer Seuche, die von der Menschheit nur die schwarze Spielart übrigläßt, die dann, hauptsächlich in Afrika, eine Kultur errichtet, die a.) auf der Sonnenenergie und b.) auf Eigenschaften, die Zauner der schwarzen Rasse zuschreibt, begründet ist. Die von Zauner beschriebenen Neger sind wie aus „Vom Winde verweht“ entsprungen: musikalisch, insbesondere rhythmusmäßig, feiern gern und lassen dann alle fünf gerade sein, haben eine lockere Arbeits- und Sexualmoral, (speziell die (innen)) und mögen Rauschmittel. Als Verunglückte einer Expedition auf weiße Frauen treffen, reagieren sie so: „Unwiderstehlich wurden ihre Blicke immer wieder auf das schwarze Dreieck der Kräuselhaare gelenkt, das sich wie ein aufreizendes Signal von der weißen Haut abhob.“ Der subtile Rassismus der Gesamtkonstruktion des Drecksdings kommt ohne Rückgriffe auf klotzgroße Vorurteile eben nicht aus.

Georg Zauner, *Der verbotene Kontinent*, Heyne 4025, 5,80 DM – (maf)

Bekenntnisse einer schnöden Seele

„Ich war der Märchenprinz“, teilt Arne Piewitz jedem, der es nicht wissen will, schon auf dem Titel seines Buches mit, mit dem er Svende Merians Bestseller „Der Tod des Märchenprinzen“ parodierte. Nahm sie an, sie könne dem politischen Selbstbewußtsein der Frauen mit detailgetreuen Schilderungen einer schiefliegenden Liebesbeziehung aufhelfen und wandte sie sich damit an ein Publikum, dessen Interesse sich in der Erkämpfung der vollständigen bürgerlichen Gleichberechtigung erschöpfte, so war das alles weit besser als dies. Piewitz wendet sich an Leser, deren Gelüste

durch Klatsch über das Intimleben öffentlich bekannter Personen gereizt werden. Während S. Merian sich immerhin mit dem Problem plagt, wie zwei Menschen ohne gegenseitige Unterdrückung zusammenleben können, fällt ihm nichts anderes ein, als ihre Produkte lächerlich zu machen, damit er sich nicht zu ändern braucht. Die Darstellungsform übernimmt er, tagebuchartige Berichte, vermischt mit Gedichten. Schreibt S. Merian „die woge/ die uns heute nach fortriß/ wirft uns am morgen/ an den strand“, worin sie sich bemüht, wenn auch mit gängigen Naturbildern, ein gemeinsames Erlebnis und trübe Aussichten für die Zukunft auszudrücken, so kontert er, sie persönlich herabsetzend, „die gans/ die uns heute nacht anmacht/ wirft uns am morgen/ aus dem haus“. Durch Wühlen in ihren Manuskripten hat er erkannt, sie sei eine „Dichterin, Fachgebiet neueste deutsche Innerlichkeit, Abteilung Lore-Roman“. Sich damit auseinanderzusetzen, fällt ihm nicht ein. Seine Innerlichkeit geht durch den Magen. Ihm erscheint sie „appetitlich wie ein dotterfrisches Landei“. Um das Innere seines Kopfes zu bespiegeln, zitiert er seitenslang Robert Musil, ohne den Leser aufzuklären. Die „linke Frau“, die per Anzeige „unmännliche Männer, gerne jünger“ suchte und mit der er sein Ansehen in liberalen Kneipenkreisen aufpolieren wollte, bekommt seiner Eitelkeit nicht. „Vielleicht trifft sie ja mal jemanden, der sie sich zurechtbiegt“, hofft er und annonierte Appetit auf „weibliche Frauen, gerne jünger“.

Arne Piewitz, Ich war der Märchenprinz, Buntbuch, 9,80 DM - (anl)

„Rockszene DDR“

„Rock in der DDR bleibt eine Musik aus zweiter Hand.“ „Inspiriert von außen, beflügelt von unten, dirigiert von oben.“ Mit diesen beiden Sätzen aus dem Schlussabschnitt von Olaf Leitners (Musikredakteur RIAS Berlin) 500-Seiten-Wälzer „Rockszene DDR“ ist die Essenz des mit westlicher Ignoranz aufräumenden Buches mitgeteilt.

O.L. gibt sich liberal. Da werden auch die „guten“ Seiten der DDR-Kulturpolitik aufgezeigt, z.B. daß die Künstler in der DDR materiell in erheblichem Maße unterstützt und solide ausgebildet werden. Dahinter stehe allerdings die

gar schändliche Absicht, kontrollieren zu wollen, was mit dem zur Verfügung gestellten Geld geschieht. Nach diesem Muster handelt O.L. Kapitel für Kapitel ab, wiederholt sich ständig, zitiert Verlautbarungen der DDR, um sie durch nicht belegte Zitate aus irgendwelchen Interviews mit ausgesiedelten Ex-DDR-Künstlern zu widerlegen und ausführlich mit der eigenen, ermündenden Meinung zu schmücken. Über die eigentliche Rockszene erfährt man sehr wenig, und die Beschreibung der Musik ist fast völlig ausgespart, weil diese zuviel Fachterminologie voraussetzt. Texte werden nur wenige und wenn, dann aus den letzten Jahren zitiert. Die DDR-Musik der sechziger Jahre wird abgeurteilt, ohne daß auch nur eine Zeile davon dem Leser zur Urteilsbildung überlassen würde. Man erfährt nur, daß es eine Singebewegung geben haben muß, deren Einflüsse heute noch im „liedhaften“ Rock der DDR zu spüren seien.

Worin liegen nun die schätzenswerten Seiten des DDR-Rock? Nun: vor allem darin, daß der DDR-Rock in zwei Lager geteilt sei, das Realismus-Lager der Profis und das Mystizismus-Lager der Amateure und Kritiker. Ferner sei die Sprache der Freizeit hüben wie drüben die gleiche. Hier wie dort gebe es Rockrandale. Diese Dinge garantierten die „Einheit der Nation“, überwanden die Weltgrenze zweier Ideologien etc.

Hätten die „von drüben“ die gleiche Souveränität wie z.B. Udo Lindenberg, der ausführlich zitiert wird, offiziell Kritik am eigenen System zu üben, dies erwarte das Publikum der „einheitlichen Kulturnation“ nämlich, hätte O.L. ein „anderes Buch“ geschrieben und dem DDR-Rock die Einmaligkeit an „emotionalem Output“, wodurch „echter“ Rock nun mal definiert sei, sicher zugestanden. Völlig unerklärlich bleibt schließlich, daß trotz der „unfähigen“ Kulturbürokratie der DDR, ohne die nichts geht, die DDR-Rocker der achtziger Jahre nicht nur zu einer Sprachbeherrschung wie hierzulande unüblich, sondern auch zu „hohem technischem Können“, „kompositorischen Fähigkeiten“ etc. sowie Millionenauflagen („Karat“) in der BRD und anderen westlichen Ländern kommen.

Olaf Leitner, Rockszene DDR. Aspekte einer Massenkultur im Sozialismus, tororo TB 7646, 19.80 · (gar)

CDU-Propaganda

Entlastung der Faschisten durch Beschuldigung der Pazifisten

„Besonders deutlich sind die politischen Folgen pazifistischer Strömungen am Verhalten Englands und Frankreichs in den dreißiger Jahren gegenüber der Expansionspolitik Hitlers erkennbar. Der Pazifismus der dreißiger Jahre hat die Entschlossenheit der westlichen Demokratien, der nationalsozialistischen Diktatur entgegenzutreten, gelähmt und trägt daher ungewollt Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.“ So die CDU in der Broschüre „Gibt es Frieden ohne Freiheit?“.

Der Zweck der CDU-Propaganda liegt allein darin, die Kriegsschuld des Hitlerfaschismus zu leugnen, sie auf die Antifaschisten und auf die Sowjet-Union, die am meisten zur Niederlage der Faschisten beigetragen hatte, abzuwälzen. Zu diesem Zweck wird der Unterschied zwischen der Gegnerschaft gegen den imperialistischen Krieg und der sogenannten „Beschwichtigungspolitik“ absichtsvoll verwischt. Die Politik z.B. der damals größten Kolonialmacht Großbritannien war keinesfalls „pazifistisch“ oder „zahnlos“, sondern auf Erhaltung des eigenen Kolonialreiches, auf Abmachungen mit dem faschistischen Deutschen Reich gerichtet. Sie zielte auf die Vernichtung der Sowjet-Union. Die britischen Imperialisten hatten z.B. alle Hände voll zu tun, Befreiungsbewegungen wie in Ägypten, in Palästina, Indien und Persien zu unterdrücken. Die Hauptmacht ihrer Landstreitkräfte in Europa, drei Divisionen, war zur Unterdrückung des irischen Befreiungskampfes eingesetzt. Weiterhin: Verfügten das Deutsche Reich und Italien Anfang 1938 zwar über 82 Divisionen an Landstreitkräften und standen diesen 17 der Westmächte und 17 der Sowjet-Union gegenüber, hätten aber 90 Tage nach einer Mobilisierung – nach amtlichen britischen Schätzungen – 124 deutschen und italienischen Divisionen 77 französische, belgische und britische, sowie 125 sowjetische gegenübergestanden. Eine Koalition der „Westmächte“ und der Sowjet-Union hätte auch eine Überlegenheit der Luft- und Seestreitkräfte ergeben.(2)

Nach der faschistischen Machtergreifung und unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg unternahm die Sowjet-Union diplomatische Vorstöße zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, die jeweils an Großbritannien scheiterten. Kern dieser Vorstöße waren der Beitritt der UdSSR zum Völkerbund und der Abschluß eines regionalen europäischen Abkommens über den gegenseitigen Schutz vor einer Aggression von seiten Deutschlands. Während Großbritannien z.B. nur zum Schein sich bereiterklärte, einem Pakt beizutreten, dies von dem Beitritt des Deutschen Reiches abhängig machte und vorher von Frankreich die Aufnahme von Rüstungsverhandlungen forderte, gelang es der UdSSR am 2. Mai 1935, mit Frankreich einen Beistandspakt zu beschließen. Trotz aller Mängel des Vertrages war dies ein außenpolitischer Erfolg der Sowjet-Union.

Unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei schlug die Sowjet-Union am 13.3.1939 Großbritannien und Frankreich erneut einen Beistandspakt vor, der vorsah, daß sich die beteiligten Staaten für „die Dauer von fünf bis zehn Jahren im Falle einer Aggression in Europa gegen einen beliebigen der vertragschließenden Staaten unverzüglich jegliche Hilfe einschließlich militärischer zu erweisen.“ Des weiteren enthielt der Entwurf die Verpflichtung, unverzüglich eine Militärkonvention über Art und Ausmaß der militärischen Hilfe im Falle eines Angriffs zu erarbeiten. Die baltischen Staaten sollten in die Garantie mit einbezogen werden. Der Gegenvorschlag der britischen Regierung verlangte von der Sowjet-Union eine einseitige Garantieerklärung für Großbritannien und Frankreich, verpflichtete diese aber praktisch zu nichts. Insbesondere weigerten sich die „Westmächte“ hartnäckig, die nordwestlichen Grenzen der Sowjet-Union zu garantieren, was nur als eine Einladung an die Faschisten zum Überfall auf die Sowjet-Union verstanden werden konnte. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußte sich Großbritannien dann doch bereiterklären, in Verhandlungen mit der Sowjet-Union und Frankreich einzutreten. Mit allen erdenklichen Mitteln wurden diese Verhandlungen verzögert. Der Delegation wurde vorgeschrieben, die Frage des Durchmarsches sowjetischer Truppen durch Polen und Rumänien nicht zu besprechen, obwohl dies für die Wirksamkeit des Vertrages entscheidend war. Die britische Regierung hielt es „nicht für wünschenswert, ir-

gendeine konkrete Verpflichtung zu übernehmen, die geeignet wäre, (ihr) die Hände zu binden.“(1)

Zugleich führte Großbritannien seit dem 13.7. 1939 Geheimverhandlungen mit dem Deutschen Reich. Ziel war der Abschluß eines Nichtangriffs- und eines *Nichteinmischungspaktes*. Staatssekretär Hudson verkündete dem deutschen Botschaftsmitglied Wohlthat, „daß es noch drei große Gebiete auf der Welt gäbe, in denen Deutschland und England weitgehende Betätigungsmöglichkeiten finden würden: Das englische Imperium, China und Rußland.“ Der britische Labour-Politiker Buxton bot laut eigenem Brief einem Mitarbeiter des „Büros Ribbentrops“, Hetzler, an, „Osteuropa als natürlichen Lebensraum Deutschlands anzuerkennen“, die koloniale Frage zu regeln und auf alle sogenannten „Einkreisungs-Bündnisse“ in Osteuropa zu verzichten. (1)

Nachdem der Vertreter der britischen Regierung die Verhandlungen abbrach und nachdem die Sowjet-Union in Asien in einen Krieg seitens Japan verwickelt wurde, schloß sie ihrerseits einen Nichtangriffspakt mit dem deutschen Reich.

Kompensierung jener Schwächen vermittels einiger Millionen Bundeswehr-Soldaten bzw. Reservisten setzt und damit auf ihrer eigene (angenommene) Fähigkeit zum „Erobern und Halten“-Können. Die hiermit beginnende Artikel-Serie zu o.a. Thematik ist daher in der Absicht verfaßt, einen Beitrag zu leisten zur Durchkreuzung dieser Absichten der Verwandlung von Kampfergebnissen der US-Arbeiterbewegung bzw. -Soldatenbewegung in objektive politisch-militärische Reserven westdeutscher Expansionsabsichten:

Bei ihren Versuchen der Niederschlagung von Streiks haben die US-Kapitalisten sich in der Regel auf die folgenden bewaffneten Formationen gestützt: Privateinheiten (Kosaken), kommunale Miliz bzw. Polizei, Polizei-Einheiten der Bundesstaaten, Nationalgarde (ungefähr vergleichbar der Heimatschutztruppe dem Bundesgrenzschutz) sowie Einheiten der regulären US-Armee. In einer Ende der 60er Jahre veröffentlichten Untersuchung (H.D. Graham/T.R. Gurr – *The History of Violence in America* (Die Geschichte der Gewalt in Amerika), New York 1969, S. 380) resümieren die Autoren für den damals vorausgegangenen Zeitraum bis zurück in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts insgesamt „160 Anlässe, bei denen Staats- und Bundesstruppen in Arbeitskonflikte eingegriffen haben“ – also pro Jahr ein bis zweimal. Im Jahre 1877, also zu Beginn des in diesem Beitrag zur Rede stehenden Zeitraums, mußte die US-Bundesregierung ihre Truppen sowohl zur Bekämpfung bzw. Ausrottung der letzten noch rebellierenden indianischen Nationen einsetzen wie auch zur Niedermetzlung des sogenannten „Großen Aufstands“ der Eisenbahnarbeiter. Wenngleich es in der diesbezüglichen Literatur (1) unterschiedliche Angaben über die infolge des Einsatzes jener bewaffneten Formationen ums Leben gekommenen Arbeiter oder anderer Beteiligter gibt, so läßt sich doch folgende Chronologie der Mindestzahlen von getöteten Streitteilnehmern zusammenstellen:

1877 (v.a. Eisenbahnarbeiterstreiks) 100 Tote; 1886 (v.a. Eisenbahnarbeiterstreiks) 15 Tote – darunter 4 Hinrichtungen; 1892 (v.a. Metallarbeiterstreiks) 9 Tote; 1894 (v.a. Bergarbeiter- und Eisenbahnarbeiterstreiks) 39 Tote; 1916 (v.a. Stahlarbeiterstreiks) 5 Tote; 1920 (v.a. Bergarbeiterstreiks) 11 Tote – außerdem 350 „Hochverrats“-Anklagen; 1922 (v.a. Bergarbeiterstreiks) 2 Tote; 1934 gab es eine unbekannte Anzahl von Toten beim Hafenarbeiterstreik, sodann 2 Tote plus Verhängung des Kriegsrechts über Minneapolis beim Transportarbeiterstreik sowie außerdem 10 Tote plus Massenverhaftungen bzw. Inhaftierungen „in ein Konzentrationslager“ beim Textilarbeiterstreik.

Während des 1. Weltkriegs verzichtete die US-Arbeiterbewegung keineswegs auf Kämpfe zur Durchsetzung ihrer Interessen: Im Gegenteil, in den Jahren 1916 – 1918 wurden mehr als doppelt so viele Streiks wie 1915 durchgeführt. Und selbst in jener Zeit der Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter das Kriegsrecht mußte die US-Bundesregierung wieder und wieder Truppen zur Brechung von Arbeitsniederlegungen etc. einsetzen. Die in der oben zusammengestellten Chronologie benannte Anzahl der erschossenen Streitteilnehmer oder anderer Beteiligter wäre sicherlich wesentlich höher ausgefallen, wenn nicht erstens regelrecht militärisch organisierte bzw. durchgeführte Bekämpfung dieser Truppen (nach dem 1. Weltkrieg z.B. gestützt auf „Veteranen“ aus den Reihen der Arbeiter selbst) stattgefunden hätte und zweitens in Verbindung damit intensive Zersetzungarbeit gegenüber den bewaffneten Formationen betrieben worden wäre. Die in der Arbeiterbewegung vorhandenen Widerstände gegen eine Rekrutierung in die US-Armee sowie ihre diesbezügliche Zersetzungarbeit sollten daher durch eine entsprechende Handhabe während des 1. Weltkriegs unterbunden werden:

Das bereits 1917 erlassene und im Mai 1918 schärfer zugeschliffene „Anti-Spionage-Gesetz“ drohte jedem bis zu 20 Jahren Zuchthaus-Infhaftierung an, „der willentlich zu Ungehorsam, Untreue, Meuterei oder Befehlsverweigerung aufruft bzw. diese hervorruft ... oder der willentlich die Rekrutierung oder den Einberufungs-Dienst behindert.“ (2)

In den 1. Weltkrieg hat die US-Monopolbourgeoisie erst spät eingegriffen, nämlich ab dem Frühjahr 1917 – und zwar zunächst mit einem kleinen Expeditionskorps. In gewisser Hinsicht entsprach dies noch ganz der Art, in der während des sogenannten „Spanisch-Amerikanischen Krieges“ (1898) in Cuba bzw. wenig später auf den Philippinen bzw. Guam und Puerto Rico sowie anschließend auf der Panama-Landenge (1903) und später in Haiti (1914) die auswärtige „Verteidigung (der Lebensinteressen) der USA“ betrieben wurde. Aber die tatsächliche bzw. erfolgreiche Schwächung bzw. Niederwerfung der reichsdeutschen Konkurrenten bedingte die erstmalige Aufstellung einer ungefähr zwei Mio. Wehrpflichtige umfassenden *Expeditions-Armee*. In Anbe-

1877 – 1934

USA: Militärpolitik und Arbeiter- und Soldatenbewegung (I)

In letzter Zeit ist verschiedentlich hervorgehoben worden, daß vermittels der neuen US-Mittelstrecken-Raketen sowie der Marschflugkörper und einiger anderer Waffensysteme etc. ein atomarer „Enthauptungs-Schlag“ gegen die UdSSR geführt werden könne und daß dies beabsichtigt und möglich sei. Einerseits ist absolut gewiß, daß es sich hierbei um verwegene Wünsche handelt – insofern nämlich die „Enthauptung“ das Problem der tatsächlichen Inbesitznahme des „Rumpfes“ offen läßt. Und dazu braucht es lebendige Menschen, d.h. *Soldaten*; und zwar viele und vor allem willige Soldaten, die sich jedoch der Masse nach aus der Arbeiterbevölkerung rekrutieren und die daher mit dem Zwang zum Anziehen des Kampfanzugs keineswegs *ihre sozialen bzw. politischen (Klassen)-Interessen* ausziehen. Aber gerade im Hinblick auf diese historisch belegte Wahrheit kann andererseits bereits jetzt ein tatsächlicher „Enthauptungs-Erfolg“ ideologisch-politischer Art konstatiert werden. D.h. eine nicht unbedeutliche Anzahl von Hirnen (in der BRD) ist durch die ausschließliche Fixierung auf jene atomaren Waffen und ihre angenommene Wirkung vom *sozialen Denken zum Volksdenken* übergewechselt. Das ist gewissermaßen der inländische ideologisch-politische „Enthauptungs“-Erfolg, den die Betreiber der derzeitigen imperialistischen Kriegsvorbereitungen für sich verbuchen können. Der andere Erfolg besteht darin, daß die *völkisch bestimmte Überschätzung atomarer Waffen* bzw. der (unter anderem) darauf gestützten (US)-Militärpolitik in denselben Hirnen stets verkoppelt ist mit einer *chauvinistisch bestimmten Unterschätzung bzw. Geringsschätzung* (vor allem) der *US-amerikanischen Arbeiter- und Soldatenbewegung*.

Dieser andere Erfolg der bereits jetzt konstatierbaren ideologisch-politisch geglückten „Enthauptung“ hat zur Folge, daß die militärpolitische Lage der *US-Monopolbourgeoisie* nicht als das erkannt wird, was sie in Wahrheit ist: nämlich der Versuch eines Ritts auf dem Vulkan. Hinsichtlich der Streitkräfte bzw. der Waffengattungen und ihrer jeweiligen militärtechnischen Zurüstung kommt dieser Ritt auf dem Vulkan konkret darin zum Ausdruck, daß die historisch erwiesene Unzuverlässigkeit US-amerikanischer Wehrpflichtigen-Heere durch Stützung auf Spezial-Formationen und Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Militärtechnologie zu kompensieren versucht wird. Es kann bereits an dieser Stelle – im Vorgriff auf die demnächst folgende Behandlung der US-Militärpolitik nach 1945 – festgestellt werden, daß die politische und militärische Führung der westdeutschen Monopolbourgeoisie (mehr oder minder freimütig) von Anbeginn die eigentümlichen Schwächen der US-Monopolbourgeoisie hinsichtlich ihrer tatsächlichen Fähigkeit zu imperialistischer Kriegsführung untersucht, erörtert und ins eigene strategische Kalkül einbezogen hat. Diese offenkundigen Schwächen sind letztlich ein Ergebnis der Kämpfe der US-amerikanischen Arbeiter- und Soldatenbewegung. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie hofft im Zuge eines NATO-Krieges gegen den Warschauer Pakt aus diesem Ergebnis insofern politisch-militärisches Kapital zu schlagen, als sie auf die

tracht der geographischen Tatsache, daß die USA weitgehend durch den Pazifik, die Karibik und den Atlantik vor äußeren Angriffen geschützt sind, entwickelte sich die Herstellung eines nationalen Konsenses in Sachen „Verteidigung der USA“ zu einem mühseligen Geschäft für die seinerzeitige Regierung des Präsidenten W. Wilson: Denn nicht nur große Teile der Arbeiterbewegung standen quer zum grenz- (und das hieß: Atlantik-) überschreitenden Patriotismus; sondern auch eine starke Fraktion der US-Monopolbourgeoisie äußerte Zweifel am Erfolg der auswärtigen Intervention und fürchtete den Bürgerkrieg und die Revolution als Folgen eines Mißerfolgs – sie pochte daher auf „Bescheidung auf die USA“ (bzw. Nord-, Mittel- und Südamerika). Wenngleich die Versenkung von US-Schiffen bzw. britischen mit US-Passagieren durch reichsdeutsche U-Boote den schließlichen Aufhänger lieferte für patriotische Anhangsbildung bzw. Entsendung jener ca. 2 Mio. Mann umfassenden US-Armee nach Europa (Sommer 1918), so war doch zögerliches und abwartendes Herantasten an diese auswärtige Intervention und schnelle Beendigung und Rückführung der Truppen (nach bereits 9 Monaten) der Fall.

Die Furcht vor den ideologisch-politischen Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution (sowie der nachfolgenden revolutionären Erhebungen z.B. im Deutschen Reich) auf die US-Wehrpflichtigen ist ganz sicher ein wesentlicher Grund hierfür gewesen – ein gewisser Beleg ist in der folgenden Passage aus dem Bericht einer Untersuchungskommission (einer damaligen internationalen kirchlichen Vereinigung) über den Stahlarbeiterstreik von 1919 gegeben: Die US-amerikanischen Arbeiter „glaubten, daß die russische Revolution ein wahrscheinlich blutiges Geschäft war und daß die Bolschewiken gefährliche Leute sind. Und doch ist für sie die russische Regierung eine Regierung der Arbeiter; und sie hat sich gehalten. Zwei Jahre lang haben die Zeitungen immer wieder den Fall der russischen Republik vorhergesagt; daß sie nicht gefallen ist, erfüllt sogar die Arbeiter der Vereinigten Staaten mit Klassenstolz.“ (3) Diese Ausführungen sind sicherlich nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß in demselben Jahr 1919 die in der Metallarbeitergewerkschaft zusammenge schlossenen Dock- bzw. Werftarbeiter der am Pazifik gelegenen Stadt Seattle einen „Soldaten-, Matrosen- und Arbeiterrat“ gründeten; und wenn man weiterhin bedenkt, daß sich im Herbst 1919 „die Hafenarbeiter von

Seattle (weigerten), Schiffe mit Waffen und Munition zu beladen, die an Admiral Kolchak, den Führer der Konterrevolution in Sibirien, gehen sollten.“ (3). Dabei ist zweierlei bedeutsam: Zum einen die Aufstellung der „Labor War Veteran's Guard“ (d.h. eine *bewaffnete Arbeitermiliz* bestehend aus Weltkriegs-Veteranen) im Zusammenhang mit der Ausrufung des Generalstreiks in Seattle am 6.2.1919 (dieser brach wenig später unter dem Druck des Einmarsches von Regierungstruppen und fehlender gewerkschaftlicher Unterstützung von außerhalb Seattles zusammen). Zum andern ist die äußerste Vorsicht und reichliche Zurückhaltung des Oberkommandos der US-Armee hinsichtlich des Einsatzes seines Interventionskorps (14000 Mann) in Archangelsk, Murmansk und Wladiwostok von Bedeutung (von 1918 bis Anfang 1920): Aus einer Mitteilung an die Regierungen der übrigen Interventions-Staaten geht indirekt die äußerste Besorgnis um die *innere Entwicklung in den USA* hervor, insofern ausdrücklich eingestanden wird, daß man „nicht in der Lage sei, an einer organisierten Intervention teilzunehmen, und daß man auch nicht erwarten könne, in (nächster Zukunft) in eine solche Lage zu kommen.“ (4)

In der weiteren *Zwischenkriegszeit* wurden sowohl in den 20er wie auch in den 30er Jahren immer wieder Regierungstruppen zwecks Niederschlagung von Streikkämpfen eingesetzt. Die umfangreichste Mobilisierung für jenen Zweck fand gegen den *Textilarbeiterstreik des Jahres 1934* statt: Dieser Streik währte ungefähr zwei Wochen und wurde gleichzeitig in neun Bundesstaaten durchgeführt. In fast allen Bundesstaaten konnten sich die Kapitalisten auf die von den jeweiligen Gouverneuren angeforderten Bundesstruppen stützen – in Süd-Carolina z.B. wurden insgesamt 15000 Hilfssheriffs durch eine Armee von 10000 Soldaten verstärkt –, sowie auf die in einigen Fällen erfolgte Verhängung des Ausnahmezustands. Es ist klar, daß dieser direkte bzw. umfangreiche Einsatz der US-Armee gegen die US-Arbeiterbewegung erhebliche ideologisch-politische Folgen (v.a. im Hinblick auf die spätere US-Intervention in den 2. Weltkrieg) hatte – dies soll im Teil II. dieser Serie behandelt werden.

(1) J. Brecher, Streiks und Arbeiterrevolten – Amerikanische Arbeiterbewegung 1877 – 1970; Frankfurt/M. 1975; L. Adamic, Dynamit – Geschichte des Klassenkampfes in den USA (1880 – 1930). Trikont 1974; De Guérin, Die amerikanische Arbeiterbewegung 1867 – 1967, Frankfurt/M. 1970; (2) H.F. Commager, Documents of American History (Vol. II ab 1898), New Jersey/USA 1973, S. 145/46 (eig. Übersetzung); (3) J. Brecher, S. 98, 99 ff.; (4) Documents, S. 149 – 151 (eig. Übersetzung) – (huh)

Kohlezeichnungen



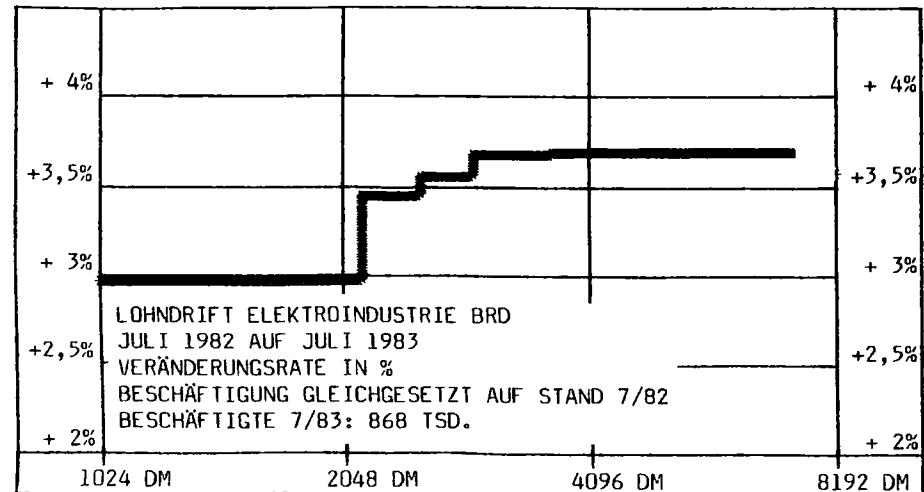
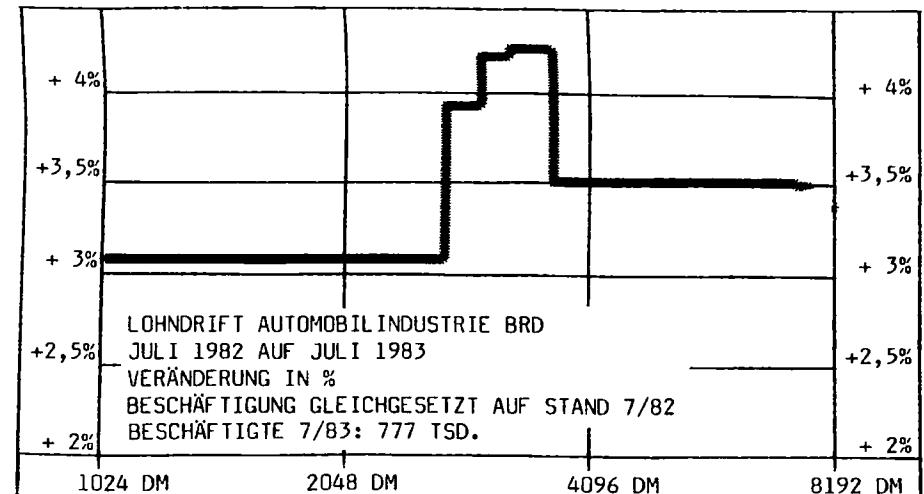
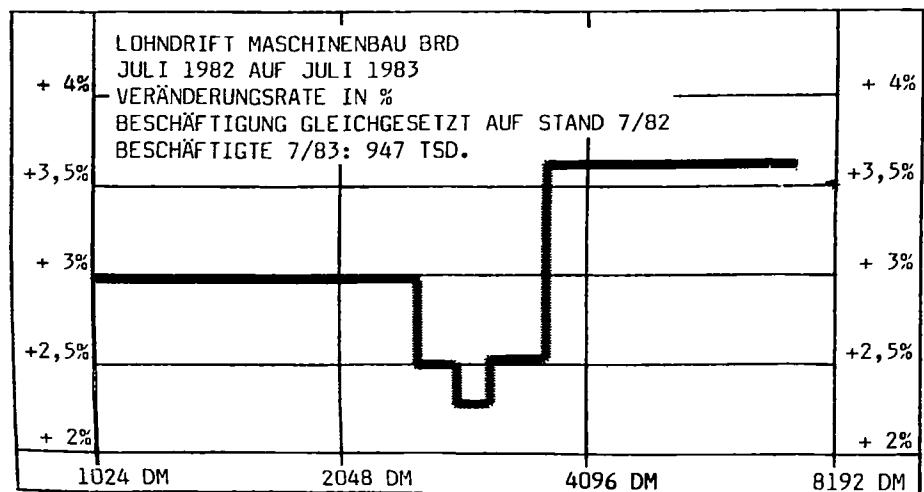
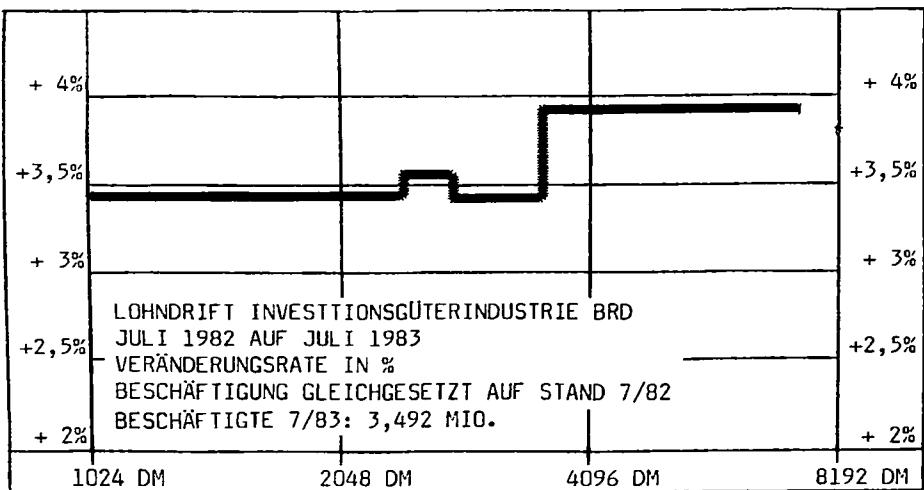
Verkäufer auf dem Göttinger Wochenmarkt, pes, Göttingen, 1983

LOHNDRIFT UND BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG METALLINDUSTRIE

In den Schaubildern links ist der Lohndrift, d.h. die prozentuale Veränderung der Effektivlöhne in den verschiedenen Lohnzonen im Zeitraum von Juli 1982 auf Juli 1983 für die metallverarbeitende Industrie BRD dargestellt. In den Schaubildern rechts die Beschäftigungsentwicklung in demselben Zeitraum. Den Untersuchungen liegen die vierteljährlichen Effektivlohnherhebungen der öffentlichen Statistik zugrunde. Die in den Statistiken aufgeführte Investitionsgüterindustrie entspricht der metallverarbeitenden Industrie, die von den Tarifen der IG Metall erfaßt wird. Maschinenbau, Fahrzeugbau und Elektroindustrie sind die wichtigsten Zweige der Metallverarbeitung mit zusammen 2,6 Mio. von insgesamt 3,5 Mio. Beschäftigten in der Metallverarbeitung.

Zur Berechnung des Lohndrifts wurde die Beschäftigung in den Lohnklassen gleichgesetzt auf den Bezugsmonat 7/1982, um die Bewegung der Effektivlöhne rein, d.h. ohne Einfluß der veränderten Beschäftigung in den verschiedenen Lohnklassen zu ermitteln. Zur Untersuchung der Beschäftigungsentwicklung in den 12 Monaten wurden die Löhne gleichgesetzt, ebenfalls auf den Bezugsmonat 7/82.

Für die Entwicklung des Lohndrifts ergibt sich: Die Kapitalisten haben die Senkung der Reallöhne und -gehälter auf breiter Front durchgeführt. Zwar ist der Effektivlohnrdift in den Lohnzonen über 3500 DM, also bei den höheren Angestellten, dem Aufsichtspersonal, dem technischen Personal immer noch höher als für die Masse der Arbeiter, aber nur noch hinter dem Komma. Die Zeiten, daß die Kapitalisten in den hohen Gehaltzzonen kräftig drauflegten, sind wohl vorbei. Deutlich erkennbar außerdem: Es ist der IG Metall und den Betriebsräten in keiner Branche mehr gelungen, eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen durchzusetzen. Schlimmer noch: Mit Ausnahme der Automobilindustrie liegt in allen Branchen der Effektivlohnrdift in den unteren Lohnzonen unter dem schlechten Tarifabschluß von 1983, 3,2%. Das heißt, die Kapitalisten haben die Niederlage der letzten Lohnbewegung gleich genutzt und die volle Anrechnung der Tariferhöhung auf die Effektivlöhne verhindert.



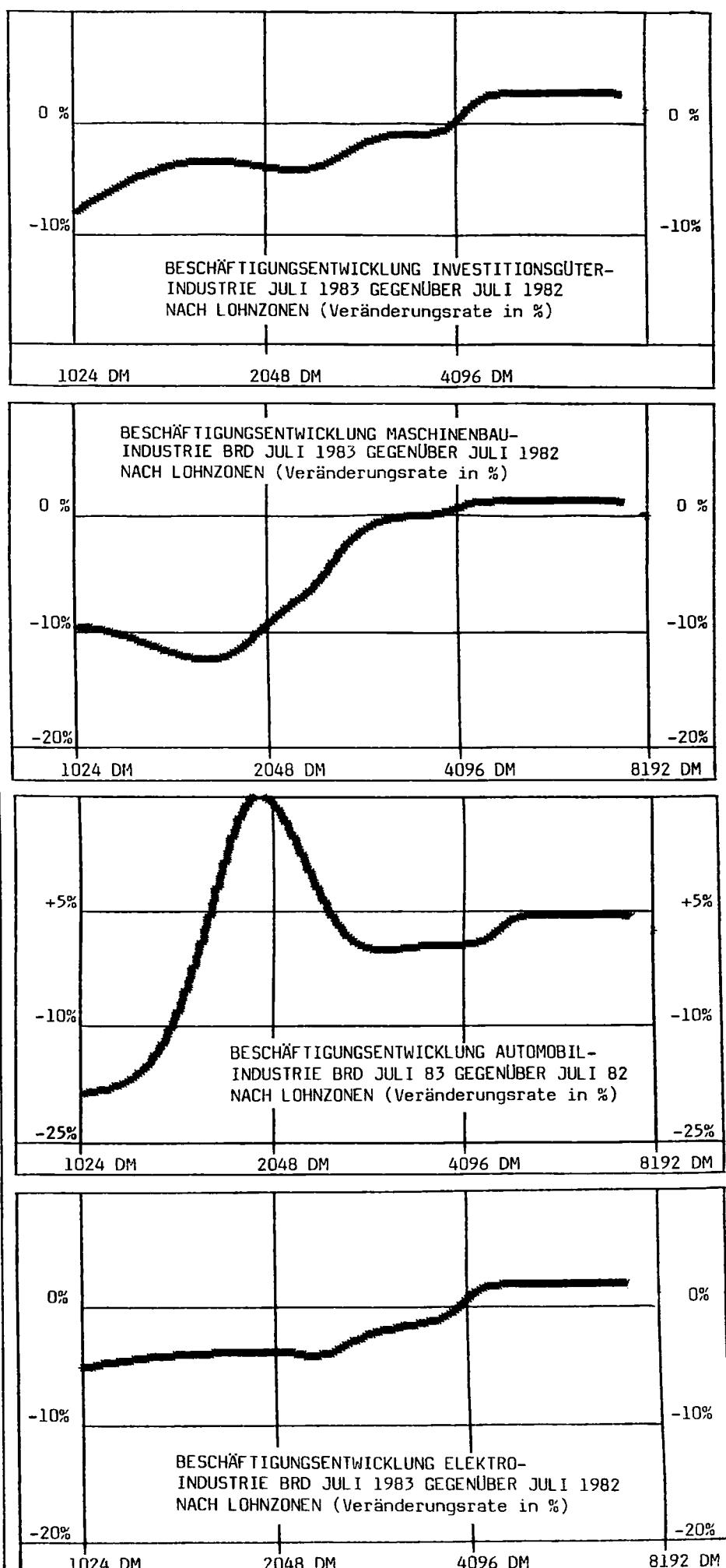
Die tatsächlich stattgefundenen Lohnsenkungen gehen aus den Darstellungen nicht hervor. In dem Zeitraum stieg der Index der Lebenshaltungskosten um 2,5%. Durch Preissteigerungen, wachsende Steuer- und Abzugslast auf Löhne und Gehälter hat ein erheblicher Einbruch in den Reallöhnen stattgefunden.

Die Betrachtung der einzelnen Branchen ergibt einige Besonderheiten: 1. In der Maschinenbauindustrie, wo die Kapitalisten von 1982 auf 1983 über 50000 Beschäftigte entließen, konnten sie im Bereich der Facharbeiterlöhne und bei den mittleren Angestellten besonders die Löhne drücken. Dadurch wurde die Masse der Beschäftigten getroffen, deren Löhne bzw. Gehälter im Bereich zwischen 2500 und 3000 DM liegen. Die Absicht ist eindeutig: Die massiven Lohnsenkungen begleiten die Umwälzung des Produktionsapparates im Maschinenbau, die Einführung von CNC-Maschinen und erzwingen die Schichtarbeit, die die profitable Verwertung dieser Maschinen ermöglicht. Von den Entlassungen im Maschinenbau sind vor allem angelernte Arbeiter betroffen, deren Tätigkeiten von dem Facharbeiterstamm mit erledigt werden müssen. Absehbar ist, daß die kapitalistischen Umwälzungen im Maschinenbau die Facharbeiterfähigkeiten weiter entwerten, die Lohndrückerei verschärfen.

2. In der Automobilindustrie haben die Kapitalisten in dem Zeitraum vor allem bei den Niedriglöhnnern und daneben in den obersten Gehaltszonen noch eingestellt. Trotzdem wurden insgesamt 15000 entlassen. Die Automobilkapitalisten haben für die nächsten Jahre ein großangelegtes Rationalisierungs- und Entlassungsprogramm angekündigt, daß in erster Linie Facharbeiter und in Akkord und Schicht stehende Bandarbeiter treffen wird und große Lohnsenkungen zur Folge haben muß. Gegenwärtig stehen hier die Löhne in der obersten Leistungsgruppe der Arbeiter um 270 DM über durchschnittlichen Effektivverdienst derselben Leistungsgruppe in der Metallindustrie. Die massiven Einstellungen in den Niedriglohnzonen deuten schon an, in welche Richtung die Kapitalisten gehen wollen.

3. Die Elektrokapitalisten haben in einem Jahr 40000 entlassen, in allen Lohnzonen bis hin zu den mittleren Angestellten. Der Lohndrift zeigt, daß die Arbeiterinnen in der Elektroindustrie am schwersten von den Lohnsenkungen betroffen sind.

Quellenhinweis: Stat. Bundesamt, Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Reihe: Effektivverdienste



Im nächsten Heft

BRD

Bundestag beschließt Haushalt, berät gegen Lohnbewegung



In den nächsten Tagen wird der Bundestag endgültig über den Haushalt 1984 beraten und beschließen. Beraten werden die bürgerlichen Parteien damit auch, wie sie die Lohnbewegung schlagen können. Das Konzept der Union liegt vor: Der Gehaltsstopp für die Beamten soll eine öffentliche Marke gegen Lohnforderungen sein, Vermögensbildung- und Frühverrentungsangebote sollen die christdemokratischen Kreise im DGB gegen die Lohnbewegung mobilisieren.

Mittelamerika

Die westdeutschen Imperialisten versuchen, ihren Einfluß zu vergrößern

Die EG hat – so teilte Bundesaußenminister Genscher Anfang Oktober auf einer Botschafterkonferenz in Costa Rica mit – auf seine Anregung hin ein „Sonderprogramm für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ in Mittelamerika beschlossen. Die CDU/CSU-Fraktion beantragte Anfang Juni ein ähnliches Programm von der Bundesregierung für Mittelamerika. In der

Bundestagsdebatte über die Invasion der US-Imperialisten in Grenada verlangten Abgeordnete die Sicherung der Interessen der westdeutschen Imperialisten in der Region. Welche Absichten verfolgt die Bundesregierung mit ihrer Mittelamerikapolitik? Welche Interessen will sie gegenüber den Staaten der Region und den Konkurrenten der BRD-Imperialisten durchsetzen?



Westberlin

CDU/FDP-Senat hofft auf erste Erfolge der „Ausländerpolitik“



Wie es scheint wird 1983 das erste Jahr nach Einführung des sogenannten Anwerbestopps von 1973 sein, in dem der Anteil der „nichtdeutschen“ Arbeitnehmer an der Westberliner Bevölkerung nicht mehr zunimmt. Seit jenem „Anwerbestopp“ war er immerhin von 8,3 auf 12,4% gestiegen. Den Grund für diese „Trendwende“ findet man in

der im Ausländererlaß des Westberliner Innensenators Lummer festgelegten konsequenter Unterdrückung und Gängelung des „nichtdeutschen Bevölkerungsteils“, ein Dokument ziemlich ungezügelter rassistischer und sozialer Diskriminierung. In den Gewerkschaften steht der Kampf gegen diese Politik erst in den Anfängen.

Azania

Schwarze Gewerkschaften unterstützen die Frontorganisationen

Seit sechs Jahren kämpfen in der Republik Südafrika unabhängige Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter mit Erfolg um die Einheit ihrer Klasse auf Branchen- und Gebietsebene. Auf Grund ihrer eigenen Interessen unterstützen sie die Programme der schwarzen Frontorganisationen, die sich im Sommer 1983 gründeten, u.a. deren Kampf gegen die Verfassungsreform. Inschrift auf der Mauer: „Weiße Republik: nein. Volksrepublik: ja.“



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände
- Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1 Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Postcheckkonto Köln,

Konto-Nr. 10419-507,

Bankleitzahl 37010050